PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) — Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier — Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 — Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 — Auflage: 40 000 — Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 — Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 — Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 — Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 16.9.1975, fertiggestellt.

18. September 1975 3. Jg. Nr. 37 50 Pfennig

Die Regierungsmaßnahmen sind erst der Anfang

Der Angriff wird entfaltet

Mit über vierzig Gesetzesänderungen geht die Regierung dem Volk an den Kragen. Was im einzelnen diese Maßnahmen bedeuten, wird sich erst richtig zeigen, wenn die betroffenen Bevölkerungsgruppen in ihren eigenen Haushalten den Rotstift ansetzen müssen. Dann geht es nicht mehr um Miliarden, die der bürgerliche Staat den Kapitalisten in den Rachen geworfen hat und jetzt anderweitig wieder einsparen will. Dann geht es um Mark und Pfennig, die für die Butter auf dem Brot, das Glas Bier oder die Zigaretten fehlen.

Unter den Regierungsmaßnahmen, die fein säuberlich auf Spaltung angelegt sind, stechen die Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer, der Tabak- und der Alkoholsteuer hervor. Mögen die bürgerlichen Politiker noch so viel von "Wildwuchs" reden: der entscheidende "Wildwuchs" sind die Abgaben, die den Arbeitern und den übrigen Lohnabhängigen direkt und indirekt vom Lohn abgezogen werden.

Und dieser Wildwuchs wird durch die Maßnahmen der Regierung erneut nachdrücklich gefördert. Sie laufen auf nichts anderes hinaus: Der Staat nimmt verschiedenen Gruppen Geld weg, das ihnen bisher zusteht, gibt diesen Raub als seine Sparmaßnahmen aus und rechtfertigt aus diesen angeblichen Sparmaßnahmen einen allgemeinen Raubzug gegen alle Lohnabhängigen. Ist das nicht der Gipfel der Heuchelei? Aber die Kapitalisten und ihre Presse klatschen Beifall und rufen "Zugabe!".

Die Regierungsmaßnahmen läuten den Raubzug erst ein

Während die Regierung noch an den Einzelheiten ihres Sparprogramms feilt, wird der direkte Angriff auf die Löhne massiv vorbereitet. Schon vor einigen Wochen wurde vom FDP-Politiker Rubin das Stichwort gegeben: "Lohnpause". Noch hieß es aber, daran denke sonst niemand.

Jetzt ist aus Regierungskreisen durchgesickert, eine Lohnpause im öffentlichen Dienst sei wünschenswert. Gleichzeitig wird diese Absicht offiziell dementiert. Aber während die Regierung noch dementiert, gehen die Bankherren schon weiter. An deren Drähten tanzt aber die Regierung. Poullain, der Regierung nahestehend und Vorstandsvorsitzender der Westdeutschen Landesbank, hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der "Sparerschutzgemeinschaft" verlauten lassen: Das Sparprogramm der Regierung sei beachtlich, aber nicht ausreichend. "Drastische Streichungen von Staatsleistungen" seien notwendig. Das Wichtigste aber sei die "Lohnpolitik". "Hier helfe jedoch nicht nur eine Verschiebung der Lohnrunde um ein halbes Jahr, sondern eine längerfristige Grundsatzkorrektur der Lohnquote." (Die Welt, 10. September)

Der Bankdirektor meint, er selber sei dafür bereit, auf die Sparförderung zu verzichten! Das wird ihm leicht fallen: Schließlich verdienen die Banken nicht an den Prämien für die Spargelder, die müssen sie bezahlen, sondern am Weiterverleihen der Spargelder. Gegenwärtig haben sie genug, um damit zu wuchern. Im Vorbeigehen stellt Poullain auch "die Frage, ob zum Beispiel die dynamische Rentenformel in ihrer heutigen Ausformung noch zu vertreten sei" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. September). Freilich, wenn alles steigt, und vor allem die Preise, warum sollen dann ausgerechnet auch noch die Renten steigen? Die "Frage" des Bankdirektors ist verständlich. Vor allem aber kommt es ihm auf die Löhne an. Die sollen real sinken. Und zwar mehr als bisher und für alle.

Die bürgerliche Presse bläst zum Halali

Klartext redet die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" in einem Leitartikel vom 9. September: "Die jetzigen Reallöhne können angesichts der wirtschaftlichen Misere nicht gehalten werden. Sie müssen vorübergehend sinken, die vorangegangene Unmäßigkeit muß wenigstens teilweise korrigiert werden. (...) Nur so können die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Ausland, die Investitionstätigkeit und die Lage am Arbeitsmarkt verbessert werden."

Da sitzen diese Fettsäcke in ihren Redaktionsstuben und haben noch nie am Band gearbeitet, haben nie mitgekriegt, was die "Produktivitätssteigerung der Industrie" für die bedeutet, die tatsächlich unter der Peitsche der Kapitalisten industriell produzieren, und schwätzen von "vorangegangener Unmäßigkeit". Geht denn die Lebenserwartung der Industriearbeiter und anderer Schichten der Lohnabhängigen seit ein paar Jahren wieder zurück, weil sie unmäßig fressen und saufen, und geht sie nicht deshalb zurück, weil sie unmäßig arbeiten müssen, um einigermaßen anständig leben zu können?

Den Kapitalisten ist es bitter ernst

Ein mancher mag noch denken: Es wird nicht so heiß gegessen wie gekocht wird. Das ist hier ein unpassendes Sprichwort. Die Kapitalisten kochen nicht. Aber sie behaupten, die Köche würden zuviel wegessen, bevor sie selber die Mahlzeit auf den Tisch bekommen. Deshalb wollen sie die Köche auf Wasser und Brot setzen, damit sie selber so viel wie früher und mehr an sich reißen können. Nicht nur als Konsument, sondern vor allem als Kapitalanleger.

Der Heißhunger nach Profit kann gegenwärtig nur voll befriedigt werden, wenn die Löhne gekürzt werden. Wird der Heißhunger nach Profit nicht befriedigt, dann verliert die kapitalistische Produktion ihren Sinn.

Tatsache ist, daß sich die Konkurrenz der Kapitalisten auf dem Weltmarkt ungeheuer verschärfen wird.

Fortsetzung Seite 2



Lissabon. Versammlung der Soldaten der Militärpolizei mit Delegierten der Arbeiter- und Stadtteilkommissionen (Mit freundlicher Genehmigung der Arbeiterkommission der Zeitung 'Republica') Bericht Seite 3

Neue Regierung in Portugal

Programm gegen die Herrschaft des Volkes

Von unserem Korrespondenten aus Lissabon

Am vergangenen Samstag wurde das Regierungsprogramm des designierten Ministerpräsidenten Acevedo bekannt. Noch nicht bekannt ist die Verteilung der Ministerämter. Sicher ist jedoch, daß sie zwischen den Parteien PS, PPD und PCP der Zahl ihrer Wählerstimmen entsprechend aufgeteilt werden. Das bedeutet eine erhebliche Schwächung vor allem für die PCP, die in den vorhergegangenen provisorischen Regierungen mindestens gleichstark mit den beiden anderen Parteien vertreten war.

Die neue Regierung wird sich auf die Arbeiter nicht stützen können. Das Regierungsprogramm ist vor allem von der Sozialdemokratie bestimmt, deren Vorstellungen Mario Soares Anfang des Monats in einem Brief an den Präsidenten Costa Gomes festgelegt hatte. Aufgabe der Regierung ist demnach, die Herstellung der öffentlichen Ordnung, der Ruhe und der Disziplin.

Die Arbeiter der Zeitung Republica und des Radios Renacenca haben diese Organe selber in die Hand genommen und betreiben sie seitdem im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes. In anderen Zeitungen haben sich Arbeiterkommissionen gebildet, die den Inhalt der Zeitungen kontrollieren. Demgegenüber will die neue Regierung die Kontrolle des Informationswesens durch Gremien, die von den Parteien gemäß ihrer Stärke bei den Wahlen besetzt werden. Die Zeitung Republica und Radio Renacenca sollen nach der PS den alten Besitzern zurückgegeben werden.

Die Arbeiterkommissionen zahlreicher Betriebe fordern gegenüber den faschistischen Banden die Volksbewaffnung und haben sich selber teilweise schon bewaffnet. Dagegen verspricht die Regierung die Auflösung aller Volksmilizen und ihre Bestrafung.

Die Arbeiter und Bauern fordern seit langem die harte Bestrafung der alten Faschisten und der Konterrevolutionäre und nehmen diese Bestrafung teils selber vor. Dagegen wird diese Regierung sogenannte wilde Säuberungen verfolgen lassen und die Autorität der bürgerlichen Gerichte wiederherstellen wollen.

Das Volk fordert die Enteignung des ausländischen Monopolkapitals ohne Entschädigung. Das Regierungsprogramm spricht nur von Kontrolle der ausländischen Firmen, was auf eine Unterstützung hinauslaufen wird.

Das Volk fordert die Auflösung aller ausländischen Militärstützpunkte auf portugiesischem Boden, das Regierungsprogramm sagt hierzu kein Wort.

Die Arbeiter und Bauern organisieren sich in Organen der Volksmacht, wie das in einem Beschluß der MFA vorgezeichnet war, in direkter Wahl durch die Volksversammlungen, bei Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Abwählbarkeit der Delegierten. Sie organisieren sich so gegen die Ausbeuter und teilweise schon mit Forderungen gegen den bürgerlichen Staat. Das Regierungsprogramm verliert darüber kein Wort, sondern spricht lediglich von der Wiederherstellung der Autorität der Regierung. Das ist im Sinne der Vorstellung der Sozialdemokraten, die die Organe der Volksmacht anerkennen wollen nur unter der Bedingung, daß sie keine Machtorgane neben dem und gegen den bürgerlichen Staat sein wollen. Die Arbeiterkommissionen aber fordern stattdessen: Sofortige Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung. Die neue Regierung will die Funktion dieser Versammlung wieder voll herstellen.

Ministerpräsident Acevedo geht davon aus, daß sein Programm gut ist. Soares meint, dieses Regierungsprogramm sei eine Chance für die Demokratie. Die PCP meint, es könne "eine Barriere gegen die Konterrevolution sein und Bedingungen schaffen zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften". Die PCP hat über ihre Manöver in der letzten Zeit stark an Ansehen in der Arbeiterklasse verloren. Wichtig für den abnehmenden Mond der PCP ist ihr schwindender Einfluß in den Gewerkschaften. Fast in allen wichtigen Gewerkschaften sieht sich die PCP revolutionären Einheitslisten gegenüber, die im Fall der Versicherungsangestellten z. B. 70 % aller Stimmen auf sich vereinigen konnten, während die PCP mit 30 % die Leitung der Gewerkschaft verlor. In der Armee ist der Einfluß des Revisionismus ebenfalls zurückgegangen, seitdem die Spitzengremien von der MFA wieder von den Sozialdemokraten beherrscht werden und die revolutionäre Soldatenbewegung selbständig auftritt.

In dieser Lage kommt alles darauf an, daß die Arbeiterklasse revolutionär und einheitlich auftritt. Das ist bisher nur teilweise der Fall. Drei relativ einflußreiche marxistisch-leninistische Organisationen, die ORPC/ML, auf deren Initiative die Massenorganisation UDP entstand, die PMLP und die OCMLP, haben am 12.8. den Beschluß gefaßt, eine gemeinsame Kommission zur Vorbereitung des Gründungskongresses der Kommunistischen Partei Anfang Oktober zu bilden. Gelingt es ihnen, sich auf einer richtigen Plattform zur Kommunistischen Partei zu vereinigen, so entsteht damit eine revolutionäre Organisation, die in allen wichtigen Zentren der Arbeiterbewegung und zum Teil schon auf dem Land verankert ist und deren Mitglieder in der letzten Zeit einige wichtige revolutionäre Bewegungen in der Arbeiterklasse und im Volk vorangetrieben haben. – (kkw, Lissabon, 16.9.1975)

Seite 4
Erfolgreicher Streik bei Mailänder Ludwigsburg

Weg mit dem Paragraf 218!

Demonstration

Bonn, 21. 9. 1975

11.00 Hofgarten, ab 9.00 Sammeln

Abfahrt- und Rückkunftzeiten der Sonderzüge zur Demonstration

München	2.20	0.50	Freiburg	4.00	23.37	Hamburg	3.05	23.59	Göttingen	4.00	23.01	Westberlin Treffpkt.Bhf. Zoo: 0.30	
Augsburg	3.00	0.09	Emmendingen	4.10	23.25	Bremen	4.38	22.40	Hannoversch-Münden	4.33	22.29	Helmstedt	3.53	22.53
Ulm	3.48	23.23	Offenburg	4.40	22.53	Diepholz	5.20	21.57	Kassel-Wilhelmshöhe	4.56	22.02	Braunschweig	4.30	22.17
Stuttgart	5.00	22.14	Rastatt	5.10	22.23	Osnabrück	5.53	21.18	Marburg	5.59	20.58	Hildesheim	5.45	21.40
Ludwigsburg	5.13	22.02	Karlsruhe	5.28	22.07	Münster	6.25	20.46	Gießen	6.23	20.29	Hameln	6.35	20.42
Heilbronn	5.40	21.35	Bruchsal	5.42	21.53	Hamm	6.49	20.22	Wetzlar	6.34	20.16	Paderborn	7.28	19.51
Neckarelz	6.03	21.11	Wiesloch	5.55	21.39	Dortmund	7.12	19.55	Limburg	7.16	19.36	Unna	8.17	19.04
Neckargemünd	6.34	20.40	Heidelberg	6.05	21.26	Bochum	7.26	19.41	Koblenz	8.04	18.50	Schwerte	8.30	18.53
Heidelberg	7.03	20.23	Weinheim	6.24	21.09	Essen	7.39	19.28	Bonn	8.40	18.15	Hagen	8.43	18.41
Mannheim	7.20	20.06	Bensheim	6.32	21.01	Mülheim	7.48	19.18				Wuppertal	9.08	18.15
Ludwigshafen	7.27	19.57	Darmstadt	6.47	20.46	Düsseldorf	8.27	18.45				Opladen	9.23	17.54
Worms	7.44	19.40	Frankfurt/M.	7.22	20.13	Neuss	8.40	18.33				Bonn	10.13	17.13
Mainz	8.16	19.10	Wiesbaden-Biebrich	7.53	19.37	Bonn	9.30	17.44						
Bonn	9.47	17.30	Bonn	9.28	17.46									

Fortsetzung v. Seite 1

Der Angriff wird entfaltet

denn der Weltmarkt ist überfüllt. Um sich auf dem Weltmarkt bewegen zu können, müssen die Kapitalisten Ballast abwerfen. Und nicht mehr als Ballast, Kosten, sind für die Kapitalisten die Löhne: sowohl der Teil, den sie den Arbeitern direkt auszahlen müssen, als auch der Teil, den sie für die Arbeiter an Versicherungen und den Staat abführen. Es ist der Selbsterhaltungstrieb der Kapitalisten als Kapitalisten, der sie bei der Lohndrückerei beflügelt. Dem aber steht der Zwang der Arbeiter gegenüber, für ihre Erhaltung zu kämpfen und die errungene Lebenslage zu verteidigen.

Wo Interesse unversöhnlich gegen Interesse steht, kann nur der Kampf entscheiden

Seit Jahrzehnten wird das Lied vom Sozialstaat gesungen, in dem es angeblich keine Klassen mehr gibt und alle gleich gesichert sind. Haben nicht die Arbeiter oft genug in den vergangenen Jahren in ihren Forderungen zurückgesteckt und ihre Kampfmaßnahmen eingeschränkt, um dieses "Ganze", den Sozialstaat nicht zu schädigen? Sie sind einer Täuschung erlegen. Daß es keinen kapitalistischen Sozialstaat gibt, das reiben ihnen die Kapitalisten selber jetzt höhnisch unter die Nase.

Plötzlich ist vom "Gefälligkeitsstaat" die Rede. Wofür man Jahr und Tag gezahlt hat, das wird plötzlich zur Gefälligkeit des Staates erklärt und folglich mit einem Federstrich durch die Regierung beseitigt.

So geht es mit den Rechten aus der Arbeitslosenversicherung. Hat man dafür bezahlt, daß man Arbeitslosengeld bekommt, bis man eine gleichwertige Arbeit wiedergefunden hat, so findet man jetzt oft keine gleichwertige Arbeit, und wenn man die schlechtere nicht annimmt, ist der Anspruch für das Arbeitslosengeld gleich verwirkt.

So ist es jetzt mit vierzig Gesetzen gegangen, und schon wird am Rentenanspruch gefummelt. Die Abgaben aber sollen weiter steigen und die Lohnquote soll sinken. Wäre es nicht lächerlich, weiter der Illusion vom Sozialstaat nachzuhängen? So wollen es die Kapitalisten: Die Rechtsansprüche der Lohnabhängigen werden angeschlagen und beseitigt, und die Arbeiter wehren sich nicht, weil sie den Sozialstaat nicht schädigen wollen. Das ist eine Gleichung, die nicht aufgehen kann.

Wenn klare Verhältnisse herrschen, muß man klare Fronten ziehen

Je mehr die kapitalistische Gesellschaftsordnung in die Krise gerät, um so mehr ziehen die Kapitalisten selber den Schleier von den herrschenden Verhältnissen: Du hast Jahrzehnte für den Kapitalisten geschuftet, aber jetzt fliegst Du raus. Er hat sich Jahrzehnte mit Deiner Arbeit dumm und dämlich verdient, aber jetzt ist ihm Dein Lohn zu hoch. Du hast Dir Jahrzehnte nicht viel leisten können, aber jetzt leisten sie sich alles mit Dir.

Ist nicht offensichtlich, daß es in dieser Gesellschaft zwei Klassen gibt, die Ausgebeuteten und die Ausbeuter, und sieht man nicht gut, wem der Staat dient? Und jeder kann sehen, an was nicht gespart wird: an Waffen, an Polizei und Armee. Jeder spürt jetzt, woher der Wind weht.

Da hat es keinen Sinn, sich zu ducken, in der Hoffnung, daß es vorübergeht. Was jetzt der Arbeiter und alle Lohnabhängigen spüren, entspricht den Erfahrungen der Arbeiterklasse, seit es sie gibt: Man muß zusammenstehen gegen die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat. Man muß sich gemeinsam der Haut wehren. Die Regierungsmaßnahmen sind die Probe aufs Exempel und die Lohnrunde soll das Exempel sein. Wo es "das Ganze", den Sozialstaat nicht gibt, muß man sich an die eigenen Klasseninteressen halten. Man muß sich dagegen wehren, daß man unter den herrschenden Verhältnissen getreten und gestoßen wird. Man muß sich darauf vorbereiten, die herrschenden Verhältnissen radikal umzuwälzen. **(js)**

Bewohner von Diego Garcia wegen US-Stützpunkt zwangsevakuiert

Die USA und Großbritannien haben von 1966 bis 1971 insgeheim mehr als 1 000 Menschen von der im Indischen Ozean gelegenen Insel Diego Garcia zwangsevakuiert, damit dort ein amerikanischer strategischer Stützpunkt angelegt werden kann. Das meldete die Londoner Zeitung "The Guardian". Die vertriebenen Bewohner der unter britischer Kolonialverwaltung stehenden Insel lebten inzwischen 1 600 Kilometer von ihrer Heimat entfernt völlig verarmt auf der Insel Mauritius. Nach der Zwangsvertreibung hat das US-Verteidigungsministerium erklärt, die Insel Diego Garcia sei "praktisch unbewohnt" (Frankfurter Rundschau, 11. September).

Beitragserhöhung vorgeschlagen

Während Bundesfinanzminister Apel noch allseits versichert, die Rentenversicherung und mit ihr der Kernbestand der sozialen Sicherung bleibe unangetastet, hat er über den Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium schon Kürzungsvorschläge ausarbeiten lassen. Der Wissenschaftliche Beirat schlägt vor, die Bundeszuschüsse an die Versicherungen zu streichen. In der Rentenversicherung würden dann die Beiträge um durchschnittlich 582 DM pro Versichertem jährlich oder 46,9 %, in der Krankenversicherung um 68 DM oder 9,8 % erhöht werden (Handelsblatt, 15. September)

Die Luxusgüterindustrie floriert

"Die deutsche Pelzwirtschaft gehört zu den wenigen Branchen, an denen die Rezession bisher nahezu spurlos vorübergegangen ist." "Die Kürschner vertrauen auf den Geschmack und die Kaufkraft des Publikums", das meldet mit beginnender Herbstsaison die "Deutsche Zeitung". Ähnliches ist aus anderen Bereichen der Luxusgüterproduktion zu erfahren. Die Sektfirma Deinhard & Co. teilte mit: "Der Prädikatssekt-Absatz ist um 14 Prozent gestiegen ... Weniger zufrieden ist das Unternehmen dagegen mit den billigeren Sektmarken und den Fruchtsäften; in diesen Bereichen ist der Absatz um 5 und 6,7 Prozent zurückgegangen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. September) Während den arbeitenden Klassen der Gesellschaft empfohlen wird, den Gürtel enger zu schnallen, vertreibt man sich oben die trübe Krisenstimmung mit Champagner.

Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik hoch

Die Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den europäischen Ländern mit der höchsten Säuglingssterblichkeit. Das ist auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde mitgeteilt worden. Im Gegensatz zu allen anderen europäischen Ländern ist die Säuglingssterblichkeit in der BRD seit 1965 nicht mehr zurückgegangen. (Frankfurter Allgemeine, 10.9.1975)

Kein Arbeitslosengeld für ausgesparte Arbeiter

Das Bundessozialgericht in Kassel hat entschieden, daß nicht nur streikende, sondern auch "indirekt vom Streik betroffene" Arbeiter und Angestellte kein Arbeitslosengeld bekommen, wenn sie im gleichen fachlichen und räumlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrags arbeiten. Anlaß für dieses Urteil war der Metallarbeiterstreik 1971 in Nordwürttemberg/Nordbaden, den die IG Metall schwerpunktmäßig auf einige Großbetriebe beschränkt hatte. Der Kapitalistenverband entwortete darauf mit einer allgemeinen Aussperrung. Dadurch wurden die ausgesperrten Arbeiter "indirekt betroffen". Das Gericht legte jetzt fest, daß in dem Fall, wo den Arbeitern von den Kapitalisten die Fabriken versperrt werden, es rechtens sei, ihnen auch die Gelder der Arbeitslosenversicherung zu sperren. Die von den Arbeitern unterhaltene und vom Staat zwangsverwaltete Versicherungskasse soll – so die Begründung des Bundessozialgerichtes – damit zur strikten Neutralität im Kampf zwischen Arbeitern und Kapitalisten angehalten werden (nach: Handelsblatt, 15. September).

Berufsausbildung

Neues Manöver der Kapitalistenverbände

Mit einem neuen Erpressungsmanöver versuchen die Kammern der Kapitalisten die Regierung davon abzuhalten, ihre "Reformpläne" zur beruflichen Bildung doch noch zu verabschieden.

In einem Brief des Geschäftsführers der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar, Günther Steuer, an den Geschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstags hat Steuer folgende Taktik der Selbstverwaltungskammern der Kapitalisten gegenüber der Regierung vorgeschlagen: Die Regierung wird vor die Alternative gestellt werden, entweder in der Berufsbildung alles beim Alten zu lassen oder die Kammern kümmern sich um die Berufsbildung überhaupt nicht mehr. Soll der Staat dann selbst sehen, wie er damit zurecht kommt.

Gezielt ist dieses Erpressungsmanöver der Industrie- und Handelskammern dagegen, daß der Einfluß der Gewerkschaften auf die berufliche Bildung erweitert wird. Verhindern wollen die Kapitalisten, daß sich an der Verfügungsgewalt ihrer Kammern über die Berufsausbildung etwas ändert. Folgendermaßen hat Steuer diese Alternative formuliert: *"Wenn wir die Kammern in ihrer Selbstverwaltungsstruktur erhalten wollen, müssen wir im Interesse der Wirtschaft, aber auch der Kammern die erwähnten Funktionen (der Berufsausbildung) an staatliche Behörden abstoßen."* (FR, 10.9.)

Daß Steuer in seinem Brief nicht nur seine persönliche Absicht geäußert hat, gestand die Kapitalistenzeitung 'Handelsblatt' ein: *"Offensichtlich hat Steuer jedoch die Meinung der Mehrheit der Industrie- und*

nung der Mehrheit der Industrie- und

Handelskammern wiedergegeben." (HB, 11.9.)

Auf dem Tisch liegt damit, daß sich die Kapitalisten um die Berufsausbildung der Jugend einen Dreck scheren. Daß sie sie zum Gegenstand ihres Gekungels und Gezeters mit der Regierung machen, wann immer es ihnen in den Kram paßt.

Aber auch die Regierung hat keineswegs vor, in den Ausbildungsfragen die Interessen der arbeitenden Jugend zum Ausgangspunkt ihres Handelns zu machen. So weiß Steuer in seinem Brief triumphierend zu berichten: *"Der geschlossene Widerstand der Wirtschaft hat immerhin bewirkt, daß die Gegenseite die Risiken der Angelegenheit deutlicher als vorher zu erkennen beginnt. Grüner z. B. (Parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium) hat bei uns klar ausgesprochen, daß sie sich darüber keiner Illusion hingeben, daß 'die Durchsetzung des Gesetzes gegen den geschlossenen Widerstand der Wirtschaft ein Schlag ins kalte Wasser' werden müsse."* (FR, 10.9.)

Die Kapitalistenverbände sind sich sicher, daß sie die Regierung fest an der Leine haben und sie haben auch allen Grund dazu. Auf beide kann die Arbeiterjugend im Kampf gegen die elenden Ausbildungsbedingungen nicht setzen. Wollte sie in den Streitereien und Kungeleien zwischen den bürgerlichen Politikern und den Verbandsvertretern der Kapitalisten ihre Position festlegen, so wäre sie verraten und verkauft.

Demgegenüber wurde in zahlreichen Demonstrationen und Resolutionen im Verlauf dieses Jahres die Forderung nach einer einheitlichen Ausbildung für alle Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr unter der öffentlichen Kontrolle der Volksmassen vertreten. Diese Forderung hat unter der arbeitenden Jugend Boden gefaßt, sich aber noch nicht durchgesetzt. Mit dieser Forderung kann die arbeitende Jugend eine selbständige Position gegen die Regierung und die Kapitalistenverbände einnehmen, die ihren Interessen entspricht und die ganze Jugend zusammenschließen.

Spanien

Drei Revolutionäre zum Tode verurteilt

Unter dem Vorsitz des Infanterieoberst Francisco Carbonell wurde der Prozeß gegen fünf antifaschistische Kämpfer der FRAP (Frente Revolucionario Antifascista y Patriota) am Freitagnachmittag, dem 12. September, mit der Verhängung von drei Todesurteilen und zwei hohen Zuchthausstrafen abgeschlossen.

Der Militärankläger hatte für alle fünf die Todesstrafe gefordert. Die fünf Mitglieder der FRAP waren angeklagt, am 14. Juli 1975 den Polizisten Ludio Rodriguez erschossen zu haben. Vladimiro Fernandez, Antonio Blanco Chivite und Jose Humberto Baena wurden zum Tode, Pablo Mayoral zu 30 Jahren und Fernando

Mayoral zu 30 Jahren und Fernando

Sierra zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Verteidiger hatten von Beginn an die sofortige Vertagung wegen schwerwiegender Verfahrensfehler gefordert. 190 Beweisanträge und mehrere Entlastungszeugen der Verteidigung wurden vom Kriegsgericht nicht zugelassen. Alles sei ausreichend bewiesen, war die Begründung. Den Verteidigern war der Einblick in die Gutachten verweigert worden. Tatzeugen gab es nicht, weder zeigte die angebliche Tatwaffe noch das gestohlene Tatauto Fingerabdrücke der Beschuldigten.

Der Militärankläger stützte sich lediglich auf die von der Politischen Polizei BIS (Brigadas de Investigacion Social) erfolterten Geständnisse, die

Social) erfolterten Geständnisse, die

die Angeklagten im Prozeß widerriefen und ausdrücklich als Ergebnis von schweren Folterungen kennzeichneten.

Zum ersten Mal in einem Kriegsgerichtsprozeß wurden Folterungen aufgedeckt, ohne daß den Gefolterten sofort das Wort verboten und mit Strafen gedroht oder der Verteidigung das Mandat entzogen wurde. Das mag zum einen an der internationalen Aufmerksamkeit liegen, die auf den Prozeß gerichtet war. Aber zugleich dient dem Regime die Bekanntmachung von Folterungen – spanische Zeitungen durften nur von "schlechter Behandlung" (malos tratos) berichten – zur weiteren Terrorisierung des Volkes.

sierung des Volkes.

Die Verhaftung der Mitglieder der Bewegung 2. Juni"

Bericht zweier Augenzeugen

Westberlin. Wir saßen gerade beim Kaffeetrinken vor unserer Wohnung, als plötzlich ein schnittiger weißer Ford vorfuhr und ein paar Männer heraussprangen. Einer mit Funkgerät, ein anderer holte aus dem Kofferraum eine Maschinenpistole. Sie liefen eilig auf den Hof, während einer von ihnen draußen stehen blieb und funkte. Wir rannten in die Wohnung und guckten vorsichtig aus dem Fenster auf den Hof. Der Mann mit der Maschinenpistole brachte sich in Deckung und zielte auf die gegenüberliegenden Fenster einer Ladenwohnung. Eine Bewohnerin, die gerade ihren Müll heraustragen wollte, wurde zurück in den Hausflur geschickt. Wie auf Kommando wurden alle Fenster im Haus zugeschlagen. In dem Fenster, das der MP-Mann im Visier hatte, erschien ein anderer Mann, öffnete das Fenster und schickte die anderen vom Hof. Die Aktion war bereits beendet. Inzwischen hatten andere Zivile vorne mit einer großen Axt die Glastür der Ladenwohnung eingeschlagen und den Laden gestürmt. Nach einer Weile standen wir mit anderen Bewohnern an der Ecke und beobachteten, was weiter vor dem Laden passierte. Eine Frau war ganz aufgeregt: "Ick hab ja in meinem Leben noch nich jewußt, wat 'ne Maschinenpistole ist! Und der is mir mit dem Ding noch die Treppe hoch hinterherjerannt und hat jerufen, ick soll bloß schnell hoch!"

Im allgemeinen hielten die Bewohner die Polizeiaktionen für ein Gangsterstück. Die Atmosphäre machte eher den Eindruck einer Chikagoer Straßenschlacht zwischen Gangsterbanden. Die zivilen Beamten sahen in ihren Augen auch wie Zuhälter und Kopfgeldjäger aus. Großes Erstaunen, als die drei Verhafteten schnell in die Autos gebracht wurden. Die sahen nämlich wie normale Bürger aus. Selbst Springers "Berliner Morgenpost" zitierte die Meinung der Anwohner: "Sie waren immer nett und freundlich."

Während des Polizeieinsatzes machte ich eine Anzahl von Fotos. Nach kurzer Zeit "kümmerten" sich dann auch zwei der "sympathischen Herrn" um mich. Sie stellten mich vor die Alternative, entweder den Film auf der Stelle zu belichten, oder sie beschlagnahmen den ganzen Apparat. Ich fragte sie, auf welche rechtliche Grundlage sie sich da stützen. Sie entgegneten, dies sei ein polizeilicher Einsatz, und dabei dürfe nicht fotografiert werden. Die Umstehenden waren empört über das Vorgehen der Packer. Mir blieb nichts übrig, als den zurückgespulten Film gegen einen formlosen Zettel mit unleserlicher Unterschrift auszuhändigen.

Erst nach eineinhalb Stunden zogen uniformierte Polizeieinheiten mit drei Mannschaftswagen und PKWs auf. Danach kamen Leute von der Spurensicherung, die die Ladenwohnung auf den Kopf stellten.

Erst als die Presse eintraf, wußten wir im Häuserblock, daß hier Angehörige der Bewegung "2. Juni" verhaftet wurden. Dabei kam heraus, daß in der Wohnung genügend scharfer Sprengstoff und Munition gelagert war, um das ganze Haus bei einer Schießerei in die Luft zu jagen. Der Polizei schien das alles egal zu sein, denn es steht fest, daß sie den Laden schon wochenlang beobachtet hatte und wußte, wer dort ein und aus geht.

Die Presse bombardierte die Bewohner des Hauses mit den blödsinnigsten Fragen. Sie konnten sich gar nicht vorstellen, daß die Bewohner ihre Nachbarn nicht schon längst als gesuchte "Verbrecher" erkannt hatten. Anscheinend soll jeder hinter jedem herspionieren, um für die Polizei Handlanger zu sein. Die Reporter verfolgten einige von uns in die Wohnungen und mußten unter Androhung von Prügeln buchstäblich rausgeschmissen werden. Bereits am Abend trudelten die ersten Geldangebote der Presseleute für den Film ein, die ihr Bombengeschäft mit den Bildern machen wollten. Die höchste Summe war 10 000 DM. Sie riefen ständig bei uns an und wollten sich gegenseitig austricksen. Als wir hörten, was der Film für einen Wert hätte, forderten wir ihn durch einen Anwalt von der Polizei (Staatsschutz) zurück. Dann ging das Hickhack mit der Polizei los: Erst wußte man von der Beschlagnahmung nichts, dann konnte man die Unterschrift auf der Quittung nicht lesen. Kurzerhand fuhren wir am nächsten Tag mit der aufgescheuchten filmhungrigen Pressemeute und meinem Anwalt wieder zum Staatsschutz. Herr Kittlaus, Chef dieser Einrichtung, hatte den Film, wollte ihn aber nicht rausrücken. Man begründete, es gäbe seit dem ersten September neue Vorschriften, die das rechtfertigen können. Die Veröffentlichung sei außerdem "nicht im öffentlichen Interesse", falls durch den Film das taktische Vorgehen bzw. die beteiligten Elitetruppen bekanntwürden. Nachdem der Film mit Polizeischutz zum Entwickeln nach Nürnberg und wieder zurück geschickt wurde, ist es schließlich gelungen, ihn am nächsten Tag zurückzubekommen. Allerdings waren alle Gesichter, auch die der Verhafteten, ausgekratzt und der Filmwert dadurch gemindert. Bevor ich die Bilder hatte, rief mich ein extra aus der BRD dafür eingeflogener Filmexperte des "Stern" an, der den Film sofort und ungesehen kaufen wollte. Es stellte sich dabei heraus, daß er bereits wußte, daß die Bilder nicht so gut waren. Offensichtlich wurde jemand in der von der Polizei beauftragten Entwicklungsfirma (Quelle) mit Geld geschmiert. Man sieht, mit welchen Gangstermethoden diese Presseleute ihre Geschäfte machen. Zum Schluß buhlten nur noch "Stern" und "Quick". Das Geschäft hat im Endeffekt der "Stern" mit Welturheberrechten und einer für ihn lächerlichen einmaligen Zahlung von 4 000 DM gemacht.

Wie wir von einem anderen Reporter erfahren haben, konnte man für einigermaßen gute Aufnahmen bis zu 30 000 DM verlangen. Im "Stern" dieser Woche wird man nun also unsere Bilder bewundern können.

Das Geld wird für die Prozesse der Genossen, die letztes Jahr bei der Bewegung gegen die Isolationshaft der RAF-Mitglieder angeklagt wurden, und für das Komitee "Volksentscheid gegen den § 218!" verwendet. Von dem Rest wollen wir mit den Leuten aus unserem Wohnblock ein Fest feiern. – **(R., S., Westberlin)**

In der portugiesischen Armee entwickelt sich die Klassenspaltung

Im Offizierskorps gewinnt die Rechte an Boden / Fortschritte der selbständigen Soldatenbewegung / Soldatendemonstration in Porto

Von unserem Korrespondenten aus Lissabon

Jeder Portugiese weiß es inzwischen: Die "Bewegung der Streitkräfte" MFA ist nicht die revolutionäre Avantgarde. Sie war das niemals. Sie hat lediglich durch den Sturz des Faschismus der Arbeiterklasse und dem Volk Spielraum verschafft. Weil sie das tat, konnten sich selbst bürgerliche Generäle und Admirale mit der Gloriole der Revolution schmücken, konnten die Reformisten und Revisionisten das bürgerliche Heer als "revolutionäre Avantgarde" feiern. Die "Revolution" der MFA war ein Machtwechsel im bürgerlichen Staatsapparat, der damit noch nicht zerbrochen war. Insofern war es keine Revolution. Der Machtwechsel bedeutete aber eine Niederlage der herrschenden Klasse. Sie war erkämpft worden vor allem durch die Völker der Kolonien in einem langjährigen Volkskrieg.

Diese Niederlage erschütterte die ganze portugiesische Nation, denn die ökonomische Basis Portugals war aufgebaut auf der Existenz reicher Kolonien, von denen das portugiesische Finanzkapital zehrte. Der Verlust dieser Kolonien mußte die ökonomische Struktur des Landes erschüttern, er mußte zu Verschiebungen innerhalb der herrschenden Klassen führen und zu einigen Veränderungen innerhalb des Staatsapparats und seiner Politik. Diese Veränderung in der Politik des Staates drückt sich aus in den Nationalisierungen, die nichts anderes bedeuteten als die Übernahme besonders wenig profitabler Bereiche durch den Staat und die Öffnung des Staatshaushalts zugunsten von Betrieben, die kurz vor dem Bankrott standen; sie drückt sich aus in dem Beginn einer Agrarreform, die feudale Strukturen beseitigen sollte.

All das sind keineswegs revolutionäre Maßnahmen, sondern "Reformen", die für die herrschende Klasse notwendig geworden waren, um ihre Existenz als herrschende Klasse aufrechterhalten zu können. Diese Reformen fielen nicht vom Himmel – sie mußten erkämpft werden. Es war Gewalt notwendig. Das besorgte die Bewegung der Streitkräfte, und sie wurde dabei unterstützt von der Arbeiterklasse und breiten Teilen des Volkes.

Es ist für die Bourgeoisie immer gefährlich, die Arbeiterklasse und das Volk für bürgerliche Reformen in den offenen Kampf zu führen, denn die Arbeiterklasse bleibt bei bürgerlichen Reformen, bei der bürgerlichen Demokratie nicht stehen. Die Arbeiterklasse erkennt im Kampf rasch, wer Freund und wer Feind ist. Die bürgerliche Spitze der portugiesischen "Revolution" versuchte nach dem Sturz des Faschismus aufs schnellste durch bürgerliche Wahlen ein Hindernis aufzubauen.

Die Wahlen fielen für die Bourgeoisie gut aus, doch mit diesem Wahlsieg konnte sie vorläufig nicht viel anfangen. Diejenige bürgerliche Partei hatte im Staatsapparat den entscheidenden Einfluß, die, obwohl in den Wahlen unterlegen, die Unterstützung der Arbeiterklasse hatte: Das war die revisionistische KP. Die Revisionisten führten in der Regierung die Geschäfte, während die restlichen bürgerlichen Parteien wütend auf ihren Wahlsieg aufmerksam machten und die von der Bourgeoisie gefeierte "verfassungsgebende Versammlung" als Farce dahindiskutierte.

Die Revisionisten führen die Geschäfte in der bürgerlichen Regierung schlecht, sowohl für die Kapitalisten als auch für die Arbeiter. Sie wollen es beiden recht machen, aber schließlich müssen sie mit der Unzufriedenheit beider rechnen. Die Arbeiter hatten die Revisionisten unterstützt. Sie taten das immer weniger. Im selben Maß stürzte die Regierung in die Krise, Umbildungen mußten vorgenommen werden.

In der Bewegung der Streitkräfte selber ist es mit der Zuspitzung des Klassenkampfes zur offenen Konfrontation gekommen. Es kristallisieren sich zwei Fronten heraus: Die einen, die mitNachdruck die Interessen der herrschenden Klasse verteidigen, die anderen, die für das Volk Partei ergreifen.

Im Revolutionsrat der MFA haben die bürgerlichen Kräfte Boden gewonnen

Im Augenblick steht die Auseinandersetzung um die Armee zweifellos im Mittelpunkt beim Kampf zwischen den Klassen, denn die Reaktion muß der Armee mindestens gewiß sein, wenn ihr alles andere unsicher wird.

Anfang dieses Monats sind in der Versammlung der Streitkräfte und im Revolutionsrat der MFA große Veränderungen vorgegangen. Ein COPCON-Offizier beschreibt das in einem anonym gegebenen Interview so: "Gegenwärtig, seit dem Erscheinen des 'Dokuments der 9', läuft ein Manöver ab, das Offiziere der Landstreitkräfte benutzt, um die Interessen der Bourgeoisie zu verwirklichen, für ihren Vormarsch zur völligen Machtergreifung."

Was war geschehen? Die Reaktionäre wollten und mußten klare Verhältnisse in der Armee schaffen. Da die Revisionisten keine klaren Verhältnisse schafften, mußten sie ersetzt werden. Mit ihnen natürlich all jene, die von wichtigen Positionen im Heer aus die Massenbewegung unterstützten. Das war das Ziel der Reaktionäre der PS für die Versammlung der Streitkräfte Anfang dieses Monats. Dieses Ziel haben sie erreicht.

Der Schlag der Reaktionäre ging aus vom Heer. Die Delegierten der Marine widersetzten sich diesem Schlag. Warum? In der Marine besteht schon eine unabhängige Organisation der Soldaten. Im Heer nicht. So konnte General Fabiao feststellen: "Das Heer, das bin ich." Die Delegierten des Heeres sind nicht im Gefolge einer scharfen Klassenauseinandersetzung gewählt worden. Die Offiziere des Heeres haben einen großen Kampf um geheime Wahlen geführt. Der COPCON-Offizier stellt dazu fest: "Lächerlich, geheime Wahlen in einer revolutionären Versammlung! Diese Leute wollen sich mit ihren Positionen nicht kompromittieren. Es sind keine Revolutionäre!"

Und er fährt in der Charakterisierung der veränderten Zusammensetzung in der Versammlung der Streitkräfte fort: "Es war ein Sieg der Rechten! Wir Linken haben verloren, in der Tat. Wir haben eine Schlacht verloren, wir haben einige Positionen verloren. Wir müssen jetzt dazu kommen, diese Niederlage in einen Sieg zu verwandeln."

An drei Punkten vor allem griffen die Reaktionäre, die jetzt die MFA wieder in den Griff nehmen wollten, an: Erstens erzwangen sie den Rücktritt von Vasco Goncalves als Generalstabschef. Sie fürchteten, ein Revisionist würde die Aufgabe, die Bewegung unter den Soldaten zu unterdrücken, nur halbherzig durchführen. Zweitens wurde der Brigadegeneral Corvacho der Militärregion Nord abgesetzt. Drittens wurde das Pressegesetz verabschiedet, von dem in der vorigen KVZ die Rede war und das der gesamten Presse die Berichterstattung über Ereignisse in den Streitkräften verbietet, es sei denn, die obersten Militärs genehmigen das.

Die Soldatendemonstration in Porto

Nachdem der Revolutionsrat am Montag, dem 8. September, das Pressegesetz verabschiedet hatte, meinten viele, daß nun wohl auch die am Abend zuvor von der Soldatenorganisation SUV (Soldaten vereinigt werden siegen) in Porto für Mittwoch angekündigte Demonstration verboten würde. Das war nicht der Fall. Allerdings wurde den Soldaten in drei Kasernen der Ausgang verwehrt, einige Einheiten mußten Dienstagnacht plötzlich "überraschend" zu einer Übung, andere wurden schärfstens überwacht. Der Generalstabschef des Heeres Fabiao hatte an alle Kommandeure einen geheimen Brief geschrieben und die Demonstration für konterrevolutionär erklärt.

Die Soldatenorganisation SUV, die zur Demonstration aufgerufen hatte, war kaum einige Tage alt. Sie war entstanden, nachdem einige wenige Soldaten, teils Mitglieder marxistisch-leninistischer Gruppen, der Massenorganisation UDP, teils auch Mitglieder der revisionistischen KP, die sich untereinander kannten, zu der Auffassung gekommen waren: Wir müssen an die Öffentlichkeit, sonst kommen wir mit der revolutionären Bewegung im Heer keinen Schritt mehr weiter.

Sie traten als SUV an die Öffentlichkeit und gaben (in Kapuzen) am Sonntag, den 7. September, eine Pressekonferenz, auf der sie ihren Entschluß bekanntmachten, eine Soldatendemonstration durchzuführen, und zwar u.a. unter den Losungen "Nieder Mit dem miserablen Sold!" "Freie Transportmittel für Soldaten!" "Tod dem ELP und allen, die es verteidigen!" (ELP ist das faschistische Heer, das zur "Befreiung Portugals" in Spanien usw. wirbt) **"Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen – vereint werden wir siegen!" "Soldaten – immer, immer an der Seite des Volkes!"**. Zu dieser Soldatendemonstration wurden alle Arbeiter- und Stadtteilkomissionen eingeladen, die sofort diese Initiative unterstützten.

Die SUV verteilte ein Flugblatt, in dem es u.a. hieß: "Kämpfen wir für einen höheren Sold, für das Ende der Strafkataloge, kämpfen wir für das Recht, reaktionäre Befehle zu verweigern, kämpfen wir für das Recht auf Versammlungen und Diskussionsfreiheit. Unser Kampf ist Teil des Großen Marsches für die Volksmacht, für die Macht der Arbeiter. Aber Genossen Soldaten, es gibt welche, die das nicht wollen. Es sind das die Lakaien derer, die uns in den Fabriken und auf dem Land ausbeuten. Sie bedrohen die fortschrittlichen Offiziere und Unteroffiziere und werfen die kämpferischsten Soldaten raus. In unserer Militärregion sind schon dreißig Genossen in letzter Zeit aus den Kasernen geflogen, deren Schuld darin bestand, hart für ihre Rechte gekämpft zu haben . . ."

Die Soldaten sagten: Wenn nur Zweihundert dem Druck der Offiziere standhalten und zur Demonstration kommen, dann haben wir einen Sieg errungen.

Es kamen 1 300 Soldaten! Alle in Uniform und in geschlossenem Zug marschierten sie vor einer Demonstration von etwa 10 000 Menschen durch die Stadt. Nie habe ich eine so kämpferische Demonstration gesehen wie diese. Straff organisiert gegen die Feinde des Volkes, die überall standen, um ein Bild der Soldaten von vorne zu ergattern. Aber ein Greiftrupp von Soldaten, unterstützt durch ein ganzes Rudel kleiner Straßenjungen, hat jeden heimlichen Fotografen sofort geschnappt und ihm in höflicher Weise den Film aus der Kamera gezogen.



Plenarversammlung der Militärpolizei auf dem Kasernenhof am 11.9.75 (Mit freundlicher Genehmigung der 'Republica')

Auf der Abschlußkundgebung wurden Grußadressen von Heereseinheiten aus Lissabon, Arbeiterkommissionen usw. vorgelesen, und zum Abschluß sprach ein Vertreter des SUV, der schärfsten Protest gegen das reaktionäre Pressegesetz erhob und die Militärpolizei in Lissabon grüßte in ihrem gerechten Kampf gegen den Kolonialismus. Von fast allen Kasernen der Militärregion Mitte waren Soldaten in Porto dabei, manche sogar heimlich aus den Kasernen entwichen und 60 bis 100 Kilometer gefahren. Und am Donnerstag brach die gesamte Presse das neue Pressegesetz und berichtete über die Demonstration.

Fortschritte unter den Soldaten

Der Kampf der Militärpolizei, die den Einsatz in Angola verweigert hatte, entwickelte sich zur selben Zeit in Lissabon rasch weiter. Die Heeresleitung mußte diesen Kampf brechen, denn er zog seine Kreise. Von vielen Kasernen kamen Grußadressen. Auf einer Demonstration der Arbeiter- und Stadtteilkommissionen in Cacilhas, wo die Revisionisten wiederum sich nicht beteiligen wollten, wurde eine Grußadresse verabschiedet. Das Pressegesetz, offenkundig auf den Kampf der Militärpolizei zugeschnitten, wurde von mehreren Zeitungen nach einer gemeinsamen Sitzung von deren Arbeiterkommissionen mit Berichten über die Vorgänge in der Kaserne der Militärpolizei unterbrochen. Was spielte sich dort ab?

Am Mittwoch und am Donnerstag fanden Plenarsitzungen der Kompanie statt, auf der das weitere Vorgehen diskutiert wurde. Das Wichtigste war, daß das gesamte Regiment einschließlich der beiden Chefs die Verweigerung des Einsatzbefehls durch einige Einheiten billigte und ihre Entschlossenheit bekundete, den Kampf fortzuführen. Die Heeresleitung hat vor, das Regiment zu zerschlagen und in alle vier Winde zu zerstreuen. Das wurde abgelehnt von allen versammelten Soldaten. Auf beiden Plenarversammlungen der Kompanie waren Delegierte der Arbeiter- und Stadtteilkommissionen des Stadtteils Belem anwesend.

Auf der Versammlung am Donnerstag, die über zehn Stunden andauerte und auf dem Kaserneninnenhof stattfand, waren Journalisten zugelassen, und ich nahm an dieser Versammlung teil. Es war der 11. September. Der Kommandant der Truppe, Major Andrade, eröffnete die Versammlung miteinem Gruß an die anwesenden Arbeiterkommissionen und der Erinnerung an den Militärputsch in Chile, "wie wir ihn in Portugal nicht zulassen werden". Er fuhr fort: "Wir wollen hier das Regiment der Militärpolizei stärken, damit von heute ab ein revolutionäres Heer aufgebaut wird, das völlig und ohne Bedingung das Volk, die untersten Klassen unterstützt und sich aufs engste mit den Arbeiter- und Einwohnerkommissionen verbindet und mit allen jenen, die wirklich die Revolution wollen, und das zu einer Garantie wird, daß weder ausländische noch inländische Kräfte das portugiesische Volk unterdrücken."

Auf der Versammlung präsidierten die von den Soldaten gewählten Mitglieder der Kommission. Jeder Soldat konnte das Wort ergreifen, und es gab vor allem deshalb eine scharfe Auseinandersetzung, weil am Abend zuvor eine "linke" Gruppe, die MRPP, versucht hatte, in eigener Initiative eine Plenarsitzung der Soldaten durchzuführen, wobei nur Arbeiter- und Einwohnerkommissionen eingeladen wurden, die von dieser Gruppe politisch geführt wurden, und eine politisch einseitige Auswahl der Soldaten stattfand. Es ging also zunächst darum, wie die Demokratie in der Truppe erkämpft wird und wie die Stellung zu den linken Parteien sein muß.

Der Major Tome ergriff in diesem Zusammenhang das Wort: "Wir sind voll und ganz dieser Auffassung: Die Streitkräfte dürfen nicht der Führung von Minderheiten unterworfen werden, sondern die Streitkräfte müssen im Dienst der arbeitenden Klasse stehen, die hier auch durch die Mehrheit der Soldaten repräsentiert ist, und das hat seinen Ausdruck in der Praxis. Vor allem in der Praxis. Dieses Regiment hat mit allen Widersprüchen unter den Soldaten einen gerechten Kampf geführt. Dieser wurde unterstützt von Leuten, die Parteiorganisationen angehören. Das ist nicht schlecht. (. . .) Man darf aber nicht zulassen, daß Leute manipulieren. Es muß hier klar sein, daß von uns hier die Anstachelung der Soldatenbewegung im ganzen Land ausgehen kann. Diese Soldatenbewegung im ganzen Land, sie ist das einzige Mittel dafür, daß unser Land nicht in die Hände der Faschisten fällt. In unserem Land gibt es viele sehr fortgeschrittene Organisationen der Arbeiter – und hier wissen das viele. Aber es gibt **noch nicht ein Hauptquartier**, noch **keine ausreichende Organisation**, um im Kampf weiterzukommen mit allen seinen Konsequenzen. (. . .)

Viele Kasernen werden heute noch manipuliert; nicht durch die extreme Linke (. . .), sondern durch Offiziere, die die Revolution **nicht** wollen!

Vor einigen Monaten glaubte ich noch sicher, daß es den Militärs möglich sei, den gerechten Kampf der Arbeiter zu unterdrücken, heute, in diesem Augenblick glaube ich schon nicht mehr daran. Ich glaube, wir haben Bedingungen dafür, und ich glaube, wir können solche noch mehr schaffen, daß die Militäreinheiten sich weigern werden, den Kampf der Arbeiter zu unterdrücken. Aber es darf dabei kein Abenteurertum geben. Wir müssen entschlossen weitergehen, aber wir müssen korrekt weitergehen. Das ist für unzählige Menschen wichtig, Leute! (. . .) Die Soldaten waren gestern gespalten. Das ist keine Erfindung und auch keine 'Ideologie'. Der Kampf war nicht korrekt. Soldaten sind übergangen worden. (. . .) Das alles ist sehr klar und eindeutig. Es ist sehr einfach, und wir brauchen nicht viel Gerede darum zu machen."

Nach einer längeren Debatte wurde eine Einheit des ganzen Regiments hergestellt und ein Soldat ausgeschlossen. Die Regimentsführung hatte ihre Tätigkeit zur Debatte stellen lassen und die Soldaten sprachen ihr das Vertrauen aus. Es wurde der einmütige Beschluß gefaßt, den Kampf mit allen Konsequenzen für jeden einzelnen fortzuführen. Zum Abschluß sagte Major Andrade: "Laßt uns das Regiment neu organisieren, damit wir schließlich einen revolutionären Rat bilden können, in dem die Arbeiter- und Einwohnerkommissionen auch sind. Wenn die Faschisten und die ELP-Leute alle kommen, dann haben wir schon die feste Verbindung mit den Kommissionen und werden so diese Verbindung stärken."

Ich glaube, es ist deutlich geworden, was der oben zitierte COPCON-Offizier meinte, wenn er sagte, daß die Revolutionäre jetzt daran gehen müssen, aus der Niederlage in den obersten Gremien der MFA einen Sieg für die revolutionäre Bewegung zu machen.

Gleichzeitig ist klar geworden, welche Schwierigkeiten für die revolutionäre Bewegung im bürgerlichen Heer bestehen in der gegenwärtigen Situation, wo es zwar viele fortgeschrittene Arbeiterorganisationen gibt, aber noch kein Hauptquartier – wie der Major Tome es ausdrückte –, noch keine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die alle Kämpfe des Volkes zu einem Klassenkampf zum Sturz der herrschenden Klasse unter Führung der Arbeiterklasse vereint. – **(kkw, Lissabon, 13. September)**

Mailänder - Bietigheim:

Erfolgreicher Streik gegen Lohnraub

Mailänder ist ein Kapitalist in Bietigheim bei Ludwigsburg. 250 Arbeiter und Angestellte hat er, die er für sich Druckmaschinen bauen läßt. Wie alle Kapitalisten hat er sich gesagt, in der Krise müssen die Arbeiter froh sein, wenn sie überhaupt Arbeit bekommen und da ein großes Angebot die Preise drückt, warum soll ich meinen 250 Arbeitern den alten Lohn zahlen, wo es über eine Million Arbeitslose gibt, die Arbeit suchen. Als erstes hat er die Tariferhöhung von 6,8 % nicht zur Auszahlung gebracht und sie auf die betriebliche Zulage angerechnet. Die Arbeiter haben versucht, die Auszahlung zu erzwingen, sie streikten. Mitten im Streik ließen sie sich auf Anraten der Gewerkschaftsführung darauf ein, daß die Geschäftsbücher geprüft werden, ob der Kapitalist noch genug Geld hat, um die Lohnerhöhung zu zahlen. Damit hatte der Kapitalist seinen ersten Sieg errungen. Der Kapitalist hatte noch nicht genug, er forderte von seinen Arbeitern, auf den Tarifurlaub zu verzichten und auf das Urlaubsgeld. Die Arbeiter lehnten das ab. Nun wollte er die restliche betriebliche Zulage streichen, bis zu 350 DM für die Arbeiter. Auch das ließen sich die Arbeiter nicht bieten, sie demonstrierten am 6. Juli und mit ihnen viele Arbeiter aus Ludwigsburg. Es sollte dem Kapitalisten eine Warnung sein, die Kraft und den Willen der Arbeiter nicht zu unterschätzen. Der Kapitalist aber hat Blut geleckt durch die geglückte Lohnsenkung Anfang des Jahres. Blind vor Aufregung über das viele schöne Geld, 25 000 Mark im Monat, glaubte er, die Arbeiter verhöhnen zu können. Mich bezwingt niemand, posaunte er in die Welt. Anfang September hatten die Arbeiter des Kapitalisten Mailänder dann weniger Geld in der Lohntüte, die Zulagen waren gestrichen. Mailänder rieb sich die Hände über den gelungenen Lohnraub. Doch noch während er sich freute, berieten sich die Arbeiter, sich alles wieder zu holen, womit er sich bereicherte. Wie dieser Kampf gelaufen ist und wie sein Ergebnis war, darüber berichtet die folgende Zuschrift der KBW-Zelle Hüller in Ludwigsburg.



Schon am 6.Juli demonstrierten die Kollegen von Mailänder gegen den geplanten Lohnraub. Mit ihnen demonstrierten zahlreiche Arbeiter aus anderen Betrieben aus Ludwigsburg.

Bietigheim. In einem über dreitägigen Streik haben 150 von 250 Kollegen der Firma Mailänder die Pläne der Kapitalisten vereitelt, sämtliche übertariflichen Zulagen zu streichen. Mailänder sagte, dies sei notwendig, weil sich die "Ertragslage verschlechtert habe". Die Angestellten waren von diesen Maßnahmen kaum betroffen, sie werden nur nach Tarif bezahlt. Das ist auch ein wesentlicher Grund dafür, warum es nicht gelungen ist, sie in die Streikfront einzubeziehen.

Betroffen waren vor allem die Arbeiter, die durch die Streichung der übertariflichen Zulagen bis zu 350 DM weniger gekriegt hätten. Das wäre – vor allem für die unteren Lohngruppen – direkt an die Existenz gegangen. Ein Kollege, der DM 1,50 pro Stunde weniger bekommen hätte, sagte: *"Wenn Du 400 DM Miete zahlst, haut das bös rein. Für das, was ich noch bekommen hätte, hätte ich auch stempeln gehen können."* Die Kollegen haben nicht eingesehen, daß sie bluten sollen, damit die "Ertragslage" stimmt.

Die Mailänder-Arbeiter haben entschlossen den Angriff auf ihren Lohn zurückgeschlagen. Dieser Sieg ist von großer Bedeutung für den Kampf aller Arbeiter um mehr Lohn für den kommenden Tarifkampf und er konnte errungen werden, weil die streikenden Arbeiter große Unterstützung von ihren Kollegen aus anderen Betrieben bekamen.

Mailänder: Ich walze alle nieder

Erste Kämpfe der Arbeiter und Angestellten hat es schon im Juli gegeben, als Mailänder dieStreichung der Zulagen angekündigt hat.

Am 6. Juli haben auf einer Protestdemonstration 400 Kollegen von Mailänder und anderen Betrieben zum Ausdruck gebracht, daß sie diesen Lohnraub nicht hinnehmen werden. Belegschaften anderer Betriebe haben in Schreiben ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht. So erklärten z. B. Betriebsrat, Vertrauensleutekörper und Jugendvertreter der Firma Hüller in Ludwigsburg in einer Resolution (siehe KVZ Nr. 34), daß die Maßnahmen von Mailänder eine Sache sind, die alle Arbeiter angeht und daß es darauf ankommt, ihnen entschlossen entgegenzutreten.

Diesen wichtigen Schritt haben die Mailänder-Kollegen mit ihrem Streik vollzogen. Nachdem sie die Lohntüten mit wesentlich weniger Geld in der Hand hatten, sind sie in den Streik getreten, nachdem schon Tage zuvor viel über die Maßnahmen, die getroffen werden sollten, diskutiert wurde. Am 10. September ab 13 Uhr standen die Räder still.

Vor dem Streik noch hatte Mailänder großartig getönt: *"Ob sich die IG Metall oder der Betriebsrat oder die Belegschaft mir in den Weg stellt, ich walze alle nieder."* Jegliche Verhandlungen mit den Streikenden hatte er abgelehnt und am Freitag, dem dritten Streiktag, ließ er einen Anschlag am Schwarzen Brett anbringen, wo er jedem mit fristloser Kündigung droht, der am Montag noch streikt.

Beeindruckt hat das die Kollegen wenig. Sie gaben klar zu verstehen, daß sie streiken, bis die Maßnahmen zurückgenommen sind. Eine wichtige Rolle spielte dabei, daß die Belegschaften anderer Betriebe nicht nur Solidaritätsschreiben schickten, sondern z. B. jeden Morgen gut 50 bis 100 Kollegen vor dem Betrieb standen, vor allem Vertrauensleute, um sich über den neuesten Stand zu informieren.

Dazu ein Mailänder-Kollege: *"Das ist wichtig, da sehen wir, daß wir nicht alleine stehen."* Für Dienstag wurde eine Demonstration geplant und in den Betrieben wurde die finanzielle Unterstützung unter der Losung **"1 Stundenlohn für Mailänder"** organisiert.

Die Vertreterversammlung Heidelberg schickte z. B. neben einem Solidaritätsschreiben DM 300 Spenden.

Am Montag war die Stimmung im Betrieb weiterhin gut. Nur Mailänder hatte merklich zurückgesteckt. Von "Niederwalzen" und "fristloser Kündigung" war keine Rede mehr. Um 10 Uhr fand eine Betriebsversammlung statt, wo er bekanntgab, daß er die Streichung der übertariflichen Zulagen zurücknimmt und aus dem 6,8 %-Abschluß 3 % auszahlen will. Die Kollegen ließen sich keinen Brei ums Maul schmieren und erklärten, daß sie weiter streiken, bis in einer Vereinbarung mit dem Betriebsrat Mailänder schriftliche Zusicherungen macht. Insgesamt wird eine Betriebsvereinbarung angestrebt, damit das Recht auf den übertariflichen Lohn einklagbar wird.

Am Dienstag früh noch waren die Kollegen skeptisch: *"Bevor wir anfangen, wollen wir erst sehen, was am Brett hängt. Was der sagt, ist nichts wert, morgen kann er wieder was anderes sagen."*

Nach einer Sitzung, an der auch Vertreter des Metall-Kapitalistenverbandes teilnahmen, hat Mailänder schriftlich zugesichert: Rücknahme der Streichung der übertariflichen Zulagen, Zahlung von 3 % aus dem Tarif von 6,8 %, keine Maßnahmen gegen die Streikenden, der Tarifabschluß 1976 wird nicht auf die Zulagen angerechnet.

Das Kampfziel der Mailänder-Kollegen ist erreicht. Sie haben deutlich gemacht, daß sie trotz Drohungen des Kapitalisten den Lohnraub nicht hinnehmen, daß, wenn die Arbeiter zusammenstehen, sie das erreichen können, was sie wollen. Der Kommentar eines Kollegen: *"Der hat keine niedergewalzt, auf keinen Fall. Der weiß jetzt, wer ihm drohen kann."*

Schichau-Werft Bremerhaven: Erfolgreiche Überstundenverweigerung

Bremerhaven. In den letzten Monaten hat der Schichau-Kapitalist die Ausbeutung der Arbeiter auf der Werft drastisch erhöht. Konnte Schichau vor zwei Monaten nur durch ein 7,8 Mill.-Geschenk vor der Pleite bewahrt werden, sollen jetzt die Arbeiter die Profite der Werft sanieren. Fast alle Kollegen arbeiten regelmäßig wenigstens eine Stunde täglich länger. Keine Minute kann man irgendwo stehen, ohne daß man nicht gleich von den überall herumlaufenden Antreibern wieder an die Arbeit getrieben wird. Drei Kollegen, die an Deck standen und eine rauchten, wurde eine halbe Stunde von der Zeit abgezogen.

Das war keine Maßnahme gegen nur drei Kollegen, das war eine Maßnahme gegen alle Arbeiter.

Pünktlich nach acht Stunden packten alle Kollegen ihr Werkzeug weg und gingen nach Hause. Überstundenverweigerung! Nach vierzehn Tagen Überstundenverweigerung wurde die Maßnahme gegen die drei Kollegen zurückgenommen. – (d., Bremerhaven)

Streikende fordern Auskunft

Witten. Am Mittwoch, dem 10.9., legten in den Abteilungen FC 1 und FZ 1 die Arbeiter und Angestellten des Rheinstahlbetriebes Witten-Annen die Arbeit für zwei Stunden nieder und forderten Auskunft über geplante Rationalisierungsmaßnahmen.

Seibel will 5 Millionen

Erwitte. Fünf Millionen DM will der Zement-Kapitalist Seibel von der IG Chemie einklagen. Die Belegschaft des Seibel-Werkes kämpft seit dem 10. März gegen die Entlassungen, die Seibel vorgenommen hatte.

Stillegung beim Bauer-Verlag

Hamburg. Der Bauer-Verlag will einen Teil seiner Produktion von Hamburg nach Köln verlagern. Damit würden 400 Kollegen auf die Straße gesetzt. Am 8. September teilte die Geschäftsleitung der Belegschaft des Betriebes in Hamburg mit, daß geplant sei, bis Mitte 1977 die Rotation, Weiterverarbeitung, Formherstellung, S-Werkstatt und die E-Werkstatt stillzulegen. Statt eines Neubaus soll der Betrieb in Köln ausgebaut werden. Zwei Tage nach Bekanntgabe der Stillegung fand eine Betriebsversammlung statt.

Die Betriebsversammlung forderte den Betriebsrat auf, genauere Informationen über die Gründe der Stillegung und die genauen Auswirkungen auf die verschiedenen Abteilungen von der Geschäftsleitung einzuholen. Danach soll die Diskussion über Maßnahmen der Belegschaft gegen die Stillegung weitergeführt werden. – (h., Hamburg)

Stahltarifrunde

Die 8% Forderung der Tarifkommission sichert den Reallohn nicht

8 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung hat die Große Tarifkommission der IG Metall für die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen und Bremen gefordert. Der Essener Bezirksleiter Herb und der 2. Vorsitzende der IGM, Mayr, begründeten die Forderung damit, *daß der Kaufkraftschwund damit gedeckt sei, es das ist, was die Mitglieder erwarten würden, zusätzlich noch eine kleine soziale Komponente enthalten würde und die Stahlindustrie außerdem diese Forderung verkraftet, da es demnächst wieder aufwärts gehe.* Die Stahlkapitalisten haben darauf geantwortet, indem sie *ihre Hoffnung ausdrückten, daß durch diese Forderung die Möglichkeit gegeben sei, zu einem Abschluß im Rahmen des Gutachtens des Sachverständigenrates zu kommen.* In Nordrhein-Westfalen kommentierte die bürgerliche Presse die Forderung so, *daß damit die Voraussetzungen geschaffen seien, zu einem wirtschaftlich vertretbaren Abschluß zu kommen, der den Stahlarbeitern den Reallohn sichert und den Kapitalisten die Möglichkeit gibt, mehr Investitionen zu tätigen.*

Vetter und andere führende SPD-Mitglieder haben seit längerer Zeit schon davon gesprochen, daß es dieses Mal nur darum gehen kann, den Reallohn zu sichern, also einen Ausgleich für die Inflationsrate zu erreichen. Vertrauensleutesitzungen wurden mit dem Argument abgebogen, daß es nichts zu beschließen gäbe, da klar sei, daß nur die Reallohnsicherung herausspringen wird. Die Frage ist nur: Mit welcher Forderung kann der Reallohn der Stahlarbeiter gesichert werden? Einfach mit der Inflationsrate, also 6 Prozent? Sicherlich nicht, denn was ist mit den anderen Lohneinbußen der Stahlarbeiter? Dem Wegfall der Überstunden, der Kurzarbeit, den Streichungen von Zulagen, den Auswirkungen der Umbesetzungen? Vor allen Dingen, was ist mit dem Raubbau an der Arbeitskraft der Arbeiter, den die Kapitalisten durch verschärfte Arbeitshetze betreiben? All das ist in den 6 Prozent nicht enthalten, und es ist eine glatte Lüge, wenn es behauptet wird. Nach einer Statistik des Statistischen Bundesamtes ist der Bruttowochenverdienst der Industriearbeiter in der Zeit von Januar 1974 bis 1975 von 383 Mark auf 405 Mark gestiegen, also um 23 Mark oder 5 Prozent, also unter der Preissteigerungsrate. Nach Januar 1975 kam dann noch in größerem Umfang die Kurzarbeit dazu. Ein Ende der Kurzarbeit ist nicht abzusehen. Bei Klöckner in Bremen stehen die Kurzarbeitsperioden bis Jahresende schon fest.

In den letzten Wochen sind die Kapitalisten daran gegangen, den Lohn kräftig zu drücken.

Sie haben die Bruttolohnsumme von Mai bis Juni um 40 Mill. Mark gedrückt, von 9 413 Mill. auf 9 356 Mill. Mark. Gleichzeitig haben sie die Arbeitszeit für die in Arbeit Befindlichen erhöht. Die geleisteten Arbeiterstunden stiegen von 753 Mill. Stunden auf 763 Mill. Stunden. Sie haben damit den durchschnittlichen Stundenlohn um 24 Pfennig gedrückt. Weiter haben die Kapitalisten im gleichen Zeitraum das Produktionsergebnis pro Arbeiterstunde hochgeschraubt, statt 131,1 Indexpunkte beträgt es im Juni 135,6 Indexpunkte, eine Steigerung um ungefähr 4 Prozent. Neue Maschinerie haben die Kapitalisten nicht angewandt, die höhere Leistung kommt also schlicht durch verschärfte Arbeitshetze. (nach: Statistischer Wochendienst Nr. 35, die Angaben beziehen sich auf die Monate Mai und Juni 1975)

Die beschlossene Forderung gebietet dem Heißhunger der Kapitalisten nach Mehrarbeit keinen Einhalt!

Für die Lohngruppe 1 in Nordrhein-Westfalen heißt sie 117 Mark, für die Lohngruppe 9 158 Mark, für den Ecklohn 141 Mark. Für Klöckner in der Lohngruppe 1 105 Mark, in der Lohngruppe 10 141 Mark, für den Ecklohn (7) 120 Mark. 140 Mark mindestens haben der Klöckner-Vertrauensleutekörper und zwei Belegschaftsversammlungen gefordert. Das würde ungefähr mit der Ecklohnforderung in Nordrhein-Westfalen übereinstimmen, aber bei Klöckner arbeiten 67 Prozent unter der Lohngruppe 7, das wären weniger als 120 Mark. Und die Forderung ist noch nicht das Ergebnis.

Was ist von den Äußerungen der Kapitalisten zu halten?

Das von ihnen angesprochene Gutachten des Sachverständigenrates besagt, daß die Lohnerhöhungen bei 4,5 Prozent liegen sollen (Handelsblatt vom 20.8.). Das ist ihr Ziel. Die Gewerkschaftsführung geht von 6 Prozent aus. Läßt man beide in Ruhe verhandeln, dann weiß man, daß sie sich dazwischen einigen wollen. Auf den Ecklohn bezogen wären das zwischen 40 und 50 Pfennig oder 75 bis 85 Mark brutto im Monat. Ein Ergebnis, ganz und gar nicht geeignet, den Reallohn zu sichern, wie Vetter das ausgeben will. – (db)

Streik für Zulage

Hagen. Nach zwei Tagen Streik mußte die Geschäftsleitung im Hammerwerk Hagen-Haspe am letzten Freitag der Zahlung einer betrieblichen Zulage zustimmen.

Graubremse Heidelberg:

Die Meister schrieben einen Brief gegen den Streik

Heidelberg. Nach dem anderthalbstündigen Streik in der Montage-Halle gegen den geplanten Abbau von innerbetrieblichen Sozialleistungen gab es in der letzten Woche viele Diskussionen. Obwohl wohl die meisten Kollegen den Streik als gute Grundlage für die erfolgreiche Durchsetzung der Forderungen sehen, ist diese Haltung nicht bei allen Kollegen da. Manche meinen, der Chef werde sich trotzdem letztendlich durchsetzen können, weil im Ernstfall eben nicht alle zusammenhalten würden; und einige waren sogar der Ansicht, der Streik sei schlecht gewesen, denn jetzt sei der Doktor Grau erst recht verärgert und werde uns das spüren lassen.

In dieser Situation kam der Betriebsrat am letzten Freitag und gab bekannt, daß 20 bis 25 Meister und Vorarbeiter einen Brief an den Betriebsrat unterschrieben hatten, der sinngemäß den Inhalt hatte:

Wir wenden uns gegen Vorkommnisse wie die am Freitag, dem 5.9. (Streik in der Montage). Wir wehren uns dagegen, daß eine Handvoll Herren den Betriebsfrieden und das Betriebsklima stören. Auf Einflüsse von Kommunisten können wir verzichten.

Die Geschäftsleitung hatte also nach dem kurzen Streik nicht stillgehalten. Mit ihrer Unterstützung wurde vielmehr jetzt der Versuch unternommen, die Belegschaft zu spalten und so gegenüber den Plänen der Geschäftsleitung zu schwächen. Dagegen wandten sich die Kollegen:

"Das gibt's doch nicht, daß uns jetzt die eigenen Meister in den Rücken fallen. Wenn wir den Abbau der Sozialleistungen verhindern wollen, dann müssen doch alle zusammenstehen." "Wir waren keine Handvoll; da waren alle dabei aus den vier Abteilungen." "Den Schrieb sollte der Betriebsrat mitsamt den Unterschriften ans Schwarze Brett hängen, damit jeder weiß, wer solchen Dreck mitmacht." "Denen war wohl das gute Ansehen bei der Geschäftsleitung wichtiger als unsere Einheit." "Der Betriebsrat müßte eine Mordsrede halten in der Halle, damit den Kerlen der Arsch heiß wird, daß sie sehen, daß wir sowas nicht durchgehen lassen."

Aber der Betriebsrat dachte nicht daran. Er gab keine Erklärung gegen den Brief ab, sondern beruhigte die Kollegen: "Die Sache ist doch lächerlich, das weiß doch jeder. Wenn wir uns darüber so aufregen, dann machen wir das nur noch wichtiger als es ist. Der Vertrauenskörper wird den Brief bekommen und kann ja dann in der nächsten Sitzung dazu Stellung nehmen."

Der Vertrauenskörper muß auf den Angriff antworten, indem er das klare Nein gegen den Abbau der Sozialleistungen von der letzten Sitzung bekräftigt (i, Graubremse Heidelberg)



Waldkirch/Freiburg. Das Bild zeigt Kolleginnen auf der Betriebsversammlung der Uhrenfabriken Blessing am 12.9. An diesem Tag wurde den 920 Beschäftigten gekündigt. Der Betrieb, mehrheitlich in Familienbesitz, hat Konkurs gemacht: 15 Millionen Schulden standen nur 7,5 Millionen DM an Gebäuden und Maschinen gegenüber. Die Blessing-Familie war besonders dadurch bekannt, daß sie z. B. für Geburtstagsfeiern Zehntausende von DM verpraßte. "Geburtstagsparty mit besonderem Flair", nannte das die 'Badische Zeitung'. Auf der Betriebsversammlung wurde bei den Kollegen die Hoffnung geweckt, daß die Mehrheit der Kollegen ihren Arbeitsplatz zurückerhält, sobald ein neuer Betrieb gegründet sei. Mit dieser Hoffnung sollen die Kollegen ruhig gehalten werden, denn die Lage für die nun arbeitslosen Kollegen ist schlimm, teilweise katastrophal. Von den August-Löhnen ist bis jetzt nur ein Abschlag von 150 DM bezahlt worden. In den letzten Wochen wurden bis zu drei Kurzarbeitstage in der Woche eingelegt. Dadurch ist der Durchschnittsverdienst rapide gesunken. Hier das Beispiel einer Kollegin aus der Kontrolle, Lohngruppe 2: Nachdem sie im März nach einer 6,8 Prozent Lohnerhöhung netto 780 DM verdiente, sank der Verdienst über April = 740 DM, Mai = 720 DM auf 670 DM im Juli. Das Arbeitslosengeld beträgt aber wiederum höchstens 68 % der letzten Netto-Monatsverdienste, also knapp 480 DM. Auf dem Bild lesen die Kolleginnen auf der Betriebsversammlung die Betriebszeitung "Roter Wecker", herausgegeben von der Sympathisantengruppe Waldkirch des KBW.

Konkurs bei Hansa Waggon Bremen:

Am Freitag war das Werk schon ausgeräubert

Bremen. Am Freitag, dem 5. September, wurde in den Bremer Tageszeitungen veröffentlicht, daß für die Hansa Waggon AG das Konkursverfahren eingeleitet worden ist.

Hinter den dürren Worten in den amtlichen Bekanntmachungen heißt das: 479 Arbeiter und Angestellte stehen auf der Straße, 28 Lehrlinge können zusehen, wie sie ihre Ausbildung fortsetzen.

Hansa Waggon baut Container und Schienenfahrzeuge. Der Absatz auf diesen Märkten stockt, und die Kapitalisten sehen ihre Profiterwartungen nicht erfüllt.

Wir hatten im Betrieb in der letzten Augustwoche erfahren, daß der Vorstand die Einleitung eines Vergleichsverfahrens beantragt hatte. Mittwoch ging das im Betrieb rum und Donnerstag hatten die Lehrlinge ihre Entlassungen. Für Freitag war eine Betriebsversammlung angekündigt.

Die Nachricht schlug ein wie eine Bombe. Viele Kollegen erlebten diese Situation zum sechsten oder siebten Mal. Seit 1951 hat es bei Hansa sechsmal einen Wechsel des Besitzers und der Geschäftsführung gegeben. Die ganze Unsicherheit der Existenz der Arbeiter in einem System, das auf der Profitproduktion beruht, haben die Kollegen von Hansa zu spüren bekommen. Das zeigt auch das Gespräch mit einem Kollegen, das wir auf dieser Seite abdrucken. Aber bisher war es noch nie so schnell gegangen, nicht von einem Tag auf den anderen.

In fast keiner Halle wurde noch gearbeitet, überall standen die Kollegen zusammen und diskutierten. Der Lohn für August sollte nicht ausgezahlt werden; es sei kein Geld vorhanden, so hieß es. Währenddessen ließen die Kapitalisten die Container und Waggons aus dem Werk schaffen, damit sie nicht die Hände derer fielen, die sie gebaut haben.

Am Freitag war das Werk leer, ausgeräubert. An den Maschinen stand schon, wem sie gehörten: Westdeutsche Landesbank, Gerling Bank. Diese Herren rissen sich unter den Nagel, was sie bekommen konnten.

Wenn die Kollegen das Werk nach Feierabend verließen, mußten sie ihre Taschen und Autos kontrollieren lassen; die Kapitalisten wollten verhindern, daß die Arbeiter auch nur den kleinsten Schraubenschlüssel aus dem Werk mitnahmen. Die Kapitalisten haben dafür gesorgt, daß sie ungeschoren aus der Pleite herauskommen. Thienes, dem 75 Prozent der Aktien der Hansa Waggon AG gehören, hat sich für eine Million ein Haus bauen lassen. Dieses Haus ist bei Hansa gebaut worden. Es besteht aus containerartigen Wohneinheiten, einem geplatzten Versuchsballon des letzten Vorstandes.

Ihm gehört ein Werk in Lübeck, wo auch Container gebaut werden, weitere in Ganspe und in Hamburg.

Er wird sich weiterhin bereichern durch die Ausbeutung der Arbeiter, ihn wird man auf dem Arbeitsamt nicht treffen.

Die Kollegen hatten eine große Wut im Bauch. Jahrelang haben sie unter Bedingungen gearbeitet, bei denen man staunt, daß unter solchen Bedingungen überhaupt gearbeitet werden kann. Und jetzt weggeschmissen wie das letzte Stück Dreck! Die Frage nach dem ausstehenden Lohn wurde diskutiert. Als ich mit einem Kollegen darüber sprach, wie man verhindern kann, daß die Kapitalisten das Werk ausräubern, schossen Dr. Behrens, ein Mitglied des Vorstandes, und der Personalchef Schönau wie von der Tarantel gestochen auf uns zu: Ich sei fristlos entlassen wegen Aufwiegelei; solche Reden, wie ich sie führe, könne man nicht gebrauchen, man brauche Ruhe, um die Angelegenheiten zu regeln.

Als ich ihm sagte, daß ich wie alle Lehrlinge schon entlassen sei und daß er lieber mal sagen solle, was mit unserem Lohn sei, wich er aus und verzog sich. Eine Viertelstunde vor der Betriebsversammlung wurde ich zu meinem Ausbilder gerufen. Er teilte mir mit, daß er mich im Auftrag des Vorstands aus dem Werk bringen solle, ich sei fristlos entlassen und hätte Hausverbot.

Der Personalchef begründete dies mündlich mit "Störung des Betriebsfriedens". Sie hatten mächtig Angst, die Herren vom Vorstand, daß es der Belegschaft gelingen könnte, ihr Spiel zu durchkreuzen.

Kollegen erzählten mir, was auf der Betriebsversammlung herausgekommen war: Den Arbeitern wurde mitgeteilt, daß der Vergleich angemeldet sei und daß man abwarten müsse. Derweil sollten die Kollegen auf ihre Ersparnisse zurückgreifen.

Für die 28 Lehrlinge sei gesorgt, sie seien in anderen Betrieben untergebracht.

Bis heute haben noch nicht alle wieder eine Lehrstelle. Einige haben auf andere Berufe wechseln müssen, und wir sind einer regelrechten Untersuchung unterzogen worden, bevor wir einen Kapitalisten gefunden hatten, der unsere Ausbildung unter seine Fuchtel nehmen wollte. Ein Kollege z. B. mußte erst ein politisches Glaubensbekenntnis ablegen: Erste Frage beim Einstellungsgespräch: "Sind Sie Mitglied im KBW, beteiligen Sie sich an Demonstrationen?"

Doris Grimm, Bürgerschaftskandidatin des KBW/ Bremen

Interview — Über 20 Jahre bei Hansa Waggon: "Wir mußten ja immer den Termin halten".

„Die haben da alle nur Geld rausgezogen"

Gespräch mit einem Kollegen, der von 1951 bis vor einem Jahr bei Hansa Waggon gearbeitet hat und aufgrund seiner Krankheit nicht mehr arbeitet.

1951 sind wir angefangen, und fünf Jahre lang hatten wir viel Arbeit, alles Waggons, alles für die Bundesbahn. Und dann, fünf Jahre später, war das zu Ende. Da haben sie welche entlassen, vor allem Tischler und Stellmacher. Aber es hat nicht lange gedauert, da hatten sie einen Auftrag, die Dortmunder Straßenbahn, ein großer Auftrag, 20 Züge.

dann haben sie auch wieder eingestellt. Die Belegschaft wurde aufgestockt auf 800 Mann.

Und davor, wieviel wart Ihr da?

500 bis 600. Der Auftrag lief gut, dazu Reparatur für die Bundesbahn. Tag und Nacht haben wir gearbeitet, von 6 bis 6, rund um die Uhr, zwei Schichten, jeweils 12 Stunden.

Als der Auftrag alle war, hatten wir wieder ganz wenig. Das ging immer hin und her.

1958 kam ein neuer Chef. Und der wollte das ganz groß aufziehen. Und dann kriegten wir die Bremer Straßenbahn, die erste.

Und wie wurde da gearbeitet?

Da haben wir auch Schicht gearbeitet, aber drei Schichten, und das mußten wir, weil wir den Maschinenpark nicht so hatten. Wir hatten auch keine Schweißmaschinen. Die Schweißmaschinen waren voll ausgelastet. Es konnten keine Schweißer mehr eingestellt werden. Aber das war nur ein paar Wochen, der Termin war so kurz. Wir mußten ja immer den Termin halten, und dann kam das mit seinem Plan mit dem Termin gar nicht hin. Aber wir mußten ...

Knüppeln mußtet Ihr ...

Ja, und dann war eine Zeit, wo wir nur Reparatur hatten. Und dann kam die Bundesbahn und Bundespost, 24 Postwaggons. Und da konnte er das Material nicht bezahlen. Da hat die Bundespost das Material gekauft, und da stand überall dran "Eigentum der Bundespost". Schon die Bremer Straßenbahn hat das Material selbst gekauft.

Und was haben die jeweiligen Kapitalisten da reingesteckt?

Die haben da nur rausgeholt.

Da sind welche von Donauwörth (eine andere Waggonfabrik, die Red.) gekommen und die haben nur mit dem Kopf geschüttelt. Die haben gesagt, solche Arbeiter, die so arbeiten, die möchten wir haben. Daß man mit einem solchen Maschinenpark fertig wird, daß man überhaupt Termine einhalten kann, das hat die gewundert. Und das weiß ich noch, das haben sie sogar auf einer Versammlung gesagt.

Und dann kam ein neuer Chef. Der alte war nur zwei Jahre dagewesen, dann kam Müller. Der Müller hat gesagt, er will den Wasserkopf wegmachen, den Verwaltungsapparat, und einige von den Angestellten sind auch entlassen worden, und das hat ihnen wohl nicht gepaßt. Und auf mal mußte der Müller gehen, der ist dann nach Hamburg zu Blohm & Voß. Wir haben weitergewurschtelt.

Die Sachen von Donauwörth, die die nicht machen wollten, mußten wir machen, alles was nicht hinhaute, wo die Zeit nicht hinkam, wurde alles bei uns gemacht. Bei uns haben sie immer mit der Uhr gestoppt, das war eine richtige Hauruck-Kolonne bei uns, und das wurde immer schlimmer.

Je öfter die Geschäftsleitung wechselte, um so schlimmer wurde das. Wir waren einmal so weit, daß Sauerstoff zum
Schweißen fehlten, keine Elektroden, nichts, die haben wir uns paketweise holen müssen, so weit waren wir. Auf einmal waren die Elektroden alle, und wir haben ein paar Stunden gestanden und konnten nicht schweißen. So eine Scheiße haben wir gehabt. Und ich habe einmal gehört, daß der Betriebsrat losgefahren ist und Elektroden geholt hat. Aber dann hatten wir wieder einen Auftrag gehabt, und zwar von der Bremer Straßenbahn. Das war der zweite Auftrag.

Wann war denn das?

1960, so genau weiß ich das nicht mehr. Und dann kam der Lukendeckelbau für die Werften.

Und da hat der Senat nachgeholfen?

Na ja, unsere Manager hatten ja auch Verbindungen zu den Werften, und denn haben die erst mal Schweißer nach der Werft geschickt, nach AG Weser verliehen. Und dann kam ein Transporter mit Lukendeckeln, und dann ging das bei uns wieder los. Da haben wir viele Überstunden gemacht und auch Schicht.

Die Bundesbahn wollte uns keine Aufträge mehr geben.

Warum nicht?

Die Firma mußte ja immer Geld haben, und dieBahn bezahlt immer erst bei Abnahme.

Und die Hansa-Kapitalisten wollten, daß die Bahn vorfinanziert?

Da haben die aber ein gutes Geschäft gemacht.

Und dann kam auf einmal der Knalleffekt, wo wir nur von Reparatur gelebt haben, und dann sperrten sie auf einmal die Reparatur, das wollte die Bahn selbst machen im Ausbesserungswerk. Und dann standen wir vor vier Jahren vor einer großen Pleite.

Das war 1971 vor der Bürgerschaftswahl.

Ja, und da war schon ein Sozialfonds fertig, die älteren Kollegen sollten Abfindungen haben, und ein paar Meister hatten sich auch schon andere Arbeit gesucht. Auf einmal hieß es: Wir arbeiten doch weiter. Da kam der von Hamburg, der Thienes, und wir hatten gleich eine Betriebsversammlung, wo er gesprochen hat. Da hat er gesagt: "Ich versuche das, aber ich arbeite nicht mit roten Zahlen." Er hat oben auch abgebaut, da mußten viele gehen. Aber uns nutzte er auf andere Art und Weise aus, und da sind viele ältere Kollegen gezwungen worden zu gehen, so quasi. Das hat er aber nicht direkt gemacht.

Wir hatten Straßen im Betrieb, da konnte man sich die Beine brechen, und das wurde erst gemacht, neue Betonstraßen, und auch ein paar Maschinen, Drehbänke und so. Und immer eingestellt. Da kriegten wir einen Auftrag von VW, Transportkörbe, und dann von der Bundesbahn 40 Nahverkehrszüge.

Nur, komisch, auf einmal konnte die Firma das Material selbst bezahlen.

Klar, der Senat hatte eine Bürgschaft für einen Kredit über 5 Millionen gegeben.

Und dann ging es wieder los, aufwärts. Und dann hat der Schweinigel auf einmal Ganspe gekauft. Das war ja auch komisch, wo hatte der auf einmal das Geld her?

Ich kam ja auch weg durch meine Krankheit.

Und auf einmal ist er pleite jetzt. Das verstehe ich nicht, die hatten doch Aufträge, 1 000 jugoslawische Güterwagen, die haben wir noch fertig gemacht. Da mußten Türken entlassen und Jugoslawen eingestellt werden, weil wir sonst den Auftrag nicht gekriegt hätten.

Jetzt war wieder ein Auftrag fällig, darauf hatten sie sich gespitzt. Der ist zurückgezogen worden, das stand auch in der Zeitung.

Das ist doch so: Da haben alle, die da waren, Geld rausgezogen aus dem Werk, ob das nun amtlich ist oder nicht. Jeder hat seine Sachen mitgenommen.

ÖTV, Eisenbahner- und Postgewerkschaft Frankfurt gemeinsam

Protestkundgebung

Frankfurt. Am Dienstag, dem 16.9. fand in Frankfurt eine öffentliche Protestveranstaltung der ÖTV, der Gewerkschaft der Eisenbahner und der Postgewerkschaft im Volksbildungsheim statt.

Trotz der kurzfristigen Ankündigung, der mangelhaften Mobilisierung und der schlechten Zeit (16 Uhr) waren über 500 Kollegen gekommen, um gegen die Sparmaßnahmen der Bundesregierung zu protestieren und gemeinsam weitere Kampfschritte zu organisieren.

Zirka 100 Kollegen der Post zogen in einem Demonstrationszug vom Fernmeldeamt 2 durch die Frankfurter Innenstadt zur Kundgebung.

Zu Beginn sprach der Bezirksleiter der ÖTV Hessen, Heinz Wolf: Diese Veranstaltung soll der Auftakt zu weiteren Protestmaßnahmen sein. Das Ziel ist es, Resignation, Angst und Lethargie der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu überwinden und gemeinsam und kategorisch alle Sparmaßnahmen zu bekämpfen. Denn nicht die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind schuld an der Misere, sondern die Politiker, die jetzt die Hetzkampagne gegen die Bediensteten führen. Und wenn gespart wird, dann soll bei den Unternehmern gespart werden. Die geplanten Sparmaßnahmen der Bundesregierung zielen auf die Tarifautonomie im öffentlichen Dienst und laufen auf eine Lohnpause oder mindestens auf einen Einkommensverlust für die Beschäftigten hinaus.

Damit soll allen Arbeitern und Angestellten in der Wirtschaft ein Lohnverzicht schmackhaft gemacht werden. Jetzt kommt es darauf an, sofort die Tarife zu kündigen und innerhalb der Belegschaften mit der Vorbereitung auf die Tarifrunde zu beginnen. Mit den Forderungen: Keine Opfer, keine Lohnpause, keinen Lohnverzicht, Kündigung der Tarifverträge, Solidarität herstellen und den Kampf vorbereiten, endete der Beitrag des ÖTV-Vorsitzenden. In gleicher Weise sprach auch Oskar Rudolf, Bezirksvorsitzender der DPG.

Bei der anschließenden Diskussion um eine Resolution zeigte sich die Kampfbereitschaft der Kollegen daran, daß u. a. mehrheitlich eine Passage aufgenommen wurde, in der die Versammelten sich dagegen wenden, daß die Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen durch Überstunden und Mehrarbeit ausgeglichen werden.

In der Resolution wird erklärt, daß es weder Opfer noch Lohnpause im öffentlichen Dienst geben dürfe. In diesem Sinn wird die Haltung des ÖTV-Hauptvorstandes und der Tarifkommission unterstützt, die Angriffe auf die Tarifautonomie werden verurteilt. Jetzt bereits sollen die zum 31.1.1976 auslaufenden Tarifverträge gekündigt werden. Eine ausführliche Diskussion soll in allen Betrieben herbeigeführt werden, um so die Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes gegen die "beabsichtigte soziale Demontage zu mobilisieren". Weiter heißt es: "Die versammelten Gewerkschafter machen deutlich, daß die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst die Folgen der Stellenbesetzungssperre nicht durch Mehrarbeit und Überstunden ausgleichen können und werden. Einer vermutlichen Verschärfung des Leistungsdrucks im öffentlichen Dienst werden alle Gewerkschaftsmitglieder und ihre gewerkschaftlichen Vertretungen und Personalvertretungen entschiedenen Widerstand entgegensetzen."

Die gesamte Resolution wurde einstimmig angenommen und die Vorstände der Gewerkschaften aufgefordert, sie schnellstmöglich an alle Mitglieder weiterzuleiten. – (b., Zelle Uni Kern, Frankfurt)



In einem Demonstrationszug zogen etwa 100 Kollegen der Post zur Protestkundgebung unter den Parolen: Auch Postler schaffen allemal für Industrie und Kapital! Wer rationalisiert auf unsere Kosten – den jagen wir vom Posten! Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst sind Sparmaßnahmen am Dienst für den Bürger!

ÖTV-Delegiertenkonferenz Frankfurt, Hauptabteilung Land

Vorwärtsweisende Anträge verabschiedet

Frankfurt. Am 12.9.1975 war ÖTV-Delegiertenkonferenz der Landesbediensteten im Kreisverband Frankfurt. Anwesend waren 37 Delegierte, die etwa 1 400 Frankfurter ÖTV-Kollegen vertraten.

Es wurde ein neuer Vorstand gewählt, außerdem die Delegierten für die hessische Bezirksdelegiertenkonferenz. Der Antrag der Vertreter der Betriebsgruppe Universität, die Wahlen nach der Diskussion der vorliegenden Anträge und auf ihrer Grundlage vorzunehmen, fand keine Mehrheit.

Folgende Anträge wurden verabschiedet und werden damit der Kreisdelegiertenkonferenz Frankfurt am 13. Oktober zur Beschlußfassung vorgelegt:

- Ersatzlose Streichung des § 218 (einstimmig);
- Aufhebung des Radikalenerlasses, des Sondergesetzentwurfes der Bundesregierung sowie Abschaffung des besonderen Dienstrechtes für Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst (einstimmig);
- Rücknahme des Kabinettsbeschlußes der hessischen Landesregierung vom 25.6.1975 über die allgemeine und unbegrenzte Stellenbesetzungssperre in der hessischen Landesverwaltung. Damit verbunden wurde die Aufforderung an den Bezirksvorstand, Arbeitskampfmaßnahmen wie Dienst nach Vorschrift, Verweigerung von Überstunden und Mehrarbeit zu unterstützen bzw. zentral in die Wege zu leiten (einstimmig);
- Ablehnung von Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst auf dem Rücken der arbeitenden Menschen und Ablehnung von Lohnstopp und Lohnpause, verbunden mit der Aufforderung an die Mitglieder und die Vorstände, sofort und breit den Lohnkampf vorzubereiten (einstimmig);
- Kündigungsschutz für Vertrauensleute sowie Dienstbefreiung für gewerkschaftliche Mitgliederversammlungen, für Vertrauensleutekörpersitzungen und für gewerkschaftliche Schulungen (angenommen mit einer einzigen Gegenstimme des hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionärs Bertges, der die Versammlung leitete);
- Errichtung von überbetrieblichen Lehrwerkstätten bei Bund, Land und Kommunen im Raum Frankfurt und deren Finanzierung durch die Unternehmer (einstimmig).

Außerdem wurde einstimmig in einem Satzungsänderungsantrag gefordert, über Tarifverhandlungsergebnisse vor Vertragsabschluß eine Urabstimmung durchzuführen.

Abgelehnt wurde der Satzungsänderungsantrag auf Abschaffung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse mit 19:14 Stimmen.

Die Delegiertenkonferenz war ein Ausdruck des zunehmenden Interesses der Kollegen im öffentlichen Dienst an der Gewerkschaft als ihrer elementaren Interessenorganisation. Aus Betrieben, in denen es vorher keine Betriebsgruppe gegeben hatte, waren jetzt Delegierte vertreten (z. B. Volkshochschule, Kirche). Ältere Betriebsgruppen hatten aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Arbeit gerade in der letzten Zeit eine Reihe neuer Kollegen gewinnen können (z. B. Universität).

Schlecht war dagegen noch, daß diese Delegiertenkonferenz nur in 4 der 16 Betriebsgruppen durch Beschlußanträge vorbereitet worden war. – (e., Frankfurt)

Die Rechnung einmal andersrum

Freiburg. Die Regierung proklamiert den Lohnstopp für die kommenden Tarifrunden und legt ein Sparprogramm vor, das den Lohnabhängigen unmittelbar an die Wurzel geht.

Professor Haas am Hygiene-Institut Freiburg hat im Zeitraum Oktober 1973 bis September 1974 allein für sich ohne sein reguläres Beamtengehalt 521 000 Mark eingenommen. Am Institut insgesamt wurden 1974 645 000 Mark privat liquidiert, das waren nahezu ein Drittel der gesamten Institutseinnahmen im Jahre 1974. Die Gelder werden inzwischen in den oberen Rängen hin und her geschoben, weil keiner sein Westchen damit beflecken will. Für uns wird bei einer erwarteten Preissteigerung zwischen 4,5 und 6 Prozent gekoppelt mit einem Sparprogramm der Reallohnabbau verordnet.

Am Institut sind zirka 120 beschäftigt, nehmen wir allein die 521 000 Mark, die Professor Haas kassierte, ohne einen Handschlag dafür zu tun, so könnte jeder Beschäftigte, der acht Stunden am Tag arbeitet, ein Jahr lang 375 Mark mehr monatlich haben. Das käme einer Gehaltserhöhung von zirka 32 Prozent gleich. Sogar umgerechnet auf die gesamte Universität mit ihren 2 000 Beschäftigten käme noch jeder auf 22 Mark monatlich mehr.

Preisfrage:

Liegt es daran, daß der Staatshaushalt bankrott ist und wir nicht bescheiden genug

oder

liegt es daran, daß die kapitalistische Privatwirtschaft mit all ihren Umtrieben und gesetzlichen Rechtfertigungen den Interessen der Lohnabhängigen unmittelbar schadet? – (e., Institutszelle Freiburg)

Protestresolutionen

Heidelberg. Am 10.9. fand die ÖTV-Kreisfrauenversammlung in Heidelberg statt. Die Mehrzahl der Frauen war überrascht, als sie vom Kreisvorsitzenden Stein hörte, am nächsten Tag trete die Große Tarifkommission zusammen.

In der Diskussion, in der die Lage der Beschäftigten im öffentlichen Dienst beleuchtet wurde, wurde festgehalten, daß die Angriffe der Regierung auf die Löhne nicht hingenommen werden können.

Zur Weiterleitung an die Große Tarifkommission hielt die Versammlung ihre Forderung in einer Resolution fest:

Keine Angriffe auf die Tarifautonomie! Kein Lohnstopp!

Außerdem wurde in der Resolution die Kreisverwaltung aufgefordert, bald Mitgliederversammlungen zur Aufstellung von Forderungen durchzuführen und Kampfmaßnahmen vorzubereiten. In einer gesonderten Abstimmung sprach sich die Versammlung für Festgeldforderungen aus. –

Darmstadt. Die DGB-Kreisjugendkonferenz Darmstadt verabschiedete am 13.9. einstimmig einen Antrag gegen die von der Bundesregierung beschlossenen Sparmaßnahmen. Weiterhin heißt es in diesem Antrag:

"Während gleichzeitig den Unternehmern wieder Millionen zufließen sollen, fordert der Bundeskanzler in aller Öffentlichkeit den Lohnverzicht für alle Arbeiter und Angestellte im nächsten Jahr." Die DGB-Kreisjugendkonferenz stellt in ihrer Resolution abschließend fest: "Wir stellen fest, daß gerade in der Zeit der Krise die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes und des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und Angestellten größer ist denn zuvor. Die Arbeiter und Angestellten brauchen starke Gewerkschaften, um gegen die Pläne der Unternehmer und der Regierung antreten zu können. Die kommenden Auseinandersetzungen werden dafür die Nagelprobe sein.

„Keine Lohnpause, aber..."

Kluncker tagte mit ÖTV-Sekretären in Hessen

Frankfurt. In der ÖTV-Fachgruppensitzung Rechtsreferendare am 10.9. hat ein Gewerkschaftssekretär berichtet, wie sich die Gewerkschaft ÖTV zu den Plänen der Regierung stellt.

Anlaß war eine von Kollegen eingebrachte Erklärung, die sich gegen das sogenannte Krisenprogramm der Regierung wandte, es verurteilte und die Kreisverwaltung und den DGB aufforderte, eine Veranstaltung und Kundgebung gegen das Sparprogramm des Staates zu veranstalten sowie die Diskussion unter den Mitgliedern über Kampfschritte zu entfalten.

Am 8.9. und 9.9. haben die ÖTV-Gewerkschaftssekretäre Hessens mit Kluncker konferiert.

Die ÖTV lehnt eine Lohnpause, wie sie von der Bundesregierung vorgeschlagen wird, ab. Das wurde auch in der Presse verkündet. Nicht verkünden wird sie folgenden Beschluß, von dem die Rede war: Falls die Lage kommen wird, daß alle Industriegewerkschaften eine Lohnpause von einem halben Jahr akzeptieren sollten, so wird sich auch die Gewerkschaft ÖTV aus Solidarisierungsgründen nicht mehr gegen die Lohnpause wenden, sondern ihr zustimmen.

So wurde denn auch das Sparprogramm der Bundesregierung grundsätzlich von der ÖTV begrüßt, denn wichtig sei, "daß die öffentliche Kasse mehr sieht". Zu diesem Zweck werde die Erhöhung der Arbeitslosenversicherung von der ÖTV ausdrücklich begrüßt. Und ganz selbstverständlich ging es unserem Gewerkschaftssekretär über die Lippen, daß selbstverständlich dieser Mehrbedarf des Staates nur durch Steuererhöhungen gedeckt werden kann, womit die Mehrwertssteuer gerechtfertigt war.

Grundkonzeption solch sozialdemokratischer Politik ist also: In jedem Fall sollen die Arbeiter geplündert werden und auf ihrem Rücken der Karren der kapitalistischen Wirtschaftskrise aus dem Dreck gezogen werden.

Nach diesem etwa zehnminütigen Vortrag waren die Kollegen alle empört. Es wurde einmütig die eingebrachte Erklärung angenommen, die an Kreisverwaltung und DGB abgeschickt werden soll. – (b., ÖTV-Mitglied, Frankfurt)

Kampf gegen den Paragrafen 218

„10 Kollegen fahren mit zur Demonstration"

Frankfurt/M. In unserem Betrieb, einem kleinen Pressebetrieb, hat die gewerkschaftliche Betriebsgruppe die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterstützt und Unterschriften gesammelt. In kurzer Zeit wurden 42 Unterschriften gesammelt, bei einer Belegschaft von 70 Kolleginnen und Kollegen. Also ein guter Erfolg. Bald merkten wir aber, daß die ganze Sache nicht richtig lief, denn wir sammelten nur Unterschriften. Das ist schlecht, denn was nützen 42 Unterschriften, wenn sie nicht dazu dienen, daß sich die Kollegen aktiv gegen den § 218 zusammenschließen? Diese Schwäche drückte sich so aus, daß wir nicht versucht haben, Kolleginnen und Kollegen für die zentrale Demonstration in Bonn zu gewinnen, sondern gedacht haben, wenn wir viele Unterschriften haben, ist alles klar.

Dies haben wir geändert. Es entwickeln sich jetzt in Ansätzen Diskussionen um den § 218, wobei der Schwerpunkt der Diskussion nicht darauf liegt, daß der § 218 weg muß. Darin stimmen die Kollegen überein. Die Diskussionen drehen sich darum, ob es überhaupt möglich ist, den § 218 zu Fall zu bringen. In dieser Diskussion versuchen dann die gewerkschaftlich organisierten Kollegen aufzuzeigen, daß es möglich ist, den § 218 zu Fall zu bringen, wenn sich die Arbeiter und die breiten Volksmassen unter einheitlichen Forderungen zusammenschließen und gegen den § 218 marschieren. So wie es bisher aussieht, werden etwa zehn Kolleginnen und Kollegen aus dem Betrieb an der Demonstration in Bonn teilnehmen.

Die Betriebsgruppe hat eine Kollegin beauftragt, als Vertreterin der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe im Komitee mitzuarbeiten. Geld für eine Anzeige der Komitees in Tageszeitungen wurde gesammelt, und das mit gutem Erfolg.

In der Gewerkschaft ist ein Antrag zum § 218 beschlossen worden in der zuständigen Fachgruppe der ÖTV, der wir angehören. Dieser Antrag ist an die Delegiertenkonferenz Land der ÖTV gerichtet

Der Antrag zeigt auf, daß das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ein Urteil gegen die Interessen des Volkes ist und daß die gesellschaftlichen Verhältnisse schuld daran sind, daß eine Abtreibung notwendig ist. Weiter wird geschrieben, daß es nur gelingen kann, den § 218 zu Fall zu bringen, wenn die Gewerkschaft diesen Kampf aktiv trägt und den Kampf auf der Grundlage der vier Forderungen der Komitees gegen den § 218 organisiert. Zum Schluß des Antrages wird die Gewerkschaft aufgefordert, die zentrale Demonstration zu unterstützen.

Diesen Antrag bekamen alle Mitglieder der ÖTV, die in diesem Bereich organisiert sind. Das schafft gute Voraussetzungen dafür, daß sich in den einzelnen Betrieben die Diskussion ausweitet. Weiterhin ist beschlossen worden, mit dem Kreisfrauenausschuß in Verbindung zu treten, um die Kolleginnen von den Forderungen zu überzeugen, damit auch sie den Kampf gegen den § 218 unterstützen. – (h, Stadtteilzelle Ostend, Frankfurt/M.)

„Als säße ihm was im Nacken"

Peter Behrens Schule: Eine Delegation der Schüler forderte von Rektor Hinkel Rechenschaft über die Schulmisere

Auf der ersten Klassensprecherkonferenz am 28. August hatten die Klassensprecher der Berufsschule Peter Behrens Schule einhellig festgestellt, daß die Zustände an der Schule eine erfolgreiche Berufsausbildung nicht ermöglichen.

Lehrermangel, Mangel an Lehrmaterial, zu viel Unterricht an einem Tag – bis zu neun Stunden –, schlechter Unterricht für die jugendlichen Arbeitslosen.

Auf der ersten Konferenz war auch durch den Verbindungsleherer beklagt worden, daß, nachdem die Stundenpläne für die Berufsschüler schon feststanden, an die Schule zusätzliche 200 jugendliche Arbeitslose und Jungarbeiter überwiesen worden waren.

Die Klassensprecher hatten sich deshalb entschlossen, einen Brief an die Schulleitung zu schreiben und eine Stellungnahme von dieser zu fordern. – Einige Kollegen bereiteten diesen Brief vor und nach nochmaliger Überarbeitung war es dann so weit: Er sollte der Schulleitung, dem Herrn Hinkel, überbracht werden. (siehe Kasten)

Mehrere Klassensprecher trafen sich im Hof in der Pause. Erst gab es eine Auseinandersetzung: "*Gehen wir alle, die da sind, oder schicken wir einen oder zwei?*" Da hieß es: "*Wenn einer oder zwei kommen, macht er die gleich ein.*" Und auch: "*Wenn gleich so viele kommen, dreht er gleich durch.*"

Die Diskussion endete mit folgendem Ergebnis: Sowieso wird die Schulleitung nicht begeistert sein, Stellung nehmen zu müssen und sich rausreden wollen. – Deshalb ist es besser, alle gehen zusammen, einer trägt die Sache vor und die anderen kommen alle mit und drücken dadurch aus, daß sie die Sache unterstützen.

Also los ging's. Am aufsichtsführenden Lehrer vorbei marschierten etwa 15 Kollegen Richtung Rektorzimmer. Klopften an. Zu!

Weiter ins Sekretariat, wo die Sekretärin angesichts der 15 Mann gleich anfängt zu schreien: "*Was wollt ihr denn hier, wenn ihr was vom Herrn Rektor wollt, müßt ihr einzeln kommen – raus hier!*"

Wir tragen vor, daß wir eine Stellungnahme von Herrn Hinkel wollen. Sie sagt: "*Gut, es sollen welche dem Herrn Hinkel Bescheid sagen – er kommt dann raus auf den Flur und nimmt zu der Sache Stellung.*" Gut, wir lassen uns darauf ein und drei gehen zum Rektor Hinkel rein. Es dauert fünf Minuten, sieben Minuten. Mittlerweile klingelt es, die Pause ist um und die drei sind immer noch drin.

Wir entschließen uns, reinzugehen. Tür auf und rein. Die Sekretärin stürzt uns entgegen – einige an ihr vorbei ins Rektorzimmer, wo Hinkel auf die drei Kollegen einredet.

Als er uns sieht, fängt er laut an zu schreien, so daß man auch auf dem Flur noch gut mithören kann: "*Ich spreche nur mit Ihren Vertretern, machen Sie, daß Sie hier rauskommen, was bilden Sie sich ein?*" Wir sagen: "*Kommen Sie doch raus und nehmen Sie zu den Punkten Stellung!*"

Die drei anderen, die schon die ganze Zeit drin sind, sind unsicher. Offensichtlich hat er schon zu lange auf sie eingeredet. Sie unterstützen uns nicht, als wir unsere Forderung vortragen.

Der Rektor versucht auszuweichen und fragt einen Schüler, den er morgens in der Stadt gesehen hat, wo er denn da gewesen wäre. – Dieser gibt gleich Auskunft – er hat sich nämlich ordnungsgemäß abgemeldet – und fragt nach, was denn der Herr Rektor heute morgen in der Stadt gemacht hat.

Der ist kurz vorm Platzen: "*Raus!!!*" Die Sekretärin, ihm treu zur Seite: "*Was bildest du dir ein?*"

Wir sagen: "*Nehmen Sie bitte zu den Punkten Stellung!*" Er: "*Ich rede nur mit Ihren Vertretern.*" Wir: "*Dann gehen wir alle zusammen.*" Wir gehen – die, die schon die ganze Zeit drin waren, bleiben stehen.

Draußen vor der Tür kommen wir uns langsam schon verarscht vor: Warum kann Herr Hinkel die Fragen nicht beantworten und führt einen solchen Affentanz vor? Und was machen die anderen so ewig lang da drin?

Als sie rauskommen, merkt man, er hat sie bearbeitet. Sie zeigen die ALP (Zeitung des Kommunistischen Arbeiterjugendbundes), in der zu den Mißständen an der Schule Stellung genommen wird und zu Protestmaßnahmen aufgerufen wird – alles sei unterwandert.

Es gibt einen Wortwechsel zwischen uns und ein Kollege stellt richtig fest: "*Die wollen doch nur, daß wir uns untereinander streiten.*" Richtig. Die anderen sagen, Herr Hinkel wolle auf die nächste Sitzung der Klassensprecher kommen und Stellung nehmen.

Aber es wird besser sein, wenn er auf einer Vollversammlung Stellung nehmen muß, wo alle Schüler da sind und er die Leute nicht so gut einmachen kann.

Davor hat er Angst: Als wir noch auf dem Flur stehen und darüber reden, geht die Tür auf, ein Schatten huscht vorbei – Herr Hinkel ... Er rast an uns vorbei, als säße ihm was im Nacken. Ist auch so.

Nächsten Donnerstag müssen sich die Klassensprecher wieder treffen und festlegen, was sie weiter unternehmen. **(a, Darmstadt)**

An die Schulleitung der Peter Behrens Schule

Am Donnerstag, dem 28.8.75 fand die erste Klassensprecherkonferenz statt. Anwesend war die Mehrheit der Klassensprecher und der Vertrauenslehrer.

Hauptthema der Versammlung war die Situation in den einzelnen Klassen nach Beginn des neuen Schuljahres. Mehrere Klassensprecher berichteten darüber ...

Wir halten es daher für notwendig, daß seitens der Schulleitung Stellung genommen wird zu:

1. Wie soll der Lehrermangel an unserer Schule behoben werden?
2. Wie stellt sich die Schulleitung zu dem Mangel an gebrauchsfähigem Lehrmaterial?
3. Wann wird der langgeforderte 12-Stunden-Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen organisiert?
4. Was geschieht mit den falsch eingeteilten Schülern in den Jungarbeiterklassen? Wie kann dort der Unterricht attraktiver gestaltet werden?

Die Schulleitung wird aufgefordert, umgehend zu diesen Punkten Stellung zu nehmen!

Die SV - Donnerstag

Gegen die Nichtübernahme von 23 Lehrlingen

Darmstadt. Die Jugendvertretung der Technischen Hochschule Darmstadt hat sich gegen die Absicht der Hochschulleitung gewandt, "wahrscheinlich 23 Lehrlinge, die im Januar 1976 ihre Lehre beenden, nicht in ein Arbeitsverhältnis" zu übernehmen (aus einer Presseerklärung der Jugendvertretung).

In der Presseerklärung der Jugendvertretung heißt es weiter: "Diese Maßnahmen können von den Jugendlichen nicht hingenommen werden. Deshalb hat die Jugendvertretung in einem Brief, der von fast allen betroffenen Jugendlichen mit ihrer Unterschrift unterstützt wird, den Präsidenten der THD aufgefordert, alles zu tun, um eine Weiterbeschäftigung aller Kollegen zu ermöglichen.

Wir wenden uns hiermit an die Öffentlichkeit, um über diese Vorgänge eine öffentliche Diskussion zu ermöglichen."

Arbeitslosigkeit

Heilbronn. In den letzten Tagen war in der Presse usw. viel die Rede davon, daß die Arbeitslosigkeit nicht mehr zunehmen würde. Zum Beispiel im Stadt- und Landkreis Heilbronn blieb sie bei 4,2 Prozent.

Wie sieht aber dieses "Gleichbleiben" der Arbeitslosigkeit aus, wenn man sich Audi NSU betrachtet.

Anfang 1975 arbeiteten dort 10 298 Kollegen. Ende Juli waren es noch 8 454. Sind die fehlenden Kollegen jetzt etwa als Arbeitslose gemeldet? Bei weitem nicht: 1 884 ausländische Kollegen haben Aufhebungsverträgen zustimmen müssen und sind entlassen worden, weitere 724 werden folgen. Sie werden auch in keiner Statistik über Arbeitslosigkeit geführt.

Der neue Audi-NSU-Vorstandsvorsitzende gab bekannt, daß bis Ende des Jahres noch mehr als 2 000 Beschäftigte "abgebaut" werden sollen.

Betrug mit „Zechensprechstunde"

Wie die Erin-Kapitalisten Beiträge zur Unfallversicherung einsparen

Um 10,4 Prozent hat sich nach Angaben des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung die Zahl der gemeldeten Arbeitsunfälle im Jahre 1974 gegenüber dem Vorjahr verringert. Knapp zwei Millionen Arbeitsunfälle wurden 1974 gemeldet. Das heißt von den 22 Millionen Lohnabhängigen hatte jeder 11. innerhalb eines Jahres einen Unfall. Diese Zahlen geben aber die tatsächliche Zahl der Arbeitsunfälle nicht wider. Gemeldet werden müssen Unfälle nämlich nur dann, wenn der Betroffene länger als drei Tage arbeitsunfähig krank geschrieben wird. Wie die Kapitalisten die Zahl der Unfallmeldungen herunterdrücken, um Beiträge für die Unfallversicherung zu sparen, davon berichtet die folgende Korrespondenz:

Castrop-Rauxel. Alle Arbeiter der Zeche Erin in Castrop-Rauxel müssen, wenn sie sich verletzt haben, was unter Tage ständig passiert durch Steinfall oder abrutschende Stempel zum Beispiel, in Bochum (über 10 km entfernt) im "Bergmannsheil" behandelt werden, dessen Eigentümer die Bergbau-Berufsgenossenschaft ist. Das ist eine vertragliche Regelung.

Meistens haben diese Arbeiter zum Glück nur leichtere Verletzungen: gequetschte Finger mit Verlust des Fingernagels, Brustkorb- oder Rückenprellungen beim Abgehen im steilen Streb, verschmutzte Wunden nach Steinfall und ähnliche relativ leichte Arbeitsunfälle. Dennoch brauchen solche Verletzungen zur Abheilung in der Regel 10 bis 14 Tage, zählen also als meldepflichtige Arbeitsunfälle (alle Arbeitsunfälle, die zu mehr als drei Tagen Arbeitsunfähigkeit führen, müssen nach der Reichsversicherungsordnung gemeldet werden, kleinere nicht).

Aufgrund der Sonderregelung zwischen "Erin" und dem "Bergmannsheil" geschieht aber folgendes: Alle Arbeiter mit solchen Verletzungen bekommen nur einen "Drei-Tage-Schein" und werden weiter nicht durch die sonst zuständigen Knappschaftsärzte, sondern durch einen ärztlichen Dienst auf Erin selbst, die "Zechensprechstunde", behandelt. Das hat für die Kapitalisten der Zeche Erin einen entscheidenden Vorteil: Sie brauchen diese Verletzungen nicht als Arbeitsunfälle zu melden und zahlen deshalb nur einen geringeren Beitrag an den "Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften". Denn der Beitrag zur Unfallversicherung wird im Verhältnis zum Grad der Unfallgefährdung der Betriebe erhoben, steigt also mit zunehmender Zahl der Unfälle.

Das heißt nur mit zunehmender Zahl der gemeldeten Arbeitsunfälle – und bei Erin wird der größte Teil der Unfälle eben **nicht** gemeldet, sondern durch das System der Zechensprechstunde wird diese gesetzliche Verpflichtung unterlaufen; und die Erin-Kapitalisten können die eingesparten Beitragsleistungen unter "Gewinn" verbuchen. Und obwohl die Arbeitshetze unter Tage durch die stärkere Mechanisierung (Zwang zum Zuarbeiten zu einem Panzer usw.) und durch den Abbau auch von steileren Lagen immer schlimmer wird, so daß – wie die verletzten Arbeiter regelmäßig berichten – zu wenig Zeit zum Absichern bleibt und notwendig die Unfälle zunehmen, wodurch pro Schicht immer einige Kollegen ausfallen, braucht sich trotzdem diese Verschlechterung so in der amtlichen Statistik nicht bemerkbar zu machen.

Dieses offene Betrugsmanöver, das jedem bekannt ist, der mit Erin zu tun hat, wird von den verantwortlichen Stellen geduldet. Die Kontrolle des Staates durch das zuständige Bundesversicherungsamt vollzieht sich in wohlwollendem Zudrücken beider Augen, denn auch hier tut der Staat nichts anderes als für die besten Ausbeutungsbedingungen der Kapitalisten zu sorgen. Und die Organe der Berufsgenossenschaften haben die Kapitalisten alleine in der Hand. – (k, Bochum)

Keine Unfallrente

... dabei durch einen Arbeitsunfall zu 30% arbeitsunfähig

Neulich erfuhr ich von einem türkischen Kollegen, wie es einem anderen türkischen Arbeiter erging, der einen Unfall am Arbeitsplatz hatte.

Am 6.8.1973 begann S.K. bei den Farbwerken Hoechst zu arbeiten. Bereits zwei Tage später fiel ihm ein vollbeladener Metallkasten auf den rechten Arm, so daß dieser bis zum Ellenbogen gequetscht wurde.

Dr. Malic, Unfallarzt bei Hoechst, behandelte daraufhin S.K. mit Verbänden und Gips und schickte ihn mit den Worten "das ist nichts Ernstes" wieder zur Arbeit. – Doch der türkische Kollege konnte nachts nicht schlafen vor Schmerzen, andererseits zwang ihn der Unfallarzt, weiterzuarbeiten. Erst vier Monate später wurde S.K.s Zustand so unerträglich, daß er in die berufsgenossenschaftliche Unfallklinik Fankfurt, Friedberger Landstr. 430, überwiesen wurde. Dies geschah unter ausdrücklichem Hinweis von Malic, daß der Arbeiter selbst die Überweisung verlangt habe.

Im Unfallkrankenhaus wurde der Arm geröntgt und S.K. wurde am 2.10.1974 operiert. Es handelte sich um mehrere komplizierte Operationen, da der Arm mehrfach gebrochen war. Bis zum 27.4.1975 krank geschrieben, wurde S.K. am 22.4.1975 von Hoechst entlassen. Er ist verheiratet und hat vier Kinder.

Das Infame an dieser unfallärztlichen "Behandlung" liegt nun darin, daß der türkische Kollege durch das Verhalten des Dr. Malic, der ihn zur Arbeit antrieb, anstatt ihn richtig zu behandeln, heute bis zu 30 % arbeitsunfähig geworden ist. Aber damit noch nicht genug: Damit S.K. auch noch der Anspruch auf eine Rente verlorengeht, schreibt der Arzt der Unfallklinik, Dr. Schneider, in seinem fachärztlichen Befund, bei den "jetzt noch bestehenden Beschwerden" handle es sich um eine "unfallunabhängige Ursache". Bei den Röntgenaufnahmen sei festgestellt worden "rechts eine deutliche Verdichtung mit beginnender Verformung des Mondbeins ... Aufgrund dieser Röntgenaufnahme muß die Diagnose eines beginnenden Mondbeintodes gestellt werden. Ein Zusammenhang dieser Mondbeinveränderung mit dem Ereignis vom 8.8.1973 ist nach unserer Meinung nicht gegeben". (Aus dem fachärztlichen Befund) Damit sollen nun die andauernden Schmerzen im rechten Arm nicht von dem Betriebsunfall herkommen, sondern sozusagen schon angeboren gewesen sein!

Umschulung

München. Ende Januar wurde mir gekündigt. Nach einem Vierteljahr hatte mein zuständiges Arbeitsamt im Odenwald endlich herausgefunden, daß ich eine Umschulung machen kann. Ich dachte, damit sei alles in Ordnung, aber da ging's erst los mit dem Ärger. Ich mußte ein Formular zur Beantragung der Umschulung ausfüllen. Darin wurde gefordert, daß ich an meinem neuen Umschulungsort eine Wohnung nachweise und daß ich eine Bescheinigung vorlege, daß mich die private Berufsschule zur Ausbildung angenommen hat. Ich mußte also von Baden-Württemberg nach München fahren und ein Zimmer suchen. Alles auf meine Kosten, versteht sich. Mit der Unterschrift unter den Ausbildungsvertrag verpflichtete ich mich, etwa 2 000 DM zu zahlen, ohne überhaupt zu wissen, ob mein Antrag vom Arbeitsamt überhaupt genehmigt wird. Der Umzug wurde mir auch nicht bezahlt, weil die "Umschulungsmaßnahme in meinem Interesse ist".

Jetzt bin ich drei Monate an der Schule und habe vom Arbeitsamt noch immer keine Unterschrift und kein Geld gesehen. Das Geld zum Leben leihe ich mir zusammen, Schulgeld habe ich bisher überhaupt nicht zahlen können. Die Schule kann mich also jederzeit wegen Vertragsbruchs vor die Tür setzen.

In meiner Klasse sind noch mehr Umschüler. Ihnen geht es genauso.

Vor ein paar Tagen nun bekam ich Post vom Arbeitsamt München. Statt der Bewilligung meines Umschulungsantrages kam ein Schreiben, ich hätte meine Arbeitsbescheinigung noch nicht abgegeben, und wenn ich das nicht umgehend tun würde, dann würde mein Antrag eben ohne sie bearbeitet. Das heißt im Klartext, das Arbeitsamt droht, mir das Geld nicht zu bewilligen. Jetzt habe ich aber schon dreimal das erforderliche Formular hingeschickt, und jedesmal kam nach vier Wochen ein Mahnschreiben. Da bin ich zum Arbeitsamt und habe Krach geschlagen. "Ja wissen Sie, Fräulein", sagte der Angestellte, "die Post liegt stapelweise in der Zweigstelle Implerstraße, die kriegen wir halt nicht. Da können Sie schreiben, solange sie wollen!" Dann tätschelte er mir freundlich den Arm und sagte: "Damit Sie mir nicht verhungern, werden wir Ihren Antrag jetzt als 'Eilt!' behandeln."

Der Zustand für die Umschüler ist unerträglich! Zuerst wird man auf die Straße geworfen, und dann ist man der Willkür der Arbeitsämter völlig ausgeliefert. Das zeigt wieder einmal, daß die Arbeitsämter unter die Kontrolle der Versicherten kommen müssen. – **(L.S.)**

Kein Sekretariat

Begründung der GEW: Es gibt kaum arbeitslose Lehrer

Ende August berichteten die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" und die "Frankfurter Rundschau", wohl im Anschluß an eine Pressekonferenz des GEW-Bundesvorsitzenden Frister, von dem Vorhaben der Lehrergewerkschaft, ein Sekretariat für arbeitslose Lehrer (SAL) einzurichten. "Frister, der in Frankfurt bekanntgab, daß die Arbeit am Aufbau des Sekretariats sofort beginne, kritisierte gleichzeitig die Unfähigkeit der Kultusbürokratien, die Probleme der jetzt einsetzenden Lehrerarbeitslosigkeit durch Zusammenarbeit und Koordinierung wenigstens zu mildern." (FAZ, 27.8.)

In diesem Sekretariat sollten alle arbeitslosen Lehrer erfaßt und den freien Stellen im ganzen Bundesgebiet gegenübergestellt werden. Es war sozusagen die Einrichtung einer zentralen Vermittlungsstelle geplant.

Die GEW hat jetzt die Errichtung des Sekretariats für arbeitslose Lehrer auf Mai nächsten Jahres verschoben mit der Begründung, es gäbe momentan kaum arbeitslose Lehrer, und diesen stünden noch dazu mehrere freie Planstellen in einer Reihe von Bundesländern gegenüber. Eine merkwürdige Aussage, denn sogar Kultusminister Krollmann spricht noch von 477 nicht fest angestellten Lehrern allein in Hessen. (FAZ, 8.9.)

Damit hat der GEW-Bundesvorstand seine erste und einzige Maßnahme gegen die Lehrerarbeitslosigkeit selbst liquidiert. Es ist heute klar, daß Fristers Vorpreschen nur die einzige Funktion hatte, die Unruhe unter den Kollegen zu besänftigen und den Lehrern und der betroffenen Öffentlichkeit vorzugaukeln, die GEW-Führung stünde mit ihnen in einer Front gegen die Lehrerarbeitslosigkeit und die miserablen Schulverhältnisse. – (p., Frankfurt)

Erhöhung der Mehrwertsteuer, der Tabak- und Branntweinsteuer

Getragen werden sie vom Volk

8,1 Milliarden DM will die Bundesregierung durch Erhöhung der indirekten Steuern 1977 zusätzlich kassieren. Das wird die Kaufkraft der Löhne und Gehälter um 1,2 Prozent schmälern. Je geringer das Einkommen, um so fühlbarer die Belastung. Finanzminister Apel hat dazu auf seiner Pressekonferenz letzte Woche erklärt, das sei "nicht so unsozial, wie immer behauptet werde", denn andernfalls hätte man die Lohn- und Einkommenssteuer um 14 Prozent erhöhen müssen.

Anstatt der Lohnsteuer soll also jetzt vor allem die Mehrwertsteuer erhöht werden: von 11 Prozent bisher auf 13 Prozent, beim ermäßigten Steuersatz (wie für Nahrungsmittel, Zeitungen) von 5,5 auf 6,5 Prozent. Das ist eine Erhöhung um 18 Prozent.

Die Kapitalisten zahlen nicht

Was hat nun die Bundesregierung bewogen, gerade die Mehrwertsteuer zu erhöhen? Der erste Grund liegt darin, daß die Kapitalisten bei der Mehrwertsteuer keinen Pfennig bezahlen müssen. Die Mehrwertsteuer wird auf alle Waren erhoben. Bei jeder Ware, die irgendwo zum Verkauf kommt, wird auf den Warenpreis die Steuer draufgeschlagen. Der Käufer zahlt sie also im Kaufpreis gleich mit. Abgeliefert wird dann die Steuer durch den Hersteller oder Händler.

Die Kapitalisten allerdings lassen sich ihre Mehrwertsteuer wieder ersetzen. Kauft ein Kapitalist bei einem anderen Maschinen, Rohmaterial oder Halbfabrikate, so muß er zwar mit dem Kaufpreis zunächst auch 11 Prozent Mehrwertsteuer bezahlen. Nehmen wir an, er hat für 11 000 DM ein Auto für seine Firma gekauft, so mußte er 1 100 DM Mehrwertsteuer bezahlen. Diese Mehrwertsteuer kann er sich aber beim Finanzamt als "Vorsteuer" gutschreiben lassen. Nehmen wir an, der Kapitalist stellt Waschmaschinen her und verkauft sie jetzt an einen Händler für 22 200 DM. Er hat also damit 2 200 DM Mehrwertsteuer erhalten. Dieses Geld müßte er eigentlich dem Finanzamt abliefern. Er kann aber die Steuer, die er selbst bei seinen Einkäufen bezahlen mußte, abziehen. Also: 2 200 DM minus 1 100 DM = 1 100 DM. Nur dies liefert er dem Finanzamt ab. Damit wurde die Steuer, die er selbst bezahlen mußte, wieder ersetzt. Der Waschmaschinenhändler verfährt genauso und läßt sich seine Steuer ersetzen vom Käufer der Waschmaschine.

So kann der Kapitalist bei allen seinen Einkäufen verfahren. Er läßt sich alle Mehrwertsteuer, die er bei seinen Einkäufen mitbezahlen mußte, bei seinen Verkäufen ersetzen. Auf diese Weise sind für ihn alle Maschinen, alles Material usw. steuerfrei.

Jeder weiß, wenn er selbst etwas einkauft, hat er die Möglichkeit nicht, sich die Mehrwertsteuer ersetzen zu lassen. Die ganze Steuer wird vom Endverbraucher gezahlt.

Heimliche Plünderung

Der zweite Grund für die Vorliebe der Regierung für diese Steuer ist ihre Unsichtbarkeit. Würde die Lohnsteuer um 14 Prozent erhöht, so wäre das auf dem Lohnstreifen schwarz auf weiß auf einen Blick sichtbar. Anders bei der Mehrwertsteuer. Da verstreut sich der Effekt auf Millionen von Preisschilder im Supermarkt oder im Kaufhaus. Und wer kann das schon genau beobachten, wenn der Käse um ein paar Pfennig teurer wird, die Schuhe um ein paar Mark, die Küchengeräte und tausenderlei mehr, was man vielleicht nur zweimal im Jahr kauft. Alles verteilt sich wunderbar und wirkt im Stillen.

Genauso heimlich wie die Mehrwertsteuer wirken alle indirekten Steuern. So die Biersteuer, die Mineralölsteuer, die Salzsteuer, die Zündwarensteuer und ein Dutzend mehr. Deshalb sollen jetzt außer der Mehrwertsteuer auch die Tabaksteuer um 18 Prozent und die Branntweinsteuer um 20 Prozent erhöht werden. Schon jetzt ist in den Tabakwaren, die für eine Mark im Laden verkauft werden, 57 Pfennig Tabaksteuer enthalten, und beim Branntwein sind es 31 Pfennig. Alle diese Steuern heißen indirekte, weil die Letztverbraucher sie zwar bezahlen müssen, die Steuer abliefern aber tun die Händler und Hersteller. Man kauft ein Brot im Laden und zahlt dafür 2 DM. In Wirklichkeit kostet das Brot selbst aber nur 1,90 DM, und etwa 10 Pfennig sind Mehrwertsteuer. Man kauft eine Hose für 50 DM und zahlt dabei in Wirklichkeit 5 DM Steuer mit. Man sieht, dahinter steckt ein Prinzip. Das sogenannte "Unmerklichkeitsprinzip".

Der dritte Grund dafür, daß die Mehrwertsteuer bei den bürgerlichen Politikern so beliebt ist, liegt darin, daß sich ihr niemand entziehen kann. Selbst der Rentner, der keine Lohnsteuer mehr bezahlen muß, bleibt von den indirekten Steuern nicht verschont. Jeder, der Waren kauft, um sie zu verbrauchen, muß dafür Steuern bezahlen. Der Kuponschneider, der 10 000 DM dafür verdient hat, daß er den ganzen Tag über Aktienkurse im Hirn wälzt, ebenso wie der Rentner, der 600 DM Rente dafür erhält, daß er ein ganzes Leben geschuftet hat. Wenn sich der Rentner für 10 DM am Tag Lebensmittel einkauft, so muß er dabei den gleichen Satz indirekte Steuern bezahlen wie der Kuponschneider, der sich im Schlemmerlokal den Magen mit zartem Steak und Gänseleberpastete im Gegenwert von 100 Mark vollschlägt. Von der erhabenen Gerechtigkeit der indirekten Steuern werden sie beide völlig gleich mit 10 Prozent Aufschlag behandelt. Spüren werden sie diese Gerechtigkeit allerdings ganz verschieden.

Gerade die Ärmsten werden getroffen

Für die bürgerlichen Politiker bietet die Mehrwertsteuer also folgende Vorteile: Die Kapitalisten sind für ihr Unternehmen davon befreit; ihre Erhebung geschieht unsichtbar; auch die Ärmsten können damit noch besteuert werden.

1974 betrug nach Angaben des "Sozialbudget 74" der durchschnittliche Wochenverdienst eines Facharbeiters in der Industrie 459 DM. Auf Monatsbasis sind das 1 989 DM. Wenn er verheiratet war und ein Kind hatte, so wurden ihm davon 246,48 DM als Lohnsteuer abgezogen. An Sozialversicherungsbeiträgen wurden ihm nochmals 264,84 DM abgezogen. Wurden ihm also noch ausbezahlt 1 477,68 DM. Davon hat er etwa 1 250 DM für Kleidung, Nahrung usw. ausgegeben (den Rest gespart, für Versicherungen usw. ausgegeben). Der gesamte "private Verbrauch" ist mit rund 17 Prozent indirekten Steuern belastet; das wären bei 1 250 DM nochmals 212,50 DM. Bleiben also am Ende noch 1 265,18 DM übrig zum Kauf von Waren. Das heißt, 36 Prozent seines ursprünglichen Lohnes wurden als Steuer und Sozialversicherungsbeiträge abgezogen.

Durch die geplanten Steuererhöhungen wird die Belastung der Ausgaben für den privaten Verbrauch anstatt 17 Prozent etwa 18,6 Prozent betragen. Im vorgerechneten Beispiel macht das 20 DM pro Monat aus, um die der Lohn klammheimlich gekürzt wird. Das ist auf jeden Fall mehr als ein Prozent vom Bruttolohn.

Und dabei ist dieses Beispiel gerechnet mit Zahlen von 1974 und an einem Lohn, den die meisten gar nicht erreichen. Für sie wirkt sich die Belastung noch mehr aus – ganz zu schweigen von einem Rentnerhaushalt.

Strafe für mangelnde Staatsgesinnung

Die Steuern sind für die Kapitalistenklasse ein hervorragendes Mittel, um die Löhne zu plündern. Da ist es kein Wunder, daß ein Teil der Steuern nicht sichtbar sein soll. Ein Drittel aller Steuern stammt daher aus indirekten Steuern. Einer jener Professoren, die für das Auskochen solcher Rezepte hoch bezahlt werden, eröffnet daher in seinem Lehrbuch: *"Die heute erforderliche hohe Steuerbelastung läßt sich nur erzielen und halten, wenn man sie in ihrem ganzen Umfang gar nicht sichtbar werden läßt."* Diese Herren wissen, daß sie auf diesen Betrug angewiesen sind. Denn der Staat ist verhaßt im Volk. Und die Steuer-Professoren verteilen danach ihre Ratschläge: *"Wir können auch so sagen: Je weniger bei der Bevölkerung eine staatsbürgerliche Gesinnung herrscht, und je geringer daher die Bereitschaft ist, die vom Staat verlangten finanziellen Opfer zu bringen, je schlechter es also mit der Steuermoral bestellt ist, desto mehr wird man von der indirekten Besteuerung Gebrauch machen müssen."* Insofern ist der hohe Anteil der indirekten Steuern das amtliche Eingeständnis, daß der Staat seine Einnahmen nur noch mit Hilfe des Volksbetrugs eintreiben kann.

Staatsschulden sind die Vorboten der Steuererhöhung

In den letzten Jahren sind die Staatsausgaben weiter angewachsen. Dies war ermöglicht durch eine noch schnellere Ausdehnung der Staatsschuld, die eine ganze Horde nichtsnutziger Finanziers in wohliger Muße schwelgen läßt. Die jährlichen Zins- usw. -zahlungen müssen gedeckt werden durch Steuereinnahmen. Dazu schrieb Karl Marx bereits für die Anfänge des Kapitalismus:

"Die Anleihen befähigen die Regierung, außerordentliche Ausgaben zu bestreiten, ohne daß der Steuerzahler es sofort fühlt, aber sie erfordern doch für die Folge erhöhte Steuern. Andrerseits zwingt die durch Anhäufung nacheinander kontrahierter (aufgenommener) Schulden verursachte Steuererhöhung die Regierung, bei neuen außerordentlichen Ausgaben stets neue Anleihen aufzunehmen. Die moderne Fiskalität (Steuerwesen), deren Drehungsachse die Steuern auf die notwendigsten Lebensmittel (also deren Verteuerung) bilden, trägt daher in sich selbst den Keim automatischer Progression. Die Überbesteuerung ist nicht ein Zwischenfall, sondern vielmehr Prinzip."

Dies ist der Zusammenhang, den die sozialliberale Regierung derzeit so großartig vollstreckt. Die Staatsschuld wurde ausgedehnt, damit die explodierenden Staatsausgaben nicht sofort als Steuererhöhungen bemerkbar werden. Damit sich die folgende Steuererhöhung nicht so sichtbar vollzieht, werden die indirekten Steuern erhöht, weil sie dem flüchtigen Blick verborgen bleiben. Wenn diese Steuern nicht erhöht worden wären, dann wären die Lohnsteuern um 14 Prozent erhöht worden. Unterm Strich bleibt sich das gleich. Die Rechnung sollen auf jeden Fall die Volksmassen bezahlen.

Gegen solche Rechnungen und fortwährenden Betrugsmanöver gibt es nur einen Schutz: eine klare Trennungslinie zu ziehen zwischen denen, die ausgeplündert werden sollen, und denen, die dies betreiben und davon profitieren. Dazu dient die Forderung nach Abschaffung aller indirekten Steuern, Bestreitung der Staatsausgaben ausschließlich durch progressive, d.h. zunehmende Besteuerung von Einkommen, Erbschaft und Vermögen.

In seinem Lehrbuch schreibt der CDU-Professor Schmölder: "Die Diskussion über die Wirkung der Besteuerung ... gewinnt ... den längst fälligen Anschluß an die politische, insbesondere die innenpolitische, Auseinandersetzung um die Macht im Staat und ihre Ausübung. Welche Steuern erhoben und wem sie auferlegt werden, ist eine eminent politische Entscheidung." – Die Bundesregierung hat eine Entscheidung getroffen. Doch glücklich wird sie damit nicht werden. – **(fb)**

Zitate aus: Haller, Steuern, Seite 193, 195; G. Schmölder, Finanzpolitik, Berlin 1970.

Riesige Verluste mit neuen Rapssorten

Unter dem Druck der Bundesregierung und der Nahrungsmittelkonzerne mußten die Bauern eine neue Rapssorte anbauen

Flensburg. Ziemlich mulmig ist den schleswig-holsteinischen Getreidebauern angesichts der diesjährigen Rapsernte. Sie haben auf die erucasäurearmen Sorten umstellen müssen, und das hat sie ein Vermögen gekostet.

In den letzten Jahren waren zahlreiche westdeutsche, französische und kanadische Züchtungsinstitute auf der Suche nach Rapssorten, die möglichst wenig Erucasäure enthalten. Ein hoher Erucasäureanteil mindert vor allem die Geschmacksqualität der aus Rapsöl hergestellten Fette und Öle. Deshalb haben die Nahrungsmittelkonzerne diese Forschung und nachher auch die Umstellung forciert. Ohne ausreichende Überprüfung in der Praxis wurde im letzten Jahr das gesamte Saatgut auf erucaarme Sorten umgestellt. Die Bauern waren *"gezwungen"*, *"ein ganzes Gebiet einheitlich auf neue Sorten umzustellen, der einzelne Landwirt hatte keine Wahl"* (top agrar Nr. 7/1975).

Eingeleitet wurde die Umstellung durch eine entsprechende Propaganda für die neuen Sorten: *"Die neuen Sorten werden das immer deutlicher werdende Absatz- und Preisrisiko praktisch beseitigen."* (top agrar Nr. 7/1975)

Die tatsächliche Preisdifferenz zwischen alten und neuen Sorten ist aber so berauschend nicht; sie beträgt nur maximal 6,5 Prozent oder 5 DM/Doppelzentner (nach Dr. Bunnies "Bauernblatt", 30. August). Andererseits mußten die Bauern aber hohe Ernteeinbußen hinnehmen. Versuche auf den Versuchsfeldern Seegalenhof und Rosenhof in Ostholstein ergaben bei den neuen Rapssorten Ernteergebnisse von 21,9 Doppelzentnern/Hektar bzw. 22,5 Doppelzentnern/Hektar, bei den alten Sorten dagegen 32,7 bzw. 41 Doppelzentner/Hektar. In den jeweiligen Preisen ergibt sich bei den neuen Rapssorten ein Ertrag von 1 998 DM/Hektar.

Bei dem alten Raps hätten die Bauern dagegen einen Ertrag von 3 132,25 DM/Hektar erzielt. Der Ertrag bei den neuen Rapssorten, und die wurden in Schleswig-Holstein ausnahmslos angebaut, lag also mehr als 1 000 DM unter dem der alten Rapssorten oder bei 63,8 Prozent. Zusätzlich zum niedrigeren Ertrag kommen die höheren Kosten für die teurere Rapssaat.

Noch höher sind die Verluste dort, wo im Frühjahr die Rapsfelder umgebrochen worden sind und Fruchtfolgestörungen auftreten, die erwarten lassen, daß in den nächsten Jahren bei der Weizenernte ein geringerer Ertrag erzielt wird. Für die kleinen und mittleren Bauern kommt nicht nur heraus, daß die Einnahmen bei den neuen Sorten stark sinken werden, es wird sogar so sein, daß die Aufwendungen bei der Umstellung die Einnahmen übersteigen werden, d.h. sie müssen insgesamt mit Verlust arbeiten. Die großen Bauern werden noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen sein, weil sie keine so hohen Kosten haben.

Verantwortlich für die Katastrophe, durch die die Existenz zahlreicher kleiner und mittlerer Betriebe gefährdet wird, ist die Bundesregierung, die die *"Empfehlung zur Umstellung gegeben hat"* (top agrar).

Diese Verantwortung versucht sie allerdings abzustreiten: *"Wir, die Bundesregierung, haben mit der überstürzten Umstellung auf die neuen Rapssorten nichts zu tun."* (top agrar)

Die Verantwortlichkeit der Bundesregierung geht aus einer Stellungnahme von Dr. Klaus Loeffler klar hervor: *"Nicht eindringlich genug kann vor Absichten gewarnt werden, im Herbst 1975 zur Aussaat alter Rapssorten zurückzukehren. Die ursprünglich schon für die Ernte 1975 erwartete Beschränkung der staatlichen Intervention auf erucaarme Sorten dürfte zur kommenden Ernte in Kraft sein, so daß von daher eine Absatzsteigerung nicht mehr gegeben sein wird."* (Bauernblatt, 30. August 1975) Das ist die Taktik der Erpressung: Man droht agrarpolitische Maßnahmen an, die einerseits ein rapides Sinken der Preise für den alten Raps zur Folge haben können, andererseits aber die für erucaarme Rapssorten stützen. Den Bauern, die trotz des massiven Drucks der staatlichen Institutionen und der Nahrungsmittelindustrie die alten Sorten wieder anbauen wollen, droht Loeffler, ihr Verhalten zeige *"eine Geisteshaltung ..., die nicht gebilligt werden kann"*. Für die Bauern stellt sich da die Frage, wes Eltern Kind dieser Herr ist, sitzt er doch beim Deutschen Bauernverband und nicht etwa beim Landwirtschaftsministerium oder bei Unilever. Eine solche Haltung können die Bauern in ihrem eigenen Verband nicht billigen, denn ihre Existenz wird hier leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Deshalb ist es nur richtig, wenn die Bauern fordern, daß der Staat für die Verluste aufkommen muß, und zwar nicht nur für die vergangene Ernte, sondern auch für eventuelle Verluste in der nächsten Ernte. Diese Forderung wollen die Bauern im Bauernverband durchdrücken. In diesem Sinne aktiv zu werden, ist auch gewiß erfolgversprechender als ein Kirchenbesuch, wie "top agrar" ihn vorschlägt: *"Beten, daß sich die extreme Witterung des letzten Jahres nicht wiederholt."*

Die Umstellung, auf die die Nahrungsmittelindustrie gedrängt hat, hat den Bauern also schwer geschadet. Der ganze Vorgang zeigt, daß die Bauern immer stärker in die Abhängigkeit der Nahrungsmittelmonopole geraten. Dr. Loeffler beschreibt das so: *"Wenn die Landwirtschaft nicht willens oder nicht in der Lage ist, sich den neuen Markterfordernissen anzupassen, deckt die Industrie ihren Bedarf eben anderswo ... Wegen der Gefahr der Vermischung zwischen herkömmlichen und neuen Rapssorten wird der Anbau total umgestellt."* (Nach top agrar Nr. 7/1975)

Die alte Rapssorte wird in Zukunft überhaupt nur noch von den Waschmittelherstellern abgenommen. Gegenüber den Monopolen werden die Bauern den etwas höheren Erzeugerpreis für die neue Rapssorte auch nicht lange halten können, zumal sich die Konkurrenz unter den Bauern notwendig verschärfen muß. Ein großer Teil der kleinen und mittleren Bauern wird dabei in immer größere Verluste geraten und auf der Strecke bleiben.

Die Nahrungsmittelmonopole werden noch größere Extraprofite einstecken. Je mehr kleinere und mittlere Bauern ruiniert werden, um so mehr wird sich der Konzentrationsprozeß beschleunigen, der überall in der Landwirtschaft stattfindet. Die im sogenannten Ertl-Plan beschriebenen Agrarmaßnahmen sollen schon bis 1980 die Anzahl der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe von 450 000 auf 200 000 schrumpfen lassen. Der SPD-Abgeordnete MdB Gellersen geht sogar noch weiter: *"Ich schätze ... wir werden in Zukunft möglicherweise mit 130 000 marktleistungsfähigen Betrieben rechnen müssen."* Die Zahl entspricht in etwa der aller Betriebe über 50 Hektar. Da bei der Schrumpfung der Anzahl der Höfe auf ein Drittel die Zahl der Beschäftigten nur auf die Hälfte sinken soll, wird offenbar damit gerechnet, daß dabei auch ein Teil der Bauern in lohnabhängige Landarbeiter verwandelt wird.

Bei dieser Zielsetzung der Agrarpolitik der Bundesregierung ist es auch nicht verwunderlich, wenn sie den durch die Rapskatastrophe geschädigten Bauern ihre Unterstützung versagt. Die Rapskatastrophe fördert den gewünschten Konzentrationsprozeß. Ergreifen die Bauern nicht die entsprechenden Kampfmaßnahmen, wird der Staat die Entschädigung nicht zahlen. – **(W./Red.)**

Bürgerschaftswahlkampf in Bremen

Am 28. September finden in Bremen die Wahlen zur Bürgerschaft statt. Es sind die ersten Parlamentswahlen nach Verkündung des Krisenprogramms durch die Bundesregierung. Die Redaktion der Ortsbeilage Bremen der Kommunistischen Volkszeitung sandte uns über die Wahlkampfführung der verschiedenen Parteien den folgenden Bericht.



SPD-Kundgebung mit Willy Brandt auf dem Marktplatz

"Wir fassen jeden ein bißchen an. Wenn alle schreien, zeigt uns das, daß die Opfer gleichmäßig verteilt sind." Mit diesen Worten verteidigte Kanzler Schmidt am vergangenen Donnerstag die tags zuvor beschlossenen Sparmaßnahmen der Bundesregierung vor etwa 1 500 Belegschaftsmitgliedern der Bremer Krupp-Atlas-Elektronik-Werke. Unterschlagen hat Schmidt, wer warum schreit. Die Kapitalisten nämlich schreien, weil ihrer Meinung nach noch zu wenig Staatsgelder in ihre Taschen fließen. Die Volksmassen wehren sich, weil sich ihre Lage durch die Regierungsbeschlüsse deutlich verschlechtern muß. Die Kollegen wunderten sich, als Schmidt ihnen weismachen wollte, ihr Realeinkommen sei gestiegen, und als leuchtendes Beispiel stellte der Kanzler sich selber dar: Margarine nehme er jetzt aufs Brot und statt eines "Admiral" hätte er sich jetzt einen "Rekord" angeschafft.

Es wird immer teurer, der SPD seine Stimme zu geben

Vor vier Jahren war die SPD in Bremen angetreten, um die "Demokratie sozialer" zu machen. Den Arbeitern wurde versprochen, die Arbeitsplätze zu sichern, Schulbildung sollte nicht mehr vom Geldbeutel abhängen. Übriggeblieben ist für die Werktätigen: wachsende Unsicherheit der Existenz. In den Betrieben wurde die Ausbeutung verschärft: 7 700 AG-Weser-Arbeiter haben 1973 380 000 Bruttoregistertonnen produziert. 1974 wurden ihnen 444 000 Bruttoregistertonnen abgepreßt. – Etwa 15 000 Werktätige liegen inzwischen in Bremen auf der Straße, ihre Produktivkraft wird nicht angewandt, und eine wachsende Anzahl von ihnen wird der Verelendung preisgegeben. – Immer mehr Arbeiterjugendliche stehen ohne Möglichkeit, ihre Arbeitskraft zu qualifizieren, arbeitslos vor den Fabriktoren. – Über 5 Millionen DM steckte die SPD zur Absicherung dieser Verhältnisse in den Ausbau des Polizeiapparates. – Vervierfacht hat sich die Anzahl der Beamten des gehobenen Dienstes in den letzten zehn Jahren Vetternwirtschaft, während an den kleinen Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst, an den Lehrern, die trotz drastischer Schulmisere nicht eingestellt werden, gespart wird. – Die Ausplünderung der Werktätigen trieb die SPD in Bremen voran durch Gebührenerhöhung für die Müllabfuhr, für Strom, Gas und Wasser, für Einzelfahrscheine der Straßenbahn. Massive Angriffe auf die politischen Rechte startete die unter der Flagge der Demokratie segelnde SPD gegen die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst mittels einer Welle politischer Disziplinierungen und Berufsverboten.

Immer mehr verloren die Besitzlosen, die nur ihre Arbeitskraft zu Markte tragen können. Immer mehr gewinnen die Besitzenden, die Käufer der Arbeitskraft, nach deren privatem Profitinteresse diese Gesellschaft zu funktionieren hat, was zu garantieren die SPD am 28. September von den Werktätigen einen Blankoscheck erhalten will.

Im Bremer Wahlkampf tritt die SPD auf als diejenige Partei, die trotz großer Schwierigkeiten "das Bestmögliche" herausgeholt hat. Ihre Parole *"Den Vorsprung sichern"* behauptet erstens, daß die Verhältnisse so schlimm gar nicht seien, zweitens, daß die Lage in Bremen besser sei als anderswo, und drittens, daß es sich lohnt für die Werktätigen, Verhältnisse, die zu Krisen, Arbeitslosigkeit und Vernichtung von Produktivkräften führen, aufrechtzuerhalten. Ihren Wahlkampf hat sie deshalb abgestellt hauptsächlich auf Leugnung der tatsächlichen Verhältnisse. Die Arbeitsplätze seien sicher, beschwört sie die Arbeitslosigkeit auf ihren Plakaten. In Bremen sei die Ausbildung in Ordnung, wischt sie Jugendarbeitslosigkeit, Lehrermangel, Schulraumnot vom Tisch. Jedes Kind habe einen Kindergartenplatz, lügt sie über die Tatsache hinweg, daß nur für ein Viertel der Kinder und bei jahrelangen Wartezeiten Plätze vorhanden sind. Die Altenfürsorge sei mustergültig, will sie den Alten einreden, die täglich erfahren, was es heißt, nicht mehr profitabel zu sein. Nur in einer Beziehung lügt die SPD nicht: Die Bremer Polizei sei Spitze. Daß dies stimmt, haben neulich die Arbeiterjugendlichen in der Neustadt erfahren, die für ihre gerechte Forderung nach einem Jugendfreizeitheim auf die Straße gingen und auf brutalste Art niedergeknüppelt wurden.

"Viel bleibt zu tun", gibt die SPD zu. Sie hat sich schon Einiges vorgenommen: Die Straßenbahntarife sollen erhöht werden und für 40 000 Familien steht eine Mieterhöhung in den Sozialwohnungen zwischen 40 und 60 DM pro Monat an.

Mit solchen Taten und dem Programm hat es die SPD nicht so leicht im Wahlkampf wie in früheren Jahren. Die Maßnahmen der Bundesregierung haben ihren Stand verschlechtert. Von einem Tag auf den anderen mußten sie ihre bis dahin optimistisch gestimmten Plakate überkleben. Bürgermeister Koschnick hatte noch einen Tag vor Verkündung des Programms auf einer Wahlversammlung erklärt, an Steuererhöhungen sei nicht gedacht. 1971, zu den Hochzeiten der Reformbewegung, hatte Brandt über 8 000 Menschen anziehen können und für seine Reformversprechen Zustimmung erhalten. Jetzt, gekommen, um die Sparmaßnahmen der Regierung zu verteidigen, brachte er höchstens 4 000 auf die Beine, feste SPD-Anhänger, kritische und sich jedes Beifalls enthaltende Zuhörer und eine ganze Anzahl von Gegnern der SPD-Regierung in Bund und Land, die, statt in Jubel auszubrechen, ihre Forderungen anmeldeten, z.B. "Keinerlei Erhöhung der Sozialmieten!".

Sofern über die SPD-Aktivisten hinaus zu den SPD-Veranstaltungen Menschen kommen, wollen sie wissen, wie es weitergeht, wie man es besser machen kann, und da hat die SPD ihnen wenig zu bieten. Unlösbar wird die Situation für die verantwortlichen SPD-Politiker, wenn sie mit den Forderungen organisierter Bewegungen konfrontiert werden: So blieb Bürgermeister Koschnick nichts weiter übrig, als nicht zu erscheinen und eine Einwohnerversammlung mit Polizei vor Einwohnern abschirmen zu lassen, als nach dem Polizeiüberfall auf die Neustädter Jugendlichen eine Handvoll von ihnen zu Koschnick gehen wollten, um ihn aufzufordern, sich dazu zu äußern.

Oder: Wenn sich die Senatoren "unters Volk" begeben und auf ihre Taten angesprochen werden. Eine gemaßregelte Lehrerin berichtet von dem Versuch, den Bildungssenator an einem SPD-Stand zur Stellungnahme zu bewegen: "Der Versuch, den Verantwortlichen für die derzeitigen Lehrerentlassungen zu befragen, stellte sich als sehr schwierig heraus. Der Herr Senator schritt mit verächtlicher Herrenpose vorbei, ignorierte meine Fragen und eilte dann, als ich ihm folgte, mit schon nicht mehr so herrschaftlicher Haltung davon. Die Umstehenden waren empört. Schneller als der Senator, hatten sie ihn bald eingeholt und stellten ihn zur Rede. Seine Rechtfertigung: 'Ich bin bin ein freier Bürger. Ich kann antworten, wann ich will.' "

Obwohl es immer teurer wird, dieser Partei seine Stimme zu geben: Abgewirtschaftet hat die SPD in Bremen noch keineswegs. Vor allem fehlt es für die breite Masse der SPD-Anhänger noch an einer Alternative.

CDU: Millionäre die mit dem Geld umgehen können

Die CDU, die versucht, sich als diese Alternative darzustellen, erlebt eine Pleite nach der anderen. Ihr Kanzler-Kandidat Kohl ist ebenfalls als Sparkommissar aufgetreten. Vor 1 500 Bremer CDU-Anhängern erklärte er: "Wir müssen uns fragen, ob wir in der BRD nicht bereits über unsere Verhältnisse leben und ob es nicht nötig ist, sich wieder an die Grenzen des Machbaren und Finanzierbaren zu erinnern." Die Perspektive, mit der er lockte: länger arbeiten. "Wir haben den äußersten Spielraum dessen erreicht, was wir in puncto Arbeitszeit verkraften können, und ich frage mich ernsthaft, ob die Schwelle des Möglichen nicht schon überschritten ist." (Weser Kurier)

Mit solchen Überlegungen kann man absolute Mehrheiten nur in den Villenvierteln der Stadt bekommen. Nötig war eine größere Intrige, an der man sich empören konnte. Die Veröffentlichung eines abgehörten Telefongesprächs des Polizeipräsidenten von Bock und Polach brachte zwar zum Vorschein, daß es an den Spitzen der Behörden zugeht wie im Saustall. Aber das wollte die CDU ja nicht beweisen. Nachweisen wollte sie, daß die SPD den Staatsapparat leichtsinnigerweise den "linken Jusos" preisgibt und dann ihre Umtriebe deckt.

Erinnert wurde aber nur daran, daß die SPD in Bock und Polach einen stadtbekannten Säufer, einen Mann, der 1960 der passiven Bestechung überführt war und 1968 seine Polizei zu Prügelorgien gegen Straßenbahndemonstranten getrieben hat, jahrelang im Amt gehalten hat. Der zur Aufklärung der Vorwürfe eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuß erklärte seine Arbeit vor Vernehmung aller Zeugen für erledigt. Die SPD-Presse begründete das folgendermaßen: "Das Vertrauen der Bürger in Parlament und Demokratie ist schon viel zu sehr erschüttert", "Was sollen die Jungwähler denken? Gerade ihnen gilt es klarzumachen: Die Charakterlosigkeit einiger Politiker darf nicht verallgemeinert werden. Nicht alle Politiker sind so. Auch nicht alle CDU-Politiker." (BBZ Extra vom 5. September)

Festgefahren mit ihrer Parlamentsintrige, sucht die CDU jetzt die Schwierigkeiten der SPD-Regierung beim Raubzug gegen die Volksmassen für sich zu nutzen. Der "sozialen Demontage" der Schmidt-Regierung stellt sie entgegen: "Die CDU hat in den ersten zwanzig Jahren der BRD unter Beweis gestellt, daß sie mit dem Geld der Steuerzahler besser umzugehen weiß." Als ob die Regierung Erhard nicht am Haushaltssicherungsgesetz gescheitert wäre.

DKP für Bereicherung des Ausdrucksvermögens

Als "linke Kraft" will die DKP in die Bürgerschaft einziehen und die fünf Prozent überspringen. Sie tritt als Konkursverwalter der gescheiterten SPD-Reform auf. Was die SPD fallen lassen muß, greift die DKP begierig auf: Sie tritt für die volle paritätische Mitbestimmung auf. Scheitert die Gesamtschule als Regelschule, fordert die DKP diese Form der Klassenschule als Regelschule. Läßt die SPD die Fristenregelung beim § 218 wegen des Richterspruchs von Karlsruhe fallen, hält die DKP sie hoch. Kommt der Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft trotz des 7,5-Milliarden-Konjunkturprogramms der Schmidt-Regierung nicht, fordert die DKP den vollen Einsatz der 10-Milliarden-Konjunkturrücklage. Verweigert der Senat bei Hansa-Waggon wegen schlechter Profitaussichten die Kredite, stellt sich die DKP blind und fordert sie trotzdem: "Um Hansa-Waggon zu erhalten, müssen aus den Wirtschaftsförderungsprogrammen Gelder bereitgestellt werden." (DKP-Metallreport)

Daß diese Wirtschaft den Kapitalisten gehört, daß Pleite gemacht und die Arbeiter dort entlassen werden, wo der Profit nicht mehr stimmt, davon will sie nichts mehr wissen.

Im Auge hat die DKP auch das Wohl der sowjetischen Sozialimperialisten. Auf die Frage, wem der Osthandel dienen soll, antworteten ihre Vertreter auf einer Veranstaltung, daß damit der politische Einfluß der Sowjetunion vergrößert würde.

DKP-Spitzenkandidat Gautier hat jetzt erklärt, wofür die DKP kandidiert: Den bürgerlichen Politikern soll "Nachhilfeunterricht" erteilt werden, die DKP will "unseren Politikern das Ausdrucksvermögen bereichern" (Aufruf H. Gautier). Gemeint ist damit die SPD, der die DKP auf die Sprünge helfen will. Sie hat zur Bereicherung des Ausdrucksvermögens viel Pop und Jazz eingesetzt und lockt damit zahlreiche Jugendliche in ihre Musikveranstaltung. Die Arbeiterjugend lädt die SDAJ zu einer Radtour "ins Rote" ein. Für Fußballer stiftet die DKP einen Turnierpreis und ein Fußballturnier. Mit dem Verkauf von Preisstoppschinken tritt sie in den (auf Wahlkampfzeitungen beschränkten) Konkurrenzkampf mit den Monopolen ein. Politische Diskussionen sind auf den Veranstaltungen unerwünscht, und wer mit einer Plakette gegen den § 218, für Volksentscheid eine Veranstaltung besucht, wird am Eingang von schlagkräftigen Ordnern "aussortiert".

Unwahrscheinlich ist, daß sie für ihre Beiträge zur Unterhaltung der Jugend die fünf Prozent an Stimmen bekommt, die sie braucht, um auch im Parlament das Ausdrucksvermögen der bürgerlichen Parteien zu bereichern.

Minister Matthöfer beruhigt die Gruppe Rote Fahne (KPD)

Flagge gezeigt hat die Gruppe Rote Fahne (KPD), und zwar die schwarz-rot-goldene. Auch sie will die Staatsfinanzen der bürgerlichen Klasse in Ordnung bringen und den Rotstift an der richtigen Stelle ansetzen. Auf einer Sitzung der Gesamtschülervertretung traten sie der DKP-Forderung nach weniger Rüstung entgegen. Eine solche Forderung sei "Zersetzung der Verteidigungsbereitschaft". Angesichts der Bedrohung der BRD durch die imperialistischen Supermächte, insbesondere die Sowjetunion, müsse unbedingt verstärkte Rüstung gefordert werden. Dem Bundesminister Matthöfer stellte ihr Kandidat Scheer die Frage: "Was gedenken Sie, Herr Minister, auf dem Energiesektor gegen die wachsende Abhängigkeit von den Supermächten, insbesondere der UdSSR, zu tun?" Der Minister antwortete: "Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen. Wir tun unser Möglichstes für die nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit." Viel Reklame hat die Gruppe Rote Fahne im Wahlkampf dafür gemacht, daß der BRD-Imperialismus gegenüber den Supermächten eine Chance beim Kampf um die Neuaufteilung der Welt unter die Ausbeuter erhält. Ihr Beitrag zum Kampf der Arbeiterjugend in der Neustadt bestand darin, zu sagen: "Was nutzt uns ein Jugendzentrum, wenn nachher eine Bombe darauf fällt."

Jede Stimme für den KBW ist eine Stimme für den Sozialismus

Der KBW beteiligt sich mit eigenen Kandidaten an den Bürgerschaftswahlen in Bremen und auch in Bremerhaven, wo erst seit kurzem eine Sympathisantengruppe des KBW die Arbeit aufgenommen hat. Sein Ziel dabei: "Der bürgerlichen Klasse entgegenzutreten auf allen Gebieten des Klassenkampfes, ihr nirgendwo das Feld zu überlassen, zu zeigen, daß die Arbeiterklasse unter bürgerlicher Führung nicht vorwärts kommen kann, sondern bloß, wenn sie einen selbständigen Standpunkt gegenüber allen bürgerlichen Interessen einnimmt."

Das gelingt am besten, wo die bürgerlichen Parteipolitiker direkt mit Bewegungen im Volk konfrontiert werden, wie das in der Auseinandersetzung um die Erhöhung der Sozialmieten, im Kampf gegen den § 218 und beim Kampf um ein Jugendzentrum geschehen ist: Eine Einheit hinter bestimmten Forderungen ist vorhanden und daran zerschellen die Versprechen und Täuschungsmanöver der bürgerlichen Politiker.

Dem Bildungssenator Thape widerfuhr es auf einer SPD-Veranstaltung, daß die Eltern einer Schule eine Resolution verlasen gegen die dortigen Zustände. Als er sich herausreden wollte mit Mangel an Lehrern für naturwissenschaftliche Fächer, meldete sich ein Student zu Wort, der erklärte, auch Lehramtsanwärter für die Fächer Mathematik und Physik seien nicht eingestellt worden. Und die letzte Fluchtposition, Geld für die Schulen fehle wegen anderer sozialer Aufwendungen, wurde ihm verbaut durch eine Krankenschwester, die meinte, das höre sie am Krankenhaus auch immer. Nur seien dort eben die Schulen Schuld. Der Senator suchte so schnell es ging das Weite.

Schwieriger ist es, über die Kritik an offenbaren Mißständen hinaus, die Notwendigkeit des Kampfes für den Sozialismus und Kommunismus aus der Kritik der bestehenden Verhältnisse zu entwickeln. So ist es dem Bürgermeister Koschnick auf einer Veranstaltung gelungen, die Pleite der Hansa-Waggon-Werke, wodurch 479 Arbeiter ihren Arbeitsplatz verloren haben, als einen Einzelfall hinzustellen und die Position zu behaupten, die SPD versuche realistischerweise innerhalb der bestehenden Verhältnisse das Beste zu machen. Dagegen ist mit der Kritik an einzelnen Mißständen oder durch die schlichte Behauptung, daß man für radikale Umwälzung kämpfen müsse, kein Boden zu gewinnen.

Um ihre Aufklärungsarbeit zu verbessern und das revolutionäre Ziel der Arbeiterbewegung aus der Kritik der herrschenden Verhältnisse entwickeln zu lernen, hat die Ortsgruppe 5 Agitationsbroschüren verfaßt, die in einer Auflage von 17 000 vertrieben werden. 3 wandzeitungsähnliche Plakate mit Texten und Bildern wurden geklebt: Zur Kritik am Lohnsystem, zur Anklage gegen die Wohnverhältnisse und zur Aufdeckung des Raubzuges der bürgerlichen Klasse und ihrer Parteien gegen die Volksmassen.

Trotz ständiger Polizeiüberfälle, Beschlagnahmungen, Verhaftungen, gelang es seit Anfang Juni für die kommunistische Propaganda die Straße zu behaupten. An 11 Stellen werden seitdem regelmäßig Agitationsstände aufgebaut, an denen die Kandidaten Rede und Antwort stehen, auf Wandzeitungen aktuelle politische Fragen aufgegriffen werden, die KVZ und Broschüren verkauft werden.

Im Vergleich zum Aufwand, den die bürgerlichen Parteien aus Steuergeldern zur Verbreitung von Lügen betreiben, ist das wenig zur Verbreitung der Wahrheit. Aber die Wahrheit hat Gewicht und wo sie Fuß faßt, ist sie nicht nach dem Wahltag vergessen wie die Schaumschlägereien der Politiker, welche die Interessen der Geldsäcke vertreten.

CDU- Bundestagsabgeordneter Vogel zum Paragrafen 218:

Grosse Koalition soll Ruhe schaffen

Kiel. In einem Vortrag vor der Herrmann-Ehlers-Akademie am 8.9. hat sich der CDU-Bundestagsabgeordnete und ehemalige nordrhein-westfälische Justizminister Vogel zur weiteren Behandlung des § 218 ausgelassen. Das Komitee gegen den § 218 hatte zum Besuch der öffentlichen Veranstaltung aufgerufen.

In seinem Vortrag würdigte Vogel das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Das Gericht habe gesprochen und damit seien alle Spekulationen hinfällig geworden. Nun gehe es für die Abgeordneten darum, den unantastbaren Spruch der Karlsruher Richter in die Form eines Gesetzes zu bringen. Dafür sei eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament unbedingt notwendig, wenn man eine "Befriedungswirkung" im Volk erzielen wolle. Vogel gab zu, daß Unruhe im Volk vorhanden sei. Gerade deshalb aber würden er und seine Partei einer derartigen Mehrheit im Parlament einen "hohen sittlichen Rang" beimessen.

Was das Gesetz selbst angeht, legte Vogel Wert darauf, daß das neue Gesetz endlich "die rechtsbewußtseinsbildende Wirkung der Strafandrohung zur Geltung" bringen müsse. In der Diskussion ergänzte Vogel, es sei keineswegs so, daß die CDU/CSU aus Lust am Strafen für die Bestrafung der Abtreibung eintrete, es sei aber nötig, "den Wert für das Leben zu verankern".

Das soll heißen, daß bei den meisten Abtreibungen der Sinn für den "Wert des Lebens" nicht vorhanden ist und aus Spaß und Dollerei abgetrieben wird. Daß die schlechten Verhältnisse immer wieder Abtreibungen hervorbringen, davon wollte Vogel denn auch nichts wissen. Erstens gäbe es gar nicht so viele Abtreibungen, zweitens seien die Gründe mehr als zweifelhaft. Einer der Hauptgründe sei zum Beispiel, daß Frauen sich einen bevorstehenden Urlaub nicht durch eine Schwangerschaft versauen wollten. Man sieht, der Abgeordnete Vogel kennt sich in seinen eigenen Kreisen aus.

Im übrigen, meinte er, sei die "soziale Frage" eine Sache aus dem 19. Jahrhundert. Heute gehe es uns gut. Wo noch Not am Mann sei, solle man das Schwergewicht auf vorbeugende Maßnahmen legen.

Einer der Anwesenden dachte dabei an materielle Hilfe und fragte Vogel, wo das Geld dafür herkommen solle angesichts des Sparprogramms der Regierung. Vogel hatte das aber anders gemeint. Er verstand darunter Beratungen, die man den Kirchen und halbstaatlichen Einrichtungen überlassen solle. Das würde nicht viel kosten.

An die Adresse der SPD warnte er davor, in Sachen § 218 zu viel zu taktieren, dazu sei "die Problematik zu ernst". Man solle sich doch auf die Vorschläge des deutschen Ärztetages einigen. (Der Ärztetag vertritt eine enge Auslegung der medizinischen Indikation.)

Über die Kungelei zwischen den Parteien ließ er raus, daß er am 3. Juli im Auftrag der CDU/CSU der SPD und der FDP Gespräche angeboten hätte; die FDP habe zugesagt, die SPD wolle noch abwarten. Er wolle jedoch die SPD nicht weiter angreifen, "um durch voreilige Bemerkungen die Gespräche nicht zu belasten". Überhaupt dürfe die Auseinandersetzung zwischen den Parteien nicht öffentlich geführt werden, denn die Unruhe im Volk habe sich nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes nicht gelegt. Jetzt gebe es sogar Stimmen, die das Urteil gar nicht respektieren wollten, ja sogar soweit gingen, am parlamentarischen Repräsentativsystem zu rütteln. Mit all dem müsse schnellstens Schluß gemacht werden.

In der anschließenden Diskussion wetterte Vogel denn auch gleich gegen die Forderung nach einem Volksentscheid gegen den § 218. Das sei mit der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" nicht vereinbar und laufe auf einen Staatsstreich raus, da könne er gleich zurücktreten, wenn er dafür eintreten würde.

Noch am selben Tag hat der Sprecher der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Knut Terjung, die Wünsche von Vogel nach einer "breiten parlamentarischen Mehrheit" ausdrücklich begrüßt. - (C. ,Kiel)

Meldung der Stuttgarter Zeitung, Do., 11.9.75

Verstärkter Schutz für BVG

do. KALRSRUHE. Eine Verstärkung der Wachen und eine zweckmäßigere Ausrüstung der Bundesgrenzschutzbeamten sollen sicherstellen, daß sich Vorfälle wie am vergangenen Samstag nicht wiederholen, bei denen es einer Gruppe von Gegnern des Paragraphen 218 gelungen war, unter den Augen der Wachposten mehrere Parolen auf die Scheiben des Sitzungssaalgebäudes des Bundesverfassungsgerichts zu sprühen. Die Jugendlichen hatten die an den Zugängen zum Gerichtsgebäude postierten Beamten in Diskussionen verwickelt und auf diese Weise einer anderen Gruppe Gelegenheit verschafft, über die Absperrketten zu springen und mit Hilfe von Schablonen mehrere Parolen gegen den Abtreibungsparagraphen auf jene schaufenstergroßen Scheiben aufzusprühen, die bei dem Bombenanschlag im vergangenen Jahr zu Bruch gegangen waren. Die Grenzschutzbeamten hatten nur noch zwei der Jugendlichen festhalten können, die der Polizei übergeben und nach Feststellung ihrer Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Als Konsequenz aus dem Vorgang wurde die Wache für das Bundesverfassungsgericht um sechs Bundesgrenzschutzbeamte verstärkt. Außerdem wird erwogen, die Wachmänner künftig auch mit Schlagstöcken auszurüsten, um ähnliche Uebergriffe besser abwehren zu können. Gegenwärtig sind die Beamten nur mit Schußwaffen ausgerüstet.



Neuss. Große Aufmerksamkeit erregten die Lieder und das Theaterstück gegen den § 218

Staatsanwalt ermittelt aufgrund § 218

Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder von Frauengruppen in Stuttgart und Frankfurt

Stuttgart. Gegen Gisela Kolbe, Mitglied der Stuttgarter Frauengruppe, hat die Stuttgarter Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen des "Verdachts der Beihilfe zur Abtreibung" eingeleitet und sie für den 7.10. vorgeladen. Auch in Frankfurt haben Mitglieder des Frankfurter Frauenzentrums inzwischen Vorladungen von der Staatsanwaltschaft erhalten, nachdem die Polizei im Juli das Frauenzentrum aufgrund des § 218 durchsucht hatte.

Im Fall von Gisela Kolbe bezieht sich die Staatsanwaltschaft vermutlich auf ein Interview, das Gisela Kolbe im April 1975 den "Stuttgarter Nachrichten" gegeben hatte. Darin hatte Gisela Kolbe über die Arbeit der Frauengruppe berichtet, zu der auch die Unterstützung schwangerer Frauen gehört. Darauf waren in mehreren lokalen Zeitungen Artikel unter der Überschrift erschienen: Gisela Kolbe hilft!

Am 18.6., etwa gleichzeitig mit der Polizeiaktion gegen das Frankfurter Frauenzentrum, hatte dann der Pressereferent und stellvertretende Vorsitzende des Hartmannbundes (Verband der Ärzte Deutschlands), Landesverband Baden-Württemberg, Dr. med. von Abel, einen ausgesprochen unverschämten Drohbrief an Frau Kolbe geschrieben. Darin hieß es: *"Einer schon einige Monate alten Veröffentlichung in den Stuttgarter Nachrichten vom 5.4.1975 ist zu entnehmen, daß Sie die Aufgabe übernommen haben, anfragenden Frauen Abtreibungen vorwiegend in Holland zu vermitteln. (. . .) Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß Sie damit die vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig erklärte sogenannte Fristenlösung praktizieren. Sie bauen vermutlich darauf, daß Abtreibungen z. Zt. strafrechtlich nicht oder kaum verfolgt werden. Dennoch ist Ihre Handlungsweise außerordentlich gravierend, da Sie nicht als Privatperson sondern als Vertreterin des Stuttgarter Frauenzentrums handeln.*

Ihrer Stellungnahme zu Ihrem verfassungswidrigem Handeln sehe ich entgegen."

Dem Brief des Ärztefunktionärs folgen jetzt die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft.

„Auf einer Veranstaltung am 14.9., zu der das Stuttgarter Komitee gegen den § 218 eingeladen hatte, wurde inzwischen einstimmig eine Solidaritätsresolution mit Gisela Kolbe verabschiedet, nachdem Vertreter der Frauengruppe über den Fall berichtet hatten. Die Versammelten forderten die sofortige Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Gisela Kolbe. – (k., Stuttgart)

500 Unterschriften gegen § 218 auf CSU-Kundgebung

München. Zum Abschluß des CSU-Parteitages hatte die CSU ihre Mitglieder aus dem ganzen Land nach München gefahren und mit riesigem Aufwand für die Kundgebung mit Goppel und Strauß geworben. Erwartet hatte die CSU 25 000 Menschen. Versammelt hatten sich jedoch nur zwischen 10 000 und 12 000. Freundlich gesinnt waren der CSU davon wiederum nur die Hälfte.

Das Komitee für den Volksentscheid und gegen den § 218 und die Ortsgruppe München des KBW hatten den Beschluß gefaßt, die Partei, die auch die geringste Lockerung des § 218 ablehnt und die Volksmassen, die immer wieder zu Abtreibungen gezwungen sind, als Mörderbande beschimpft, nicht zusammenkommen zu lassen, ohne sie mit den Forderungen der Volksmassen zu konfrontieren. "218, ein Paragraf, der immer nur die Armen traf", "Weg mit dem § 218!" "Volksentscheid!" scholl es Goppel und Strauß auf der Kundgebung unüberhörbar entgegen. Mitglieder des Komitees für den Volksentscheid und gegen den § 218 und der Ortsgruppe des KBW waren mit Transparenten, auf denen die Forderungen des Komitees standen und die Parole "Vorwärts für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!" vom Agitationsstand gegen den § 218 zum Kundgebungsplatz gezogen. Um sie herum sammelten sich viele Menschen. Nach der Kundgebung organisierte das Komitee einen kurzen Demonstrationszug zum Agitationsstand des Komitees zurück. Über 500 Menschen unterstützten die Forderungen des Komitees durch ihre Unterschrift. 150 Komiteezeitungen wurden verkauft und in großen Diskussionsgruppen wurde über die Demonstration in Bonn debattiert, zu der zum Schluß noch einmal aufgerufen wurde. – (r., München)

sten Abtreibungen der Sinn für den "Wert des Lebens" nicht vorhanden ist und aus Spaß und Dollerei abgetrieben wird. Daß die schlechten Verhältnisse immer wieder Abtreibungen hervorbringen, davon wollte Vogel denn auch nichts wissen. Erstens gäbe es gar nicht so viele Abtreibungen, zweitens seien die Gründe mehr als zweifelhaft. Einer der Hauptgründe sei zum Beispiel, daß Frauen sich einen bevorstehenden Urlaub nicht durch eine Schwangerschaft versauen wollten. Man sieht, der Abgeordnete Vogel kennt sich in seinen eigenen Kreisen aus.

Im übrigen, meinte er, sei die "soziale Frage" eine Sache aus dem 19. Jahrhundert. Heute gehe es uns gut. Wo noch Not am Mann sei, solle man das Schwergewicht auf vorbeugende Maßnahmen legen.

Einer der Anwesenden dachte dabei an materielle Hilfe und fragte Vogel, wo das Geld dafür herkommen solle angesichts des Sparprogramms der Regierung. Vogel hatte das aber anders gemeint. Er verstand darunter Beratungen, die man den Kirchen und halbstaatlichen Einrichtungen überlassen solle. Das würde nicht viel kosten.

destagsfraktion, Knut Terjung, die Wünsche von Vogel nach einer "breiten parlamentarischen Mehrheit" ausdrücklich begrüßt. - (C. ,Kiel)

Meldung der Stuttgarter Zeitung, Do., 11.9.75

Verstärkter Schutz für BVG

do. KALRSRUHE. Eine Verstärkung der Wachen und eine zweckmäßigere Ausrüstung der Bundesgrenzschutzbeamten sollen sicherstellen, daß sich Vorfälle wie am vergangenen Samstag nicht wiederholen, bei denen es einer Gruppe von Gegnern des Paragraphen 218 gelungen war, unter den Augen der Wachposten mehrere Parolen auf die Scheiben des Sitzungssaalgebäudes des Bundesverfassungsgerichts zu sprühen. Die Jugendlichen hatten die an den Zugängen zum Gerichtsgebäude postierten Beamten in Diskussionen verwickelt und auf diese Weise einer anderen Gruppe Gelegenheit verschafft, über die Absperrketten zu springen und mit Hilfe von Schablonen mehrere Parolen gegen den Abtreibungsparagraphen auf jene schaufenstergroßen Scheiben aufzusprühen, die bei dem Bombenanschlag im vergangenen Jahr zu Bruch gegangen waren. Die Grenzschutzbeamten hatten nur noch zwei der Jugendlichen festhalten können, die der Polizei übergeben und nach Feststellung ihrer Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Als Konsequenz aus dem Vorgang wurde die Wache für das Bundesverfassungsgericht um sechs Bundesgrenzschutzbeamte verstärkt. Außerdem wird erwogen, die Wachmänner künftig auch mit Schlagstöcken auszurüsten, um ähnliche Uebergriffe besser abwehren zu können. Gegenwärtig sind die Beamten nur mit Schußwaffen ausgerüstet.

§ 218 durchsucht hatte.

Im Fall von Gisela Kolbe bezieht sich die Staatsanwaltschaft vermutlich auf ein Interview, das Gisela Kolbe im April 1975 den "Stuttgarter Nachrichten" gegeben hatte. Darin hatte Gisela Kolbe über die Arbeit der Frauengruppe berichtet, zu der auch die Unterstützung schwangerer Frauen gehört. Darauf waren in mehreren lokalen Zeitungen Artikel unter der Überschrift erschienen: Gisela Kolbe hilft!

Am 18.6., etwa gleichzeitig mit der Polizeiaktion gegen das Frankfurter Frauenzentrum, hatte dann der Pressereferent und stellvertretende Vorsitzende des Hartmannbundes (Verband der Ärzte Deutschlands), Landesverband Baden-Württemberg, Dr. med. von Abel, einen ausgesprochen unverschämten Drohbrief an Frau Kolbe geschrieben. Darin hieß es: "Einer schon einige Monate alten Veröffentlichung in den Stuttgarter Nachrichten vom 5.4.1975 ist zu entnehmen, daß Sie die Aufgabe übernommen haben, anfragenden Frauen Abtreibungen vorwiegend in Holland zu vermitteln. (. . .) Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß Sie damit die vom Bundesverfassungsgericht als ver-

500 Unterschriften gegen § 218 auf CSU-Kundgebung

München. Zum Abschluß des CSU-Parteitages hatte die CSU ihre Mitglieder aus dem ganzen Land nach München gefahren und mit riesigem Aufwand für die Kundgebung mit Goppel und Strauß geworben. Erwartet hatte die CSU 25 000 Menschen. Versammelt hatten sich jedoch nur zwischen 10 000 und 12 000. Freundlich gesinnt waren der CSU davon wiederum nur die Hälfte.

Das Komitee für den Volksentscheid und gegen den § 218 und die Ortsgruppe München des KBW hatten den Beschluß gefaßt, die Partei, die auch die geringste Lockerung des § 218 ablehnt und die Volksmassen, die immer wieder zu Abtreibungen gezwungen sind, als Mörderbande beschimpft, nicht zusammenkommen zu lassen, ohne sie mit den Forderungen der Volksmassen zu konfrontieren. "218, ein Paragraf, der immer nur die Armen traf", "Weg mit dem § 218!" "Volksentscheid!" scholl es

Goppel und Strauß auf der Kundgebung unüberhörbar entgegen. Mitglieder des Komitees für den Volksentscheid und gegen den § 218 und der Ortsgruppe des KBW waren mit Transparenten, auf denen die Forderungen des Komitees standen und die Parole "Vorwärts für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!" vom Agitationsstand gegen den § 218 zum Kundgebungsplatz gezogen. Um sie herum sammelten sich viele Menschen. Nach der Kundgebung organisierte das Komitee einen kurzen Demonstrationszug zum Agitationsstand des Komitees zurück. Über 500 Menschen unterstützten die Forderungen des Komitees durch ihre Unterschrift. 150 Komiteezeitungen wurden verkauft und in großen Diskussionsgruppen wurde über die Demonstration in Bonn debattiert, zu der zum Schluß noch einmal aufgerufen wurde.

Gegen den Paragrafen 218

Köln. 16 von 29 Kollegen der Abteilung Verkehrswesen bei Klöckner-Humboldt-Deutz haben bisher den Aufruf der Komitees gegen den § 218 durch ihre Unterschrift unterstützt.

Wiesbaden. 41 Kollegen des hessischen Landesvermessungsamtes haben die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterschrieben.

Heidelberg. Die ÖTV-Kreisfrauenversammlung vom 10.9. hat ohne Gegenstimme eine Resolution verabschiedet, in der die Kreisverwaltung aufgefordert wird, die Arbeit der Komitees gegen den § 218 zu unterstützen und zur Teilnahme an der Demonstration am 21.9. in Bonn gegen den § 218 aufzurufen. Außerdem soll die Kreisverwaltung gegen die Behinderung der Arbeit der Komitees durch Polizei und Stadtverwaltung Stellung beziehen.

Um die Komitees auch materiell zu unterstützen, wurde vorgeschlagen, während der Versammlung Geld zu spenden, zum Beispiel einen Teil der 5 DM Verzehrgeld, das zu Beginn verteilt worden war. Bei etwa 65 Anwesenden kamen über 160 DM zusammen.

Frankfurt. Auf der ÖTV-Delegiertenkonferenz der Landbediensteten im Kreisverband Frankfurt, die 1 400 Mitglieder vertritt, wurde ein Antrag für die Kreisdelegiertenkonferenz Frankfurt am 13.10. verabschiedet, in dem die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert wird. Die 37 Delegierten faßten ihren Beschluß einstimmig.

Stuttgart. Der Vertrauensleutekörper und die ÖTV-Betriebsgruppe der Arbeiterwohlfahrt Stuttgart haben am 9.9.1975 eine Resolution einstimmig verabschiedet, in der die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterstützt werden. Der Vertrauensleutekörper wurde beauftragt, die Resolution an den Hauptvorstand der ÖTV weiterzuleiten mit dem Auftrag, unter den ÖTV-Mitgliedern für die Beteiligung an der Demonstration gegen den § 218 am 21.9.1975 in Bonn zu mobilisieren. Beschlossen wurde auch, daß alle, die nicht Dienst haben, zur Bonner Demonstration fahren.

Frankfurt. Die Fachgruppe Rechtsreferendare in der ÖTV hat am 4.9. beschlossen, an die Kreisdelegiertenkonferenz und zur Weiterleitung an die Bezirkskonferenzen und den 8. Gewerkschaftstag einen Antrag zu stellen, in dem die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert wird.

Frankenthal. Mehrheitlich haben die Teilnehmer an der IG Metall-Jugendvollversammlung die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterstützt.

Herne. Die DGB-Jugendgruppe hat einen Antrag für die ersatzlose Streichung des § 218 verabschiedet, der auf der Kreisjugendkonferenz eingebracht werden soll. Der richtige Weg, um diese Forderung durchzusetzen, heißt es, ist, "daß das Volk selber entscheidet".

Herne. Die Mitgliederversammlung der GEW Herne hat am 19.6.1975 die ersatzlose Streichung des § 218 und die Aufhebung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts gefordert.

Peine. Der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher (AjLE) im Kreisverband der GEW Peine hat am 15. August eine Entschließung mehrheitlich verabschiedet, in der es u.a. heißt:

"Der AjLE Peine tritt dafür ein, daß der § 218 ersatzlos gestrichen wird . . . Der § 218 trifft genau die besitzlose lohnabhängige Mehrheit der Bevölkerung, während die Reichen in teure Kliniken ins Ausland fahren können. Es ist gerade die Aufgabe der Gewerkschaften, die Interessen der Werktätigen auch in diesem Punkt zu vertreten."

In der Entschließung wird ein Volksentscheid gegen den § 218 gefordert und alle GEW-Mitglieder aufgefordert, sich an der Demonstration gegen den § 218 am 21. September in Bonn zu beteiligen.

München. Die GEW-Fachgruppe Grund-, Haupt- und Sonderschulen im Kreisverband München hat einstimmig beschlossen, die Forderungen "Weg mit dem § 218!", "Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes!", "Das Volk selber soll entscheiden!" zu unterstützen. Der Beschluß wurde an die nächste Mitgliederversammlung weitergeleitet.

Wiesbaden. Mehrheitlich hat die Klasse 10 b an der Berufsfachschule Friedrich List die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterschrieben. In der Klasse ist ein Plakat **der Komitees aufgehängt.**

Bremen. Die erste Klassensprecher-Vollversammlung an der Fachoberschule für Gestaltung vom 8.9.1975 unterstützt die Forderungen der Komitees gegen den § 218 und ruft zur Teilnahme an der Demonstration gegen den § 218 am 21.9.1975 in Bonn auf.

Herne. Der SPD-Ortsverein Herne-Süd hat auf seiner letzten Vorstandssitzung beschlossen, die Unterschriftenaktion für einen Volksentscheid gegen den § 218 zu unterstützen. Der Ortsverein will dazu noch in diesem Monat in der Hauptgeschäftsstraße eine Unterschriftenaktion durchführen.

Darmstadt. Georg Schäfer, hessischer Landtagsvizepräsident und Mitglied der SPD sprach sich für ersatzlose Streichung des § 218 aus und verwies auf einen Beschluß der Darmstädter SPD-Delegiertenkonferenz, die sich im letzten Jahr für die ersatzlose Streichung ausgesprochen hat

Oberhausen. Luise Alberts (SPD), Oberbürgermeisterin von Oberhausen, und der SPD-Fraktionsvorsitzende der SPD im Stadtrat haben die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterschrieben.

Grundsätzlich ja, aber . . .

Mörfelden. Auf einer Diskussionsveranstaltung der Mörfeldener Initiative gegen den § 218, zu der Vertreter der FDP, der DKP, des DGB und der Kommunistischen Gruppe Mörfelden erschienen waren, äußerte der **DKP-Vertreter, daß auch sie grundsätzlich für die ersatzlose Streichung und den Volksentscheid seien, daß es aber die momentane gesellschaftliche Situation notwendig mache, erst einmal die Fristenlösung durchzusetzen.**

Heilbronn. Auf einer Veranstaltung des SPD-Ortsverbandes Heilbronn zum § 218 äußerte der Referent Rasehorn, die ersatzlose Streichung des § 218 sei zwar die beste Lösung, dafür sei aber "die politische Konstellation in der BRD zu ungünstig". Man müsse jetzt herausholen, "was uns Karlsruhe gegeben hat". Es sei taktisch unklug, sich auf einen "Verfassungskonflikt einzulassen". Der Kampf für die ersatzlose Streichung sei eine "langwierige Sache", die von den Kräfteverhältnissen im Parlament abhänge.

Veranstaltung der Komitees gegen den Paragrafen 218 in Bonn

Bonn. Auf Einladung des Ausschusses der Komitees gegen den § 218 fand in Bonn am 16.9. eine Veranstaltung statt, die von 500 bis 600 Teilnehmern besucht wurde. Aufgerufen hatten dazu 15 Komitees aus der Region Bonn, Köln, südliches Nordrhein-Westfalen. Eine Kölner Theatergruppe führte ein Stück auf. Es sprachen Vertreter des Ausschusses der Komitees und H.J.Hager vom Zentralen Komitee des KBW. Die 15 Komitees überreichten Unterschriftenlisten mit insgesamt 53 000 Unterschriften.

Lumpenpack

Folgende Notiz (siehe Bild) fand sich in der medizinwissenschaftlichen Zeitschrift "Die Medizinische Welt" Nr. 26/75 vom 4.7.1975.

> **Keine Fälle für den Psychiater**
>
> Der Amerikaner H. Baum, Chicago, hält eine psychoanalytische Behandlung von Radikalen für aussichtslos. Welch große Erfolge die analytische Therapie auch immer wieder möglich mache, so gebe es doch eine Reihe von Blockaden, die eine erfolgreiche Behandlung ausschließen: Sei die Behandlung von rigiden Patienten bereits problematisch, so werde sie bei radikalen Intellektuellen gänzlich sinnlos. Diese Meinung trug Baum auf den 25. Lindauer Psychotherapiewochen seinen Kollegen vor. pU

Sie zeigt, worüber sich diese Professoren auf ihren Kongressen die Köpfe zerbrechen und wozu ihre Wissenschaft taugt. Offensichtlich ist es diesen Professoren mit ihrer "analytischen Therapie" bislang nicht gelungen, "Radikale" zu "heilen".

Sie werden jetzt wohl nach einer neuen Therapie suchen, womit sie sich dann auf ihrem nächsten Kongreß auseinandersetzen werden. Bescheinigen kann man ihnen schon jetzt, daß ihre Forschung vergeblich sein wird.

Im Gegenteil, diese Professoren werden feststellen müssen, daß immer mehr Menschen gegen die Unterdrückung und Lohnsklaverei rebellieren, "krank" werden, wie diese Knechtsgestalten von Professoren das nennen.

Steht so fest, daß die Forschungen dieser Herren zum Scheitern verurteilt sind, so auch, daß die Massen diese Sorte wissenschaftlichen Lumpenpacks davonjagen werden, wenn das System der Lohnsklaverei zerschlagen ist.



Koblenz. Mehrere hundert Schüler demonstrierten am 11.9. in Koblenz gegen den Beschluß der Landesregierung von Rheinland - Pfalz, die Fahrtkostenerstattung für Schüler einzuschränken.

Die Hochschulen werden für die Jugend der besitzlosen Klassen dichtgemacht

1971 hat die Regierung die Forderungen der Studentenverbände nach dem Recht auf kostendeckende Stipendien für die Studenten, die keine reichen Eltern haben, gesetzlich anerkannt. Heute tritt sie dieses Recht mit Füßen und kündigt es den darauf angewiesenen Studenten – und dies ist die Mehrzahl – auf. Um 340 Millionen DM sollen die Mittel im Bundeshaushalt für die Ausbildungsförderung gekürzt werden.

Dies will die Regierung erreichen, indem sie die längst fällige Erhöhung der Elternfreibetragsgrenze von gegenwärtig 960 DM und des Höchstsatzes der Ausbildungsförderung von gegenwärtig 500 DM auf Jahre hinaus aussetzt.

Zwangsläufige Folge dieses Planes ist, daß ein großer Teil der darauf angewiesenen Studenten gar keine Mittel mehr erhält und den in der Förderung verbleibenden Studenten seitens der Regierung weniger bezahlt tens der Regierung weniger bezahlt werden muß. Denn berechnet werden die Stipendien jeweils aufgrund des Einkommens der Eltern zwei Jahre vor dem Förderungszeitraum, so daß die Lohnerhöhung der Familie im Jahre 1974 gegenüber 1973 zu einem großen Teil dem studierenden Kind von dem bisherigen Stipendium direkt abgezogen wird.

Daß die Regierung mit diesen Maßnahmen die Lohnabhängigen, deren Kinder die Oberschulen und die Hochschulen besuchen, schröpfen will, macht sie auch klar dadurch, wie sie das "anrechnungsfähige Einkommen" zu behandeln gedenkt.

Dies ist der Betrag, der über 960 DM verdient wird. Dieser war bisher zu 40 Prozent zuzüglich 5 Prozent für jedes Kind anrechnungsfrei, der verbleibende Rest wurde als Eigenleistung der Eltern zur Finanzierung der Hochschulausbildung von den 500 DM Bedarfssatz abgezogen.

Jetzt soll diese "Eigenleistung" erhöht werden. Anrechnungsfrei sollen nur noch 25 Prozent und 10 Prozent für jedes Kind bleiben. So steht nach diesen Plänen der Regierung eine drastische Kürzung der Stipendien bevor. Daran ändern auch die 10 Prozent "Härtezulage", die die Regierung für Oktober 1976 auf den jeweiligen Förderungsbetrag verspricht, nichts: Nach Berechnungen der Vereinigten Deutschen Studentenschaft (VDS) bekommt z.B. ein Student aus einer Arbeiter- oder Angestelltenfamilie mit zwei Kindern ab 1. Oktober 1975 nur noch 370 DM, wenn er am 1. Oktober 1974 420 DM bekam. Am 1. Oktober 1976 werden es weitere 40 DM weniger, so daß er nur noch 330 DM monatliches Stipendium erhält.

Mit dieser Schröpfung der Lohnabhängigen, deren Kinder studieren, ist die Regierung aber noch nicht zufrieden. Gleichzeitig wird der Darlehensbetrag, der von dem Stipendium zurückzuzahlen ist, von jetzt 80 DM auf 130 DM erhöht. Wer sich [illegible] allerdings den Bedingungen der Regierung während des Studiums unterwirft und z. B. sein Studium in der Regelstudienzeit absolviert, dem wird ein Teil des Darlehensbetrages erlassen.

Der Ausbau dieses Darlehenssystems ist für die Regierung in doppelter Weise ein Druckmittel: einmal als Mittel, um die Konkurrenz und die Gegensätze unter den Studentenmassen zu verstärken: Derjenige, der sich der Politik der Regierung an den Hochschulen unterwirft und kuscht, soll dafür künftig eine Prämie von der Regierung erhalten. Ihm wird ein Teil seiner Darlehensschuld von der Regierung erlassen. Zum anderen erzeugt dieses Darlehenssystem Abhängigkeit vom Staat, die diesem ermöglicht, allerhand Druck und Schikane auszuüben.

Man sieht: Gleichgültig ist diese Politik der Regierung gegenüber den Studenten für die, die Besitz und Reichtum im Rücken haben. Solche Studenten werden dadurch direkt gefördert, weil sie sich gegen hungerleidende Konkurrenz an den Hochschulen leichter behaupten und durchsetzen können.

Dies entspricht den Interessen der Kapitalisten, denn die große Konkurrenz für ihren Nachwuchs an den Hochschulen ist ihnen seit langem ein Dorn im Auge.

Seit Jahren schon haben sich die Kapitalisten über den "Wildwuchs zu hoher Studentenzahlen" beklagt und sich beschwert über die "Fehlentwicklung", daß an den Hochschulen für Studenten Geld "verschwendet" wird, die sie lieber als billige Arbeitskraft zu ihrer Verfügung sehen würden. Diesen Klagen und Beschwerden der Kapitalisten hat die Regierung in ihren Beschlüssen Rechnung getragen.

Bezahlen müssen für diese Politik die besitzlosen Klassen, die Armen. Sie sollen mehr arbeiten, um dem Kind den Abschluß der Ausbildung Kind den Abschluß der Ausbildung an der Oberschule oder der Hochschule zu ermöglichen und das zu ersetzen, was der Staat nicht bereit ist zu zahlen.

Und weil die Kapitalisten nicht nur fordern, daß die Lohnabhängigen mehr arbeiten, sondern auch noch weniger dafür zahlen wollen, wird der Zwang zum Abbruch der Ausbildung unausweichlich für eine große Zahl der gegenwärtigen Oberschüler und Studenten.

Sie werden auf die Straße geworfen ohne jeden Schutz vor den Auswirkungen der Krise, denn gleichzeitig verweigert ihnen die Regierung das Recht auf Arbeitslosengeld.

So sollen diese Oberschüler und Studenten billiges Objekt werden für die verschiedenen Spaltungs- und Erpressungsmanöver der Kapitalisten gegenüber den Lohnabhängigen in den Fabriken und Büros und den Teilen der Arbeiterklasse, die gegenwärtig arbeitslos sind.

Gleichzeitig wächst der Druck auf die Studenten infolge der Vermehrung und Verschärfung der Prüfungen durch den Staat und an verschiedenen Hochschulen hat die Regierung bereits gezeigt, daß sie vor keiner politischen Entrechtung zurückscheut, um die Studenten ihrer Politik zu unterwerfen.

Die Unzufriedenheit der Studenten und der Widerstand gegen diese Politik der Regierung sind gerechtfertigt. Daran können auch die sozialdemokratischen Politiker in der im Mai durch Zusammenschluß aller Studentenschaften gegründeten "Vereinigten Deutschen Studentenschaft" (VDS) nicht vorbei. Der von den Jusos geführte Vorstand des Studentenverbandes hat protestiert und "Initiativen gegenüber den Bundestagsfraktionen" sowie bei der Verwirklichung der Regierungsbeschlüsse Kampfmaßnahmen an den Hochschulen angekündigt. Daraufhinzielende Maßnahmen eingeleitet und die Stu- [illegible] denten dazu aufgerufen hat er bisher jedoch nicht.

Dies aber ist nötig. Ohne den Zusammenschluß und die einheitliche Aktion gegen die Maßnahmen des Staates durch ihren Verband herbeizuführen, werden die Studenten ihren gerechten Forderungen keine Geltung verschaffen können. Diese Forderungen sind an den Hochschulen erhoben. Sie richten sich gegen den wachsenden Druck durch Verschärfung der Studien- und Prüfungsordnungen und gegen die politische Entrechtung an der Hochschule, und es werden kostendeckende Stipendien und das Recht auf Arbeitslosengeld für arbeitslose Hochschulabgänger gefordert. Der neugegründete einheitliche Studentenverband hat die Möglichkeit für den Zusammenschluß und das einheitliche Vorgehen zur Durchsetzung dieser Forderungen geschaffen. In den bevorstehenden Auseinandersetzungen der Studenten mit dem Staat muß er sich bewähren. (hj)

Landessprecherkonferenz gegen politische Überprüfung

Karlsruhe. Die Landessprecherkonferenz der Lehrerreferendarsprecher von Baden-Württemberg verabschiedete auf ihrer Sitzung am 6.9. eine Erklärung "gegen die politische Überprüfung auf Grundlage des Schieß-Erlasses". Die Landessprecherkonferenz fordert, "daß mit dieser politischen Disziplinierung und Einschüchterung im öffentlichen Dienst ... endlich Schluß gemacht werden muß". Insbesondere fordert sie die Zulassung all der Lehrerstudenten zum Schuldienst, die jetzt auf Grund der politischen Überprüfungen nicht in den baden-württembergischen Schuldienst bzw. Referendardienst aufgenommen wurden. Eine der von den politischen Nichteinstellungen betroffenen Lehramtsanwärterinnen, Marion Bentin, die bereits als Sprecherin des Kurses 56 am Studienseminar Karlsruhe gewählt worden war, wurde auf der Landessprecherkonferenz gemeinsam mit einem Kollegen als Landessprecherin gewählt. Diese Erklärung wurde von der Landessprecherkonferenz einstimmig verabschiedet.

Demonstration geplant

Nordrhein-Westfalen. Die Seminarsprecher der Grund- und Hauptschulen Nordrhein-Westfalens beschlossen bei Anwesenheit von 75 der 90 Seminare gegen die Stimme eines Seminars und unter Beifall der anwesenden Nichtdelegierten, am 26.9. in Düsseldorf eine Demonstration durchzuführen. Sie richtet sich gegen den Erlaß des Kultusministeriums, zum 1.2.1976 keine Lehramtsanwärter mehr in den Dienst zu übernehmen.

Die Forderungen der Demonstration sollen sein:

– Einstellung aller Lehramtsanwärter und ausgebildeten Lehrer sofort nach Abschluß der Ausbildung! Übernahme in das Beamtenverhältnis!

– Gegen den Abbau von Planstellen!

– Gegen die Abwälzung der Sparmaßnahmen auf die arbeitende Bevölkerung! Keine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen!

Schulstreik geplant

Wolfsburg. Der Stadtelternrat von Wolfsburg verabschiedete auf seiner Sitzung am 9.9. gemeinsam mit den Delegierten des Stadtschülerrats eine Erklärung gegen die miserablen Schulverhältnisse in Wolfsburg. In der Erklärung heißt es: "Unsere unablässigen Bemühungen um eine auch nur dem Landesdurchschnitt entsprechende Lehrerversorgung sind erfolglos geblieben. Die Wolfsburger Elternschaft wird den unvertretbaren Unterrrichtsausfall nicht länger tatenlos hinnehmen. Für den Fall, daß nicht bis zum 10.10.1975 konkrete Maßnahmen zu ausreichender Unterrichtsversorgung angeordnet sind, wird an den Wolfsburger Schulen am 22.10.1975 gestreikt werden. Darüber hinaus ist der Stadtelternrat entschlossen, gegebenenfalls die Initiative zu landesweiten Maßnahmen zu ergreifen."

Volle Fahrtkostenerstattung

Altenkirchen. Die Vollversammlung der Oberstufe des Westerwald-Gymnasiums Altenkirchen verabschiedete einmütig eine Resolution gegen die Streichung der Fahrtkostenerstattung durch die Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Die Vollversammlung fordert: "Volle Erstattung der Fahrtkosten für alle Schüler!"

Wie die Geschichte mit der „ZU" weiterging

Die Heilbronner Gefängniszeitschrift "ZU", über deren Verbot wir in der letzten Nummer berichteten, darf unter einschränkenden Bedingungen vorläufig weitererscheinen. Die Zeitung war verboten worden wegen ihrer scharfen Kritik an einem Richter namens Auwärter, der in einem Brief an die Gefangenen Todesstrafe und Kastration als erfolgreiche Mittel der Rechtspflege empfehlend in Erinnerung gebracht hatte.

Der Brief des Richters hatte einige öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen und so war das Justizministerium in keiner gar zu starken Position. Der Pressesprecher des Ministeriums erklärte denn auch von Anfang an, daß man die Sachen gütlich ins Reine bringen wollte. Dazu wurden zunächst die gefangenen Redakteure unter Druck gesetzt mit Strafanzeigen wegen Verleumdung und übler Nachrede. Ein Gefangener, der einen Entmündigungsantrag gegen den Richter Auwärter gestellt hatte, wurde gemaßregelt: Er wurde aus dem Freigängervollzug abgelöst und verlor dadurch, zwei Monate vor seiner Entlassung, den Arbeitsplatz.

So vorbereitet fand am Montag, den 8.9. ein vom Justizministerium anberaumtes "klärendes Gespräch" statt, Teilnehmer waren der Anstaltsleiter, der Leiter der Abteilung Strafvollzug im Justizministerium, der Pressesprecher des Ministeriums, der Gefängnisbeirat, der evangelische Anstaltspfarrer, der Vorsitzende des Gefangenenrates und die Redakteure. Eröffnet wurde die Sitzung mit Referaten der beiden Herren vom Justizministerium, die auf Einschüchterung der Redakteure angelegt waren.

Nach dreieinhalb Stunden gelang es, die Redaktion auf eine Erklärung zu verpflichten, die ein Wiedererscheinen der Zeitung möglich machen sollte.

Dabei wurde deutlich, daß den Herren im Justizministerium erstens daran lag, weiterhin stolz auf die sechs in Baden-Württemberg erscheinenden "unzensierten" Gefangenenzeitungen hinweisen zu können, und wohl auch vor allem die leidige Auwärter-Sache damit aus dem Blickpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit zu kriegen, und zweitens die Redaktion zu einer Art Kniefall zu bekommen, mit dem Justizministerium und Anstaltsleitung ihr Gesicht wahren konnten und die Redakteure für die nächsten Monate erst mal ausreichend eingeschüchtert waren.

Wenn sie auch viel erreichten, so doch nicht alles. Eine ursprünglich geplante "Schamfrist" von drei Monaten, während derer die Zeitung verboten bleiben sollte, fiel weg. Folgende Erklärung wurde sinngemäß verabschiedet: Die Redaktion erklärt, daß sie die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die Vollzugsordnung achtet, und daß sie, wie es in ihrer Satzung festgehalten ist, keine Sachen mit strafbarem Inhalt veröffentlicht. Die Redaktion erklärt zweitens, daß in der Heilbronner Anstalt "die Menschenwürde" nicht "mit Füßen getreten" wird, behält sich aber vor, weiterhin für einen menschenwürdigeren Strafvollzug einzutreten. Drittens wird gesagt, daß die "ZU" ab sofort wieder unzensiert erscheinen kann, und viertens, daß für eine Übergangszeit das Heft vor seinem Vertrieb von einem Bediensteten der Anstalt im Auftrag des Anstaltsleiters durchgeschaut wird. Gegenüber dem Rundfunk erklärte das Justizministerium, daß dies ja keine Zensur sei, da das Heft vorher ohne Zensur hergestellt werde. In einer weiteren nicht veröffentlichten Abmachung wurde bestimmt, daß für einen Fall die Berichterstattung über eben diesen Fall vorher dem Anstaltsleiter vorgelegt werden muß.

Die Strafanzeigen und die Maßregelung bleiben aufrechterhalten. Der Auslöser der Geschichte, der Richter Auwärter, bleibt ungeschoren.

Inzwischen hat aus der Justizvollzugsanstalt Rottenburg die Redaktion der dortigen Gefangenenzeitung "Das Fenster" eine Solidaritätserklärung an die Presse geschickt, aus der wir im folgenden zitieren:

"Die Redaktion des 'Fenster' grüßt ihre Kollegen in Heilbronn. Sie protestiert gegen das Verbot dieser ausgezeichneten Gefangenenzeitung und 'fordert ihre sofortige, bedingungslose Wiederzulassung und die Einstellung aller rechtlichen und Disziplinarmaßnahmen gegen die Gefangenen, die diese Zeitung benutzt haben, um frei ihre Meinung zu sagen.

Obwohl 'Das Fenster' einer Vorzensur unterliegt, wird die 'Fenster'-Redaktion das in ihrer Möglichkeit Stehende tun, um wie die Redaktion von 'ZU' die Wahrheit über den Strafvollzug auszusprechen und den Gefangenen eine Plattform zu geben, ihre rechtlose und unmündige Lage zu verändern.

Redaktion 'Das Fenster'
Rottenburg, den 7.9.1975
Mit freundlichen Grüßen J.Noth"

Schikane wurde nicht geschluckt

Die Soldaten nehmen sich ihre Pause / Eintreten der Vertrauensmänner für die Interessen der Kollegen

München (Kronprinz-Rupprecht-Kaserne). Am 3. September mußten Teile der 4. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 243 über sieben Kilometer am Vormittag zum Standortübungsplatz marschieren, um dort ein Übungsschießen mit Gewehrgranaten durchzuführen, obwohl früher dieselbe Übung auf dem neben der Kaserne liegenden Sportgelände ebenso gut abgehalten wurde. Nachdem jeder Soldat drei Granaten abgefeuert hatte, befahl der leitende Leutnant Thurner einen zweiten Durchgang, obgleich der zweite Vertrauensmann, Gefreiter Hoffmann, ihm erklärte, daß dann die Soldaten nicht rechtzeitig in die Kaserne zurückkommen würden.

So war es dann auch. Zwar marschierten wir in einem höllischen Tempo zurück, kamen aber trotzdem 25 Minuten nach Beginn der Mittagspause in der Kaserne an. Leutnant Thurner war das sehr wohl bewußt, er dachte aber nicht im geringsten daran, uns die 25 Minuten zuzugestehen, die wir an dem schwülen Tag auch dringend benötigten. Stattdessen verschwand er schleunigst im Offizierskasino. Auch die anderen Herren der Kompanieführung waren schon längst zeitig bei Mittag. Somit war niemand da, der uns die zustehende Pause von einer Stunde zugestehen konnte. Das wollte auch keiner von ihnen.

Die Soldaten nehmen sich ihre Pause

Etwas über 20 der 30 am Schießen beteiligten Soldaten dachten gar nicht daran, die Pausenverkürzung hinzunehmen und blieben 15 Minuten länger in der Kantine, als es der Dienstplan vorschrieb. Sofort kamen Anrufe aus der Kompanie und der Kantinenwirt rief aus: "Teile der 4. Kompanie sofort in die Kompanie zurück!" Das beeindruckte die Soldaten gleich gar nicht und sie gingen dann gemächlich – nach 15 Minuten – in das Kompaniegebäude zurück, wo ihnen ein Feldwebel entgegenkam, der offensichtlich sie holen sollte. Nach überheblicher Vorgesetztenmanier brüllte er: "Jetzt aber im Laufschritt!", was keinerlei Wirkung zeitigte.

Wir wurden dann in den Unterrichtsraum geführt, wo Oberleutnant von Plotho schon längst den Unterricht begonnen hatte. Er konnte es sich nicht verkneifen, uns Vorhaltungen zu machen, daß wir uns an den Dienstplan zu halten hätten und daß wir mit Konsequenzen zu rechnen hätten. Es meldete sich der zweite Vertrauensmann und er erhielt das Wort. Er erklärte, daß die Soldaten einen Anspruch auf eine Stunde Pause hätten und sich dieses Recht auch nicht nehmen ließen. Schließlich konnten sie den Dienstplan nicht einhalten, weil der Leutnant nicht zeitig in die Einheit einrücken ließ. Mehrmals versuchte der Oberleutnant den Vertrauensmann zu unterbrechen, er konnte sich schließlich nicht mehr anders helfen als zu schreien: "Halten Sie Ihren Mund!"

Das wurde von dem Gefreiten Hoffmann nicht akzeptiert, er vertrat weiterhin den Standpunkt der Mannschaften, was auch die anderen Soldaten für einzig richtig hielten. Daraufhin befahl der Offizier einem Feldwebel: "Nehmen Sie den Mann fest und schaffen Sie ihn in die Zelle!" Der Feldwebel schaffte den Gefreiten Hoffmann in das Zimmer des Kompaniechefs. Mit dem Kompaniechef kam es dann zur gleichen Auseinandersetzung, der aber dann trotzdem die vorläufige Festnahme aufhob.

Im Gegensatz zu dem grobschlächtigen und unbeherrschten Oberleutnant hatte Hauptmann Doblanski klar erkannt, daß das Einsperren des Vertrauensmannes große Unruhe und Widerstand der Mannschaften hervorgerufen hätte.

"Die Wehrpflichtigen haben nur Anspruch auf Urlaub, sonst gar nichts!"

Er hatte richtig gesehen, daß sein Übungsvorhaben in den folgenden fünf Tagen zerplatzt wäre, wo sich seine Kompanie vor 300 Offizieren in einer Lehrvorführung "gut verkaufen" sollte, was ihm das Lob seiner Vorgesetzten einbringen sollte.

Das bestätigten dann auch die Gespräche der Soldaten nach dem Unterricht. Selbst ein geduldiger Soldat, der bestimmt schon vieles widerstandslos hingenommen hatte, sagte: "Wenn die den eingesperrt hätten, hätten die sich ihr Manöver abschreiben können."

Der Hauptmann ging dann mit dem Vertrauensmann in den Unterrichtsraum und herrschte die Soldaten an, daß sie überhaupt keine Rechte und Ansprüche hätten, außer auf Urlaub, Nachtausgang bis 22 Uhr und auf "würdige" Behandlung, womit er meinte, daß man nicht täglich beleidigt würde. Sonst gebe es keine Rechte, alle anderen Zugeständnisse wären fürsorgliche Maßnahmen von ihm, beispielsweise Nacht- und Wochenendausgang, die er jederzeit streichen könne.

Besser kann man gar nicht die Rechtlosigkeit der Soldaten entlarven, als es der Kompaniechef selbst tat. Entsprechend war die Empörung der Soldaten, die um so mehr erkannten, wie wichtig es ist, sich Rechte gegenüber der Bundeswehrführung zu erkämpfen, indem man sie sich nimmt.

Eine Bestrafung blieb aus

In einem späteren Verhör erklärte der Hauptmann gegenüber dem Gefreiten Hoffmann, daß das Zuspätkommen ihn nicht mehr interessiere, sondern nur noch das Nichteinhalten des Redeverbots.

Bis heute erfolgten aber dazu keine Konsequenzen.

Wahrscheinlich versucht der Kompaniechef, eine Solidarisierung der Soldaten mit dem stellvertretenden Vertrauensmann zu vermeiden, wenn er ihn bestraft, und setzt darauf, daß dieser in den nächsten Tagen entlassen wird.

Die Soldaten konnten das als vollen Erfolg verbuchen und erkannten, daß die "Allmacht" der Offiziere in dem Zusammenschluß der Mannschaften ihre Grenzen findet. – (Soldat X.Y., Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee München)



Zu Beginn eines 20-Kilometer-Marsches

Hildesheim

Aktionen gegen chilenischen Offizier

Helmut Kraushaar, Oberstleutnant der chilenischen Militärjunta, wird ausgebildet in der Hildesheimer Mackensen-Kaserne. Dies entdeckte der Wachhabende, als er den Ausweis des in Bundeswehruniform getarnten chilenischen Offiziers kontrollierte. Sofort alarmierte er die westdeutschen Zeitungen, und am 6. und 8. September konnte man es in der "Frankfurter Rundschau", dem "Spiegel" usw. lesen. Minister Leber wimmerte: Ich bilde keine Mörderbande aus! Doch schon am 7. September beschossen ihn auf dem Delegiertentreffen in Baden-Württemberg 215 Delegierte der SPD mit der Forderung, daß es künftig keine Ausbildung von chilenischen Offizieren in der BRD geben dürfe.

Leber wußte von der Anwesenheit Kraushaars sehr wohl, genau wie die gesamte BRD-Regierung davon weiß, daß sie bislang 1,073 Milliarden an die Junta überwiesen hat. Alles, um das in Chile angelegte westdeutsche Kapital zu sichern. Deshalb auch die Ausbildung solcher Juntaoffiziere hier.

Helmut Kraushaar hat kein schönes Leben mehr in Hildesheim. Er wohnt zwar im plüschigen Offizierskasino der Bundeswehr und wird verhätschelt vom Brigadekommandeur Hoffmann, doch in der Nacht am 12. September um 23 Uhr wurden Kraushaar und seine Offiziersmänner bei ihrem nächtlichen Menü gestört. Obwohl jeden die Eintrittskarte 50 DM gekostet hatte, mußten sie sich um 23 Uhr über die 250 Demonstranten vor ihrem Heim ärgern.

Nach einer Veranstaltung mit einem Vertreter der CUT (MAPU) wurde in Erfahrung gebracht: Kraushaar ist im Offizierskasino. Aus allen Richtungen kamen dann Leute angefahren und formierten einen Demonstrationszug zum Offizierskasino. Dieser Demonstrationszug vereinigte Jusos wie DKP-ler und KBW-ler. Alle waren sich spontan einig: Kraushaar raus! Vor dem Kasino ertönten Sprechchöre und wurde eine Delegation ernannt, die einmal anklingeln sollte und fragen sollte, ob nicht einer von denen da drinnen mal was zu diesem Chile-Offizier sagen wolle. Doch die Fenster wurden verriegelt, und die Party lief aufgeregt durcheinander. Ein Pressefotograf, der die Visage von Kraushaar eingefangen hatte, wurde unsanft aus dem Haus geworfen und der Film vernichtet. Doch berichten konnte dieser Fotograf, daß nicht nur Offiziere, sondern auch der Stadtdirektor Schöne und Bürgermeister Klinge bei dieser Party hofierten.

Die spontane Einheit der Demonstranten stand auf schwachen Füßen und wurde nach einer halben Stunde auf ihre Probe gestellt. Was sollte weiter passieren?

Der KBW hatte vorgeschlagen: Gegen die Anwesenheit von Kraushaar muß die Ratssitzung am Montag, den 15. September, genutzt werden. Dort solle auch die SPD-Fraktion den Vorstandsbeschluß der SPD Hildesheim vom 10. September nach Abzug von Kraushaar vortragen. Vor'm Rathaus solle eine Kundgebung stattfinden. Dagegen wurde erhoben: Keine spektakulären Aktionen. Abgelenkt werden soll von der Tatsache, daß es schließlich SPD-Minister sind, die diese Unterstützung betreiben. Gemeinsam wurde jedoch eine Presseerklärung aufgesetzt mit der Forderung: Kraushaar raus! Dies ist gut und richtet sich bereits gegen den westdeutschen Staat. Weiter muß man dafür eintreten, daß jegliche Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung eingestellt wird.

Auch der Kreisvorstand des DGB verabschiedete eine Resolution gegen die Anwesenheit des Juntaoffiziers, die am 15. September in der "Hildesheimer Allgemeine Zeitung" veröffentlicht wurde.

Bürgermeister Klinge läßt den Ratssaal räumen!

Die Sitzung des Rates am 15. September wurde eine sehr unruhige Sitzung. Es wurden drei Transparente schweigend hochgehalten mit den Forderungen: Kraushaar raus! Nieder mit der Junta! Keine Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung! Dies war Klinge bereits ein Dorn im Auge. Zunächst wurde die Sitzung unterbrochen, da wir uns weigerten, die Transparente zusammenzurollen. CDU-Landtagsabgeordneter Theyssen sprang geifernd auf und zerriß mit den Worten "Wir müssen die Demokratie retten!" das Transparent "Nieder mit der Junta!" Doch er alleine war nicht überzeugend genug. Klinge ließ die Polizei anrücken, die mit dem überzeugendsten Argument, dem Polizeiknüppel und dem Polizeihund, aufwarten mußte. Ich wurde nach einigem Hin und Her verhaftet wegen Hausfriedensbruch. Die Ordnung konnte wieder hergestellt werden. Über 200 Menschen sammelten sich dann vor dem Rathaus und in der Stadt. "Solange die da oben sind, gibt es keine Demokratie!" Das waren nicht wenige, die so ihren Protest zum Ausdruck brachten.

Die SPD-Fraktion verhielt sich während der Polizeiaktion äußerst "friedlich". Sie schwieg. Sie applaudierte nach dem Polizeieinsatz gemeinsam mit den Jusos, als sich Klinge bei der Polizei für die gute Arbeit der Ordnungshüter bedankte. Der SPD geht es nicht um den Abtransport des Juntaoffiziers, sie kann dies auch gar nicht, denn mit der Forderung: Kraushaar raus! richtet sie sich gegen den Verteidigungsminister Leber, der ja ihr Parteimitglied ist.

Daß es der SPD nicht um den Rausschmiß des Juntaoffiziers geht, wird daran deutlich, daß die Ratsherren Rössig und Bange von den Jusos aufgefordert worden sind, in der Ratssitzung die Forderung vorzutragen: Kraushaar raus! Dagegen sprach sich jedoch die SPD-Fraktion aus. – (J. Meier, Hildesheim)

Ein menschenverachtender Schinder

Oberleutnant von Plotho nennt einen Soldaten einen "Idioten"

München. (Kronprinz-Rupprecht-Kaserne). In der 4./PzGrenBtl. 243 tat sich der Zugführer Oberleutnant von Plotho besonders damit hervor, daß er einen Untergebenen in niederträchtiger Weise beschimpfte und beleidigte. So nannte er ihn gleich mehrmals einen Idioten, weil der Soldat den Gleichschritt nicht aufnehmen konnte; später beschimpfte er den Kameraden auch noch als einen "stinkenden Idioten" und klopfte solch verächtliche Sprüche wie: "Es gibt einen Spruch: Was man nicht im Kopf hat, hat man in den Beinen. Sie haben es nicht einmal in den Beinen!"

Diese Bloßstellungen geschahen vor dem versammelten Zug. Die Kameraden waren zutiefst empört darüber. Einhellig waren sie der Ansicht, daß der betroffene Soldat mindestens eine Beschwerde darüber schreiben müsse, wenn nicht sogar vor Gericht gehen solle. Schließlich handelte es sich um einen der wenigen Fälle, die die Bundeswehrführung und der bürgerliche Staat ahnden müssen, um den Schein von menschenwürdiger Behandlung der Wehrpflichtigen aufrechtzuerhalten. So sieht der § 31 Wehrstrafgesetz für vorsätzliche entwürdigende Behandlung von Untergebenen Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren vor. Das hätte dem Oberleutnant den Kopf gekostet, was sich die Mannschaften gar nicht inniger wünschten, kannten sie den Offizier doch als einen Menschenschinder.

Der Kompaniechef zwingt den Soldaten zur Rücknahme der Beschwerde

Nach Bekanntwerden des Vorfalls nahm der Kompaniechef, Hauptmann Doblanski, den beleidigten Soldaten aus dem Zug des Oberleutnant von Plotho heraus und steckte ihn in den Kompaniefeldwebeltrupp, wo er vergleichsweise nur noch leichte Arbeiten verrichten braucht.

Der beleidigte Soldat reichte trotzdem eine Beschwerde ein Nach Erhalt der Beschwerde schickte der Hauptmann den Soldaten zu Oberleutnant von Plotho, damit sich der formell entschuldigte. Außerdem brachte er den Soldaten unter Androhung, daß er wieder in den Zug eingegliedert wird, dazu, schriftlich zu erklären, daß er die Beschwerde zurücknimmt. Der betroffene Soldat ist ziemlich unbeholfen und ängstlich und deshalb hatte die Kompanieführung ein leichtes Spiel mit ihm.

Der Kompaniechef deckte damit einen seiner Offiziere und machte sich auch strafbar nach § 35 des Wehrstrafgesetzes, wonach die Unterdrückung von Beschwerden durch Drohungen oder Versprechen auch mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren geahndet wird. Dieses einzige legale Mittel, sich gegen Vorgesetzte zu wehren, muß der bürgerliche Staat schützen, will er den Betrug vom "Staatsbürger in Uniform" auch nur annähernd rechtfertigen.

In der Bundeswehr ist es nicht die Ausnahme, sondern die Regel, daß die Offiziere menschenverachtende Schinder und Antreiber der Mannschaften sind. Dagegen haben die Wehrpflichtigen fast keine legalen Mittel. Ihnen werden kaum Rechte zugestanden, während die Gesetze und Vorschriften fast immer den von oben eingesetzten Offizieren Recht geben; mehr noch, sie zum strengen Durchgreifen verpflichten.

Die Vertrauensmänner berichten an den Wehrbeauftragten

In der 4. Kompanie wollen die Soldaten die Angelegenheit nicht hinnehmen. Die Vertrauensmänner haben inzwischen an den Wehrbeauftragten eine Eingabe eingereicht, die den Fall aufzeigt.

Die Soldaten erwägen auch als weitere Maßnahme Anzeige gegen den Oberleutnant von Plotho zu erstatten. – (Soldat XY, Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee München)

Hörschaden

Offizier wirft scharfe Handgrahate DM 12 auf die Theke

Stetten a. k. M. (Südschwarzwald). Am Abend des 3.9.1975 wurde in der Unteroffiziersbar der 2. /294 Stetten a.k.M. ein "Feuerwerk" veranstaltet, bei dem ein Soldat zum Glück nur leicht verletzt wurde.

Gegen 24 Uhr wurde von einem der anwesenden besoffenen Offiziere eine Übungshandgranate DM 12 auf die Theke geworfen. Der Kamerad, der zu dieser Zeit "Barkeeper" machen mußte, räumte gerade leere Flaschen hinter der Theke auf. Als er sich aufrichtete, sah er die Granate und nahm sie in die Hand, da er ja nicht wußte, daß sie entschärft war. Einer der Unteroffiziere, die schon hinausgelaufen waren, konnte ihm gerade noch zurufen, er solle die Granate wegwerfen. Die Granate explodierte einen Meter neben dem Kameraden. Er wurde zur Seite geschleudert und erlitt einen Hörschaden. Doch die Herren Unteroffiziere und Offiziere hatten noch nicht genug. Sie warfen gleich noch zwei Granaten in die Bar. Anschließend rannten sie durch das Kompaniegebäude, schrieen und tobten, brüllten "ABC-Alarm" und versprühten Tränengas. Die Kameraden im zweiten Stock, die aufgewacht waren, bekamen die Wirkung des Gases zu spüren. So unterschiedlich geht es bei der Bundeswehr zu. Bei uns, der Mannschaft, wird bei jeder Kleinigkeit gebrüllt und getobt. Ist ein Knopf offen oder die Schuhe nicht sauber geputzt oder sind Falten im Bette oder die Haare ein bißchen zu lang, ja da können die Herren Unteroffiziere und Offiziere mit ihren Befehlen und Vorschriften ankommen. Wenn aber sie aus Gaudi Menschen gefährden, so wird das dann kurz abgehandelt. Ganz abgesehen davon, daß wir Soldaten immer kontrolliert werden; auf dem Schießstand heißt es sogar, daß wir bestraft werden, mit Gefängnis bis zu zehn Jahren, wenn jemand Munition oder Munitionsteile mitnimmt. Dieser Vorgang hat vielen Soldaten gezeigt, daß bei der Bundeswehr Soldaten und Offiziere zweierlei Paar Stiefel sind. – (ein Soldat aus Stetten)

Soldaten gegen den Paragrafen 218

Munster. Während eines Truppenübungsplatzaufenthaltes in Munster unterschrieben 31 von insgesamt 40 Soldaten der Beobachtungsbatterie 3 die Forderungen der Komitees gegen den § 218.

Auf der 7. Sondervollversammlung der UNO:

Die Entwicklungsländer kämpfen für eine neue Weltwirtschaftsordnung

Auf der 7. Sondervollversammlung der UNO zur Errichtung einer neuen weltwirtschaftlichen Ordnung haben die Vertreter der Entwicklungsländer dargelegt, daß die bestehende kapitalistische Ordnung der Weltwirtschaft die Ursache für die Armut und das Elend in ihren Ländern ist. Die Vertreter der Dritten Welt haben bekräftigt, daß die Entwicklungsländer in ihrem Kampf für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft und der Errichtung einer neuen weltwirtschaftlichen Ordnung ihre Einheit und Zusammenarbeit verstärken, die Landwirtschaft entwickeln und auf die eigenen Kräfte vertrauen müssen.

"Jeden Tag vertieft und verbreitert sich der Graben zwischen den armen und den reichen Ländern, zwischen den Ländern, die die Kontrolle ausüben, und denen, die von ihnen kontrolliert werden. Dieser Zustand wird schon heute als eine Bedrohung für die gesamte Menschheit, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit angesehen", erklärte der pakistanische Vertreter. Dieser Feststellung, die von allen Vertretern der Dritten Welt geteilt wurde und die selbst der französische Außenminister nicht zu leugnen wagte, wurde heftig widersprochen von den Vertretern der beiden Supermächte. Der Vertreter der sozialimperialistischen UdSSR behauptete, es würde nicht stimmen, daß sich die Welt in arm und reich teile, und der Vertreter der US-Imperialisten erklärte, daß nicht die Industrieländer an der Armut in den Ländern der Dritten Welt schuld seien. Die Preiserhöhungen der Ölförderländer seien die Ursache für die wirtschaftliche Krise der entwickelten Länder, behaupteten die Vertreter der imperialistischen Staaten. Ihr Versuch, einen Keil zwischen die Ölländer und die übrigen Staaten der Dritten Welt zu treiben, schlug aber fehl.

Gegen diese Behauptung traten zahlreiche Vertreter der Dritten Welt auf. Der Vertreter Kuweits erklärte: "Im Verlauf dieser Debatte hat man gesagt, daß die alte weltwirtschaftliche Ordnung nicht zerstört worden sei durch die imperialistische Ausplünderung, sondern durch die willkürliche und monopolistische Preiserhöhung der ölexportierenden Länder. Nichts ist weiter entfernt von der Wahrheit als diese Feststellung. Die Ölförderländer haben eine Ungerechtigkeit beseitigt mit den Maßnahmen, die sie ergriffen haben. Diese Ungerechtigkeit herrschte länger als 20 Jahre." Der Vertreter Kameruns hielt den Imperialisten entgegen: "Die Festsetzung der Preise für Rohstoffe hat sich praktisch hergestellt ohne die Zustimmung der Produzenten dieser Produkte." Der Vertreter Senegals fügte hinzu: "Der Senegal hat immer die Verschlechterung der Handelsbedingungen angegriffen, als einen schweren Tribut, mit dem wir für das nur scheinbar freie Spiel der Kräfte zahlen müssen." Der peruanische Vertreter stelle fest, daß zunächst die volle Souveränität über die Bodenschätze und Naturreichtümer durchgesetzt werden müsse. Das sei die Voraussetzung, um eine neue weltwirtschaftliche Ordnung zu errichten.

Aus ihrer Analyse der bestehenden weltwirtschaftlichen Ordnung zogen die Entwicklungsländer den Schluß, daß sie ihre Ziele nur erreichen können, wenn sie sich selber fester zusammenschließen und im Vertrauen auf die eigene Kraft ihre nationale Wirtschaft entwickeln.

Die Länder der Dritten Welt wollen ihre Einheit verstärken und die Zusammenarbeit verbessern

Vertreter von Mauritius, ein Staat, der gerade das Joch der Kolonialherrschaft abgeworfen hat, sagte: "Nur wenn die armen und unterdrückten Länder sich zusammenschließen, können sie den großen Mächten die Stirn bieten." Der Vertreter Pakistans stellte fest: "Die Ziele, die mit der Errichtung einer neuen weltwirtschaftlichen Ordnung verbunden sind, erfordern eine größere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Dritten Welt, um die Entwicklung im Vertrauen auf die eigene Kraft zu beschleunigen." Der Vertreter Nigerias führte das Beispiel der westafrikanischen Staaten an: "Die nigerianische Regierung hat ihre Zufriedenheit ausgedrückt angesichts der Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten. Sie wünscht dieser regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit den vollen Erfolg."

Als Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung nannten viele Vertreter der Dritten Welt die Landwirtschaft. Die Landwirtschaft sei der Schlüssel für den Aufbau der nationalen Wirtschaft, wurde festgestellt. Der Vertreter Kenias zum Beispiel erklärte: "Man darf nicht vergessen, daß die Landwirtschaft der Eckpfeiler der nationalen Wirtschaft vieler Entwicklungsländer ist und daß sie das noch während einer langen Zeit sein wird." Um die elementaren Bedürfnisse der Völker zu befriedigen und um einen Beitrag im Kampf gegen den Hunger, der die Menschheit bedroht, zu leisten, muß der Landwirtschaft besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, war die Auffassung des Vertreters des Tschad.

Ieng Sary, der Vertreter des befreiten Kambodscha, hat die Lage und die aktuellen Aufgaben zusammengefaßt. Er zeigte, wie sich Kambodscha im Vertrauen auf die eigene Kraft mit der Unterstützung aller friedliebenden Völker der Welt von der Herrschaft des Imperialismus befreit hat und wie das Land jetzt von dem kambodschanischen Volk ebenso entschlossen wieder aufgebaut wird. Dabei sei die Landwirtschaft die Grundlage und die Industrie der führende Sektor. Wörtlich sagte dann der Vertreter Kambodschas: "Die Länder, die von der Wirtschaftskrise am heftigsten betroffen sind, sind die Länder der Dritten Welt. Sie sind zutiefst unzufrieden und enttäuscht. Die politische Freiheit ist für sie nicht begleitet von der wirtschaftlichen Freiheit. Den Entwicklungsländern ist diese Lage bewußt. Sie haben ihre Anstrengungen vereinheitlicht, um eine neue internationale Wirtschaftsordnung auf der Grundlage der Gleichheit und Gerechtigkeit zu schaffen. Seit der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Algier im September 1973 haben wir bedeutende Schritte gemacht, um diese neue Ordnung durchzusetzen. Die Annahme der Erklärung und des Aktionsprogramms auf der 6. Sondervollversammlung der UNO, die Annahme einer Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten auf der 29. Vollversammlung der UNO, die Resolutionen, die auf der Konferenz von Dakar und kürzlich auf der Konferenz von Lima beschlossen wurden, bilden die wichtigsten Stufen im Kampf, den die Entwicklungsländer für ihre wirtschaftliche Befreiung führen. Aber diese Erfolge dürfen uns nicht vergessen lassen, daß der Weg, der noch zurückzulegen ist, lang, schwierig und komplex bleibt. Um ihn tatsächlich zurückzulegen und an unserem Ziel anzukommen, müssen wir unseren schweren Kampf noch entschlossener und noch geschlossener fortsetzen. Die Imperialisten, Kolonialisten und Neokolonialisten werden es nicht daran fehlen lassen, immer neue Hindernisse zu errichten gegen die Bemühungen, die internationale Zusammenarbeit zu entwickeln. Die Erfahrung, die die Nation und das Volk von Kambodscha gemacht und mit ihrem Blut bezahlt hat, lehrt uns, daß es notwendig ist, entschlossen den Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus zu bekämpfen, wenn das Ziel, die Konsolidierung und Entwicklung der Wirtschaft und eine fruchtbare Zusammenarbeit mit den Ländern, erreicht werden soll. Es ist dazu unerläßlich, daß jedes Land seine nationale Souveränität und seine territoriale Integrität durchsetzt, daß es entschlossen an den Prinzipien der Unabhängigkeit und Souveränität festhält und dabei in erster Linie auf seine eigene Kraft vertraut. Auf der Basis dieser Prinzipien ist es erforderlich, die Einheit aller fried- und freiheitsliebenden Länder zu verwirklichen, besonders die Einheit der blockfreien Länder unter Wahrung der Gleichheit, des gegenseitigen Respekts, des Verzichts auf die Einmischung in die inneren Verhältnisse, der Zusammenarbeit zu gegenseitigem Nutzen und der friedlichen Koexistenz."

Nach seinem Beitrag erhielt Ieng Sary großen Beifall. Zahlreiche Delegierte, besonders aus der Dritten Welt, kamen an den Platz der kambodschanischen Delegation, um die Vertreter des heldenhaften kambod schanischen Volkes mit einem herzlichen Händedruck zu begrüßen und das kambodschanische Volk für seinen großen Sieg zu beglückwünschen. (Nach Hsinhua, 8., 10., 12. September)

Nordamerikanische Bergarbeiter fordern Recht auf Durchführung von selbständigen Streiks



Hannover. Demonstration gegen die Todesurteile von Burgos. Die Polizei konnte die Protestaktionen nicht zerschlagen. Sie war vollständig isoliert und erlitt eine empfindliche Niederlage.

Büttel für Franco

In Hannover kann die Polizei eine Demonstration nicht zerschlagen

Am Mittwoch, den 10. September, demonstrierten in Hannover 200 deutsche und spanische Kollegen, Lehrlinge, Schüler und Studenten gegen die Todesurteile gegen zwei Freiheitskämpfer in Spanien.

Die Demonstration führte zum spanischen Konsulat. Mit einem riesigen Aufgebot an Polizeistreitkräften auf Pferden, mit Mannschafts- und Räumwagen hatte man das Konsulat festungsmäßig abgeriegelt. Nach der Kundgebung des "Komitees gegen die Todesstrafen" sammelten sich zahlreiche Demonstranten vor den Sperrketten der Polizei und empörten sich in lauten Rufen: "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten". Sie wollten nicht hinnehmen, daß der westdeutsche Staat sich vor die Henkersknechte der Franco-Diktatur in Hannover stellt.

Daraufhin ging die hannoversche Polizei mit Knüppeln, Pferden und CN-Kampfgas gegen die Versammlung vor. Uniformierte und zivile Greiftrupps verfolgten Demonstranten und Passanten bis in die anliegenden Straßen und schlugen auf die am Boden Liegenden noch mit Funksprechgeräten und Megafonen ein. Vier Kollegen wurden verhaftet, darunter ein spanischer Kollege. Zahlreiche Menschen wurden zum Teil erheblich verletzt. Den Polizeiüberfall machte der Ortsverband des KBW schnell in einer öffentlichen Anklage in Flugblättern und auf Plakaten breit bekannt. Für den folgenden Samstag wurde zu einer Kundgebung um 10 Uhr auf der Georgstraße aufgerufen.

Als wir am Samstagmorgen zum Kundgebungsplatz kamen, standen dort bereits etwa fünfzehn zivile Spitzel, die in ganz Hannover wegen ihrer großen Schnüffelnasen bekannt sind. Ebenfalls anwesend der spanische Konsul, geschützt in einem Polizeiwagen vor den Angriffen und der Empörung der Demonstranten.

In mehreren Beiträgen des "Komitees gegen die Todesstrafen" und der Ortsgruppe des KBW wurde über die Lage in Spanien und die Kämpfe der spanischen Arbeiterklasse berichtet. Schnell bildeten sich größere Trauben, die aufmerksam der Kundgebung gegen die Todesstrafen folgten.

Wie auf ein Stichwort erschien die Polizei und untersagte die weitere Benutzung der Lautsprecheranlage. Während wir die Beiträge weiter hielten, versuchte die Polizei über eine halbe Stunde, die Kundgebung aufzulösen und die schnell größer werdende Versammlung nach Hause zu schicken. In einer Abstimmung bei einer Gegenstimme nahmen wir uns das Recht, die Kundgebung weiterzuführen. Ständig sammelten sich mehr Menschen an. Ein Heimatvertriebener nahm gegen unsere Kundgebung Stellung und meinte, wir sollten doch lieber gegen die Besetzung der ostdeutschen Länder protestieren. Darauf ging sofort ein etwa siebzigjähriger Rentner an das Mikrofon und sagte: "Die Teilung unseres Landes verdanken wir ja gerade dem Faschismus, der im Zweiten Weltkrieg die Länder Europas mit Krieg und Terror überzogen hat. Darum müssen wir auch gegen die Franco-Diktatur kämpfen." Viel Beifall kam für diese Klarstellung.

Dann begann der Einsatz gegen die Lautsprecheranlage und die Megafone. Rücksichtslos brach die Polizei durch die Menschenmenge. Eine alte Frau wurde einfach umgerannt. Ein großes Pfeifkonzert und Empörung brach über der Polizei zusammen.

Dieser Einsatz wurde zu einer totalen Niederlage. Weder kam sie in den Besitz der Lautsprecher und der Megafone, noch gelang es ihr, die Kundgebung zu beenden. Ein Polizist fiel im Gegenteil in den Leimeimer eines Klebetrupps und verschmierte noch zwei andere Polizisten. Ein anderer rutschte auf dem Leim aus und war ebenfalls von oben bis unten verklebt. Mit hängenden Köpfen mußten sie geschlagen und isoliert durch ein Spalier von Menschen zu ihrem Einsatzwagen zurück unter den Rufen: "Hoch die internationale Solidarität!" "Keine Unterstützung der Franco-Diktatur durch die BRD und die Bundesregierung!" Ein verspätet eintreffender Greiftrupp hatte völlig den Überblick verloren. Durch ein Spalier der Verachtung mußten auch sie kläglich den Platz räumen.

Inzwischen hatten sich etwa 500 bis 600 Menschen über den ganzen Platz und die Straße versammelt. Der Einsatz der Polizei wurde breit verurteilt. Sie war völlig isoliert und räumte wenig später bis auf die Spitzel das Feld.

In den weiteren Beiträgen stellten wir heraus, daß die Polizei nicht von ungefähr gegen die Bewegung gegen die Todesstrafe vorgegangen ist. Die westdeutsche Bourgeoisie hält brüderliche Beziehungen zu den Franco-Faschisten. Mit den Bajonetten der Franco-Diktatur scheffelt sie große Profite in ihren spanischen Fabriken. Die Aufgabe der Bundesregierung besteht darin, ein "freundliches Klima" zu sichern. Der Polizeieinsatz in Hannover liegt in der politischen Verantwortung des kommunalen Rates, an seiner Spitze der Oberbürgermeister Schmalstieg, vor wenigen Jahren noch "radikaler" Jungsozialist.

Während viele Führer der SPD sich gezwungen sahen, Solidarität in Worten gegen die Todesstrafen in Spanien zu üben, hat dieser Herr es für richtig befunden, die Polizei gegen eine gerechte Sache auf die Straße zu hetzen.

In einer gerechten Sache kann man sie gut schlagen. Sie haben nicht mehr viele Freunde im Volk. – (U., Ortsgruppe Hannover)

US-Bergarbeiter streiken

Charleston, West-Virginia/USA. Ein spannungsgeladener, über einen Monat andauernder selbständiger Streik, der von Minenarbeitern in Charleston ausgelöst wurde, hat zum Stillstand etwa der Hälfte aller Kohlebergwerke in den USA geführt. Die Arbeiter von Charleston bekamen dabei von 70 000 Kollegen Unterstützung. Anlaß war die Entlassung eines betrieblichen Gewerkschaftsführers, 'weil er sich in die Betriebsleitung eingemischt habe'. Er hatte mit seinen Arbeitskollegen über eine von den Bergwerksbossen angeordnete Änderung im Arbeitsprozeß und über die Arbeitsbedingungen diskutiert. Die 200 Arbeiter starke Belegschaft ging darauf in den Streik mit Forderungen nach besseren Arbeitsplatzbedingungen, Sicherheitsvorkehrungen und Recht auf selbständige Durchführung von Streiks.

Erst als die Führung der United Mine Workers (Vereinigte Minenarbeiter-Gewerkschaft, UMW), die von den Gerichten zu 500 000 Dollar Strafe verurteilt worden war, eine 'Bewegung zurück zur Arbeit' auslöste, begann der Streik abzubröckeln.

Ausländisches Kapital in Namibia

Das südafrikanische Vorster-Regime hält Namibia (Südwestafrika) offen für die imperialistische Ausplünderung

Die südafrikanische Regierung, die Namibia gegen den Willen des Volkes von Namibia besetzt hält, weigert sich, der Aufforderung der UNO Folge zu leisten und ihre illegale Herrschaft über Namibia zu beenden. Die Mitgliedschaft der Südafrikanischen Republik in der UNO wurde u.a. deshalb von der letztjährigen Generalversammlung der UNO aufgehoben. Das Vorster-Regime hat jetzt mit verschiedenen Häutlingen aus Namibia angeblich "Verfassungsgespräche" geführt.

Es ist das Ziel des Vorster-Regimes, in Namibia die Rassenunterdrückung zu verewigen und das Land mit seinen enormen Naturreichtümern weiterhin der Ausplünderung durch die imperialistischen Monopole zu sichern.

Die Wirtschaft Namibias hat drei Hauptmerkmale: Sie beruht auf dem Export von Rohstoffen; sie ist zweitens beherrscht durch das internationale Finanzkapital und ausländische Konzerne; sie beruht drittens auf der Ausbeutung der Arbeitskraft der schwarzen Bevölkerung von Namibia.

Die weiße Minderheit hat zwei Drittel des Landes zur "Polizeizone" erklärt. In der "Polizeizone" liegen die besten landwirtschaftlich nutzbaren Gebiete, hier lagert der Großteil aller bekannten Bodenschätze. Nur in den Städten, den Industriezentren und den Häfen der "Polizeizone" finden die schwarzen Arbeiter aus den Reservaten Arbeitsplätze. Nur die "Polizeizone" verfügt über eine ausgebaute Infrastruktur, d.h. über Straßen- und Eisenbahnverbindungen, über ein Elektrizitätsnetz und sonstige Einrichtungen.

Der Besitz der ausländischen Konzerne

Über die Hälfte des in Namibia investierten Kapitals stammt aus den imperialistischen Ländern: den USA, England und der BRD. Die wichtigsten Produktionsbereiche in Namibia sind: Bergbau, Fischerei und Landwirtschaft (in dieser Reihenfolge). Die Bedeutung des **Bergbaus** ist daran zu sehen, daß die geförderten Diamanten und Erze 60 Prozent des Wertes aller Exporte Namibias im Jahre 1970 ausmachten. Namibia ist Afrikas größter **Bleiproduzent**, zweitgrößter **Cadmium**-Produzent und drittgrößter **Zinn**produzent; Namibia ist – nach Zimbabwe – der zweitgrößte **Lithium**-Produzent und – nach den USA – der zweitgrößte **Vanadium**-Produzent der Welt. Wichtige Bergbauprodukte sind: **Diamanten, Kupfer, Eisenerze, Manganerze, Wolfram, Silber, Halbedelsteine.** 90 Prozent der **gesamten** Bergbauproduktion werden von zwei Konzernen beherrscht: die über ihre Tochtergesellschaft De Beers von der südafrikanischen **Anglo-American Corporation** beherrschte Consolidated Diamond Mines of SWA und als zweiter Konzern die **Tsumeb-Corporation,** die zu rund **73 Prozent von US-amerikanischen Firmen** kontrolliert wird. Die BRD ist im Bergbaugeschäft durch die **Metallgesellschaft AG**, die **Olthaver Gruppe**, die **Otavi Minen- & Eisenbahn-Gesellschaft** und die **Urangesellschaft AG** vertreten.

Im Auftrage der Etosha Petroleum Pty Ltd führt die Tochtergesellschaft der deutschen **Tiefbohr AG** Bohrungen nach Öl durch.

Im landwirtschaftlichen Bereich beteiligt sich die deutsche **Thörer & Hollander/Thörer-Gruppe** am Karakul-Geschäft; sie besitzt zwei Farmen zur Produktion von Karakulschafen und eine Firma in Südafrika zur Verarbeitung von Karakulpelzen zu Persianern. Die BRD ist einer der Hauptabnehmer von Karakulpelzen. In der verarbeitenden Industrie ist die **Lurgi-Gesellschaft** zu nennen, die sich an elektrischen Installationen in Bergwerken, u.a. auch in Rössing, beteiligt; weiter auch die **Krupp AG,** die mit Unterstützung der **Deutschen Bank**, der **Dresdner Bank** und der **Commerzbank** maßgeblich am Ausbau der hydro-elektrischen Kraftwerke am Kunene an der Grenze nach Angola beteiligt ist. Die Frankfurter **Urangesellschaft**, die von der Metallgesellschaft AG, der Steinkohlen-Elektrizitäts AG und der VEBA AG kontrolliert wird, beteiligte sich ursprünglich zusammen mit der britischen Rio Tito Zinc Ltd an der Uran-Prospektierung bei Rössing. Nachdem sich die Bundesregierung aus der Finanzierung dieses Projektes zurückzog, hat die Urangesellschaft weiter über Aktienbeteiligungen indirekte Interessen an der Uran-Förderung in Namibia. Die an der Urangesellschaft beteiligte **STEAG (Steinkohlen-Elektrizitäts-AG)** kooperiert mit der South African Uranium Enrichment Corporation, die in Südafrika ein Urananreicherungswerk aufbaut. Dabei steht fest, daß die reichen Uranvorkommen in Namibia zur Herstellung von Atomenergie in Südafrika benutzt werden.

Der Reichtum Namibias fließt ins Ausland ab

Schon 1960 gingen rund 36 Prozent des Bruttosozialprodukts in der Form von Dividenden und Profitraten ins Ausland. (Spätere Zahlen sind nicht mehr erhältlich, weil Südafrika keine gesonderten Statistiken über Namibia mehr herausgibt. Aber aufgrund der wachsenden ausländischen Investitionen in Namibia hat dieser Betrag ständig zugenommen.) Ein Beispiel soll deutlich machen, wie volksfeindlich die Auslandsinteressen sich für Namibia auswirken: 1972 schätzte man, daß die drei größten Bergbaugesellschaften in Namibia einen Gesamtgewinn von 91 Millionen US-Dollar machten. Von dieser Summe flossen 57,4 Millionen Dollar an Aktienbesitzer in den USA, Großbritannien und der Republik Südafrika. Hätte man zum Beispiel nur diese Summe verteilt unter die afrikanische Bevölkerung Namibias, die allein diesen Reichtum durch ihre Arbeit erwirtschaftete und die der rechtmäßige Besitzer dieser Bodenschätze ist, so wäre ihr jährliches Pro-Kopf-Einkommen auf 100 Dollar angestiegen und das durchschnittliche Einkommen einer afrikanischen Familie hätte sich verdreifacht. **(g.w., Heidelberg)**

Kambodscha – Meilenstein im Kampf gegen den Imperialismus

Korrespondenz aus Peking über den Besuch der kambodschanischen Regierungsdelegation

Peking. Khieu Samphan, Vizepremierminister der kambodschanischen Regierung und oberster Befehlshaber der Nationalen Befreiungsarmee Kambodschas, deckte in einer hier in Peking gehaltenen Rede den Plan der US-Imperialisten und der reaktionären Lon-Nol-Clique auf, Phnom Penh nach der Befreiung Kambodschas durch ununterbrochene Sabotageaktionen unregierbar zu machen. Der Plan zielte darauf ab, durch Bombenanschläge und reaktionären Terror in der Hauptstadt Unruhe und Unsicherheitsgefühl im ganzen Land hervorzurufen. Teil dieses konterrevolutionären Vorhabens waren die in den ersten Tagen nach der Machtübernahme durch die Befreiungsorganisationen erfolgten Anschläge auf Soldaten der Volksstreitkräfte und die Zerstörung der zentralen Bank von Phnom Penh.

Große Bevölkerungsteile der Hauptstadt wurden jedoch unmittelbar nach dem Sieg aufs Land in die Dörfer evakuiert, damit sie dort die landwirtschaftliche Produktion unterstützen. Dort waren bereits Vorkehrungen getroffen für die Versorgung so vieler Menschen mit Nahrungsmitteln und Unterkunft. Wie Khieu Samphan ausführte, wurde es im Verlauf und nach der Evakuierung möglich, die Stadt umfassend zu kontrollieren und Ordnung herzustellen, die reaktionären Aktivitäten zu unterdrücken und auf diese Weise den verbrecherischen Plan zu vereiteln.

Heute ist in Kambodscha, wie der Vizepremier bei einer anderen Gelegenheit sagte, "die politische Situation stabil und ausgezeichnet. In dieser ausgezeichneten politischen Situation ist auch die Sicherheit im Innern ausgezeichnet.

(Interview mit der Kampuchea Nachrichtenagentur) Die Imperialisten und ihre Lakaien setzen jedoch ihre subversiven Machenschaften und ihre Propagandakampagne gegen die kambodschanische Nation und das kambodschanische Volk fort und versuchen so, den Wiederaufbau des Landes zu stören. Die kambodschanischen Massen sind entschlossen, auf der Linie der Unabhängigkeit, der Eigeninitiative und des Selbstvertrauens ihren Sieg zu behaupten und alle Schwierigkeiten zu überwinden. "Aber es ist auch unsere Hoffnung, daß unsere Freunde überall in der Welt . . . uns weiterhin energische Unterstützung und Hilfe geben werden." (Khieu Samphan bei einer Rede in Peking)

Allgemeiner Aufbau des Landes unter starker politischer Führung

Nach der Befreiung Kambodschas waren die dringendsten Aufgaben die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung, die Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit und der allgemeine wirtschaftliche Aufbau. Das, was in dieser Hinsicht bisher geleistet worden ist, ist ein weiterer Schlag gegen den Imperialismus, denn der konterrevolutionäre imperialistische Plan baute auf anhaltendes Chaos. Sah dieser Plan doch den Sturz der gegenwärtigen Regierung in einem Zeitraum von sechs Monaten nach der Befreiung vor. Die US-Imperialisten und die Lon-Nol-Clique hatten vor der Befreiung bei fast allen Fabriken, Verkehrswegen, Häfen, Docks und Flughäfen des Landes große Zerstörungen angerichtet. Sogleich nach der Befreiung haben sich die Arbeiter und Bauern, Minister, Dorfkader, Offiziere und Soldaten an die Beseitigung der Schäden und Zerstörungen gemacht. In einem großen Teil der Fabriken wurde die Produktion wieder aufgenommen. In einigen Fabriken liegt im Vergleich zu vor der Machtübernahme die Produktion schon mengen- und qualitätsmäßig höher.

Große Arbeiten leisteten die Armee und das Volk in den vergangenen Monaten zur Wiederherstellung der Verkehrswege. Viele Landstraßen und Brücken stehen dem Verkehr offen, darunter auch die sieben wichtigsten Fernstraßen Kambodschas. Regelmäßiger Zugverkehr herrscht zwischen Phnom Penh und Sihanoukville und auf anderen Bahnlinien. Offen für den Luftverkehr ist auch der internationale Flughafen von Phnom Penh, Pochentong. Der große Hafen von Sihanoukville und der Hafen von Phnom Penh sind offen. Die Wasserwege im Landesinnern sind wieder frei und auf den Dockanlagen des Mekong wird normal gearbeitet. Der Transport verschiedenster Güter ist im wesentlichen gesichert. (Alle Angaben nach Hsinhua-Berichten)

Die Ergebnisse auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion sind bemerkenswert vielfältig. Im ganzen Land bildeten sich "Solidaritätsgruppen für den Anstieg der Produktion". Die Parole der Bauern ist: "Landwirtschaft hängt vom Menschen ab und nicht vom Wetter!" Die Zahl der Wasserspeicher ist um ein Vielfaches höher als vor der Machtübernahme durch das Volk, und Reis wächst jetzt in Provinzen, in denen es vorher niemals Reis gab. Ziel bei der Erweiterung des Bewässerungsnetzes ist es, zwei Ernten pro Jahr und nicht nur eine wie früher zu erringen. Die Solidaritätsgruppen betreiben die Landwirtschaft nach wissenschaftlichen Methoden. Die Produktion ist besonders in den schon seit langem befreiten Gebieten bedeutend angestiegen. Die Hektarerträge sind dreieinhalb bis viereinhalb Tonnen, teilweise auch sechseinhalb Tonnen, wo früher nur eineinhalb Tonnen geerntet wurden. Es gibt Gegenden, in denen sogar schon bis zu acht Tonnen Ernte eingebracht werden. Ebenso wie die landwirtschaftliche Produktion wird auch die Vieh-, Geflügel- und Fischzucht entwickelt.

Die Bevölkerung hat genügend zu essen und ausreichend Kleidung. Hunger gibt es nicht. Das Ernährungsproblem wurde ohne ausländische Hilfe gelöst. Berichte in der westlichen Presse über angebliche Hungersnot in Kambodscha sind falsch; dies geht aus sämtlichen ernstzunehmenden Quellen aus Kambodscha hervor.

Alle bisherigen politischen und wirtschaftlichen Erfolge und die Erfolge bei der Verteidigung Kambodschas zeigen, daß das Volk und die Armee fest vereint sind und die politische Führung unter der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) und der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) eine starke politische Führung ist. Ohne diese Faktoren hätte die bis jetzt erreichte Stabilität nicht herbeigeführt werden können. Die Massen verfügen durch die langjährigen revolutionären Erfahrungen über ein ausgeprägtes politisches Bewußtsein. Sie folgen den Aufrufen ihrer Regierung, in die sie Vertrauen haben, denn die Mitglieder der Regierung sind den Massen seit langem als gute Vertreter des Volkes bekannt.

Kambodscha wird eine wichtige vorwärtstreibende Rolle in der Dritten Welt spielen

Der Sieg des kambodschanischen Volkes im bewaffneten Kampf gegen den US-Imperialismus und die einheimische Reaktion und die Erfolge auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet in den wenigen Monaten seit der Befreiung zeugen von den großen Kräften der Völker der Dritten Welt, und seien die Völker auch noch so klein. Kambodscha hat nur eine Bevölkerung von wenigen Millionen, aber es ist zu einem leuchtenden Vorbild für die Länder der Dritten Welt geworden. Denn es hat zur Durchsetzung und nun zur Aufrechterhaltung seiner Unabhängigkeit über beide Supermächte, die USA und die Sowjetunion, triumphiert – beide waren fest verbündet mit der Lon-Nol-Clique. Der sowjetische Sozialimperialismus betrieb in Kambodscha ebenso wie die USA die Konterrevolution, nur mit anderen Mitteln. Seit dem Hinauswurf der USA aus Phnom Penh hüllt sich die Sowjetregierung bezüglich Kambodscha auf offizieller Ebene in Schweigen. Die Siege und die Feinde aller Völker sind weiter zurückgedrängt und isoliert und haben die Position der Dritten Welt gestärkt. Als Prinz Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt von Kambodscha, sich in Peking bei Mao Tsetung für die von China für das kambodschanische Volk geleistete Unterstützung bedankte, sagte deshalb Mao Tsetung, daß nicht das chinesische Volk das kambodschanische Volk unterstützt habe, sondern das kambodschanische Volk habe das chinesische Volk unterstützt. In diesem Sinne unterstützt das heldenhafte kambodschanische Volk alle nach Fortschritt und Revolution strebenden Völker. Aufgrund des großen Ansehens, das Kambodscha bei den unterdrückten Nationen und Völkern genießt, wird ihm eine wichtige vorwärtstreibende Rolle zufallen bei der Propagierung einerseits der Notwendigkeit des Kampfes im Geist der Unabhängigkeit und des Vertrauens auf die eigene Kraft gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus und gegen Marionettenregimes und andererseits bei der Vereinigung der Dritten Welt gegen den Hegemonismus der Supermächte und gegen den Imperialismus.

Die Wut der Imperialisten überall in der Welt über den Sieg und den Aufbau Kambodschas ist nicht verwunderlich. Verwunderlich ist auch nicht, daß die Imperialisten hilflose Pläne gegen die friedlichen Aufbauarbeiten des kambodschanischen Volkes schmieden. Ist doch Kambodscha ein bedeutender Meilenstein auf dem Weg zur völligen Zerschlagung des Imperialismus. – (Uwe Kräuter, Peking)

Solidaritätsaktionen für das chilenische Volk

Freiburg. Vom 8. bis zum 13.9. fand eine Chile-Solidaritätswoche statt. Sie hatte zum Ziel, die größtmögliche politische und materielle Unterstützung des Widerstandes zu gewinnen, die Spenden sollen dem Aufbau von Widerstandskomitees in Santiago unterstützen. Dazu wurden eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt und Filme gezeigt. Auf einer Veranstaltung sprach der Genosse Ernesto Quavier von der Politischen Kommission der MAPU über die Lage des Widerstandes in Chile. Insgesamt konnten über 4 000 DM gesammelt werden. Das Chile-Komitee setzt seine Aktivitäten weiter fort. Einige Kollegen konnten bereits eine Reihe von Unterschriften sammeln unter einem offenen Brief an den Vorstand des DGB, in dem dieser aufgefordert wird, Schritte zur Durchsetzung des CUT-Aufrufs zu unternehmen.

Kassel. Vor 280 Teilnehmern einer Chile-Solidaritätsveranstaltung berichteten Vertreter des MAPU und des MIR über die Entwicklung in Chile seit dem Militärputsch. Die Veranstaltung wurde von einer Aktionseinheit getragen, an der auch die Ortsgruppe des KBW beteiligt war.

Darmstadt. Eine Sammlung auf einer Chile-Solidaritätsveranstaltung erbrachte 470 DM für die Unterstützung des chilenischen Widerstandes. An der Veranstaltung, auf der ein Mitglied des Zentralkomitees des MAPU sprach, nahmen 180 Menschen teil.

Herne. Die Mitgliederversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützte die Zustimmung des DGB-Bundesvorstandes zu einer Resolution des in Chile verbotenen Chilenischen Gewerkschaftsverbandes (CUT). Die GEW-Herne forderte den DGB-Bundesvorstand auf, Schritte zur Verwirklichung der CUT-Resolution zu unternehmen und den Widerstand gegen die chilenische Militärjunta zu unterstützen. (nach Ortsbeilage Herne der KVZ Nr. 36)

Pforzheim. Auf einer Versammlung, die von der KBW-Sympathisantengruppe zusammen mit dem Ring Bündischer Jugend durchgeführt wurde, wurden 402,60 DM zur Unterstützung des chilenischen Widerstandes gesammelt. Die Versammlung verurteilte in einer Presseerklärung die Ausbildung des chilenischen Oberstleutnant bei der Bundeswehr. Sie forderte seine Ausweisung und die uneingeschränkte Aufnahme aller politischer Flüchtlinge in der BRD.

Westberlin. An einer Solidaritätsdemonstration mit dem Kampf des chilenischen Volkes am 11.9. nahmen 5 000 Menschen teil. Zu der Demonstration hatte das Westberliner Chile-Komitee, die Jungsozialisten und die Ortsgruppe des KBW aufgerufen. Der SPD-Landesvorstand schloß sich nachträglich dem Aufruf an. Der ÖTV-Vertrauensleutekörper des Bezirksamtes Kreuzberg hat die Demonstration unterstützt und die Bezirksleitung der ÖTV aufgefordert, für die Demonstration zu mobilisieren. Am vorangehenden Wochenende hatte bereits eine Demonstration der revisionistischen SEW stattgefunden, an der sich 3 000 bis 3 500 Menschen beteiligt hatten. Zu einer einheitlichen Demonstration war es nicht gekommen, weil die SEW die Demonstration als Unterstützung der portugiesischen KP durchführen wollte. Darüber waren selbst ihre eigenen Anhänger empört, so daß das Antiimperialistische Solidaritätskomitee, das von der SEW beeinflußt wird, es seinen Mitgliedern freistellen mußte, an welcher Demonstration sie sich beteiligen wollten. Weitere Solidaritätsaktionen führte das Cile-Komitee durch: So vor der chilenischen Botschaft, wo die Erschießung von 119 Chilenen dargestellt wurde. An einer weiteren Veranstaltung nahmen rund 2 000 Menschen teil.

Köln. Eine Solidaritätsveranstaltung mit dem chilenischen Widerstand bildete am 14.9. den Höhepunkt der Aktionen des Chile-Komitees anläßlich des 2. Jahrestages des Militärputsches. An der Veranstaltung, auf der drei Vertreter des chilenischen Widerstandes sprachen, nahmen über 300 Menschen teil. In einer Resolution rufen die Teilnehmer zur materiellen Unterstützung des chilenischen Widerstandes auf. Auf der Veranstaltung wurden 1 400 DM gespendet.

Kaiserslautern. An einer Solidaritätsveranstaltung der Kommunistischen Gruppe mit dem chilenischen Widerstand nahmen 38 Personen teil. Es wurde der Film "Chile 72" gezeigt und über die Lage in Chile und über das Verhältnis BRD-Chile diskutiert. 48 DM wurden gespendet.

Bonn. An einer Veranstaltung des Chile-Komitees anläßlich des 2. Jahrestages des Militärputsches nahmen 80 Personen teil. Es wurde ein Film über Chile gezeigt, ein Vertreter des chilenischen Widerstandes nahm Stellung zur Entwicklung in Chile. 250 DM wurden gespendet.

Chile: Mühsamer Neuanfang der Arbeiterbewegung nach dem Putsch

Vor zwei Jahren, als am 11. September 1973 die Regierung der Unidad Popular ("Volkseinheit") durch einen Putsch der Armee gestürzt wurde, haben wenige vorausgesehen, daß sich die faschistische Militärjunta so lange am Ruder halten könnte, ohne durch massive Widerstandsaktionen der Arbeiterklasse und des Volkes ernsthaft erschüttert zu werden. Selten hat eine faschistische Diktatur vom ersten Tag an einen solch wütenden Terror entfaltet gegen die fortgeschrittenen Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes und gleichzeitig so wenig zu bieten gehabt wie die Militärjunta, die am 11. September in Chile die Macht übernommen hat. Und selten ist eine faschistische Diktatur vom ersten Tag an auf eine so breite internationale Ablehnung gestoßen.

In zwei Jahren hat sie Tausende umgebracht, Zehntausende sind gefangengenommen worden, und Tausende werden heute noch in Gefängnissen gehalten. In zwei Jahren hat die Junta das Land vollständig heruntergewirtschaftet und den Rest an den US-Imperialismus ausverkauft. Mit einem großen Teil der Kräfte der Bourgeoisie, die den Putsch gefördert und begrüßt haben, haben sich die



Frankfurt. Über 1 000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration gegen die faschistische Militärjunta in Chile

Frankfurt. Über 1 000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration gegen die faschistische Militärjunta in Chile

Militärmachthaber inzwischen mehr oder weniger überworfen. Dennoch sitzen sie nach wie vor im Sattel.

Die Regierung der Unidad Popular ist wie ein Kartenhaus zusammengefallen

Die blutigen Ereignisse am Tag des Putsches, die Erstürmung des Präsidentenpalastes, der Tod von Präsident Allende mit der Maschinenpistole in der Hand und die unsicheren Nachrichten der ersten Tage – man hörte von heftigen Kämpfen in den Vororten von Santiago, das Gerücht ging um, General Prats marschiere an der Spitze einer regimetreuen Armee auf Santiago usw. – haben das Wesentliche der Ereignisse vom 11. September 1973 verhüllt: Die Regierung der Volkseinheit ist unter den ersten Schlägen der Putschisten nach einer dreijährigen Regierungsperiode buchstäblich wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen.

Das lag nicht daran, daß sich die Arbeiter nicht wehren wollten. Das lag auch nicht nur daran, daß sie am 11. September im militärischen Sinn praktisch keine Waffen hatten. Das lag daran, daß die Arbeiterklasse durch die Regierung der Volkseinheit objektiv in eine Situation der Entscheidungsschlacht geriet und gleichzeitig ideologisch, politisch und organisatorisch entwaffnet worden ist. Waffen allein hätten an diesem 11. September trotz des Heroismus von Kernen der Arbeiterklasse und des Volkes auch nichts mehr genützt.

Was war in diesen drei Jahren geschehen? Die Volksregierung hatte den bürgerlichen Exekutivapparat übernommen. In dem Versuch, diesen Exekutivapparat in der Hand zu behalten und aufrechtzuerhalten gegen die Sabotage des Parlaments und der Verfassungsjustiz, wurden die Kräfte zerschlissen. An die Stelle der Mobilisierung und Organisierung der Massen gegen den bürgerlichen Staatsapparat trat die Mobilisierung der Massen für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Exekutive und ihre Organisierung durch diesen Exekutivapparat. Die gewerkschaftlichen Organisationen und die reformistischen und revisionistischen Arbeiterorganisationen wurden Stützen dieses bürgerlichen Exekutivapparates.

So wurden nicht nur keine selbständigen Organe der Volksmacht aufgebaut, sondern umgekehrt wurden die Arbeiterorganisationen an den Exekutivapparat des bürgerlichen Staates gefesselt. Die Regierung der Volkseinheit hat die Selbständigkeit der Arbeiterklasse und ihre Initiative aufgefressen, wie sie die Unidad Popular in der Exekutive des bürgerlichen Staates aufgehen ließ. Die Form der Führung der Massen war der Appell, ihr Inhalt die Unterstützung eines Teils des bürgerlichen Staatsapparates gegen andere Teile des bürgerlichen Staatsapparates.

In dem Maße, wie die Bourgeoisie daran ging, den ganzen Staatsapparat wieder voll in die Hand nehmen zu wollen, hatte diese Art der Führung bereits abgewirtschaftet und es war nur folgerichtig, daß sich die Regierung der Volkseinheit nun gegen die faschistische Mobilisierung der Bourgeoisie ausgerechnet auf die bürgerliche Armee zu stützen versuchte. Man kann sagen, daß nach drei Jahren der Regierung der "Volkseinheit" der bürgerliche Staatsapparat, insbesondere die bürgerliche Armee als Kern der Exekutive, weitgehend intakt gewesen ist, während die Unidad Popular ideologisch, politisch und organisatorisch weitgehend zerschlissen gewesen ist.

Diese Ausgangslage erklärt, warum die Regierung der Unidad Popular wie ein Kartenhaus zusammenfiel unter den Schlägen der Armee, und dies wiederum erklärt, warum es offensichtlich schwierig ist, nach dem Putsch eine schlagkräftige Widerstandsbewegung aufzubauen. Es kann sich nämlich nicht nur darum handeln, nach einer Niederlage erneut die Kräfte zu sammeln, sondern es muß sich darum handeln, die Kräfte unter einer neuen Führung neu aufzubauen. Der Sturz der Allende-Regierung war mehr als eine Niederlage: er war der Zusammenbruch einer Form der Arbeiterbewegung, der Arbeiterbewegung unter reformistischer und revisionistischer Führung, unter bürgerlicher Führung.

Für die Arbeiter sah das zum Beispiel so aus: "An jenem Tag (dem 11. September 1973) blieb mehr als die Hälfte der Arbeiter in der Fabrik und wartete auf Anweisungen. Wir warteten zwei Tage, bis uns schließlich ein Genosse von außerhalb mitteilte, daß nichts mehr zu machen sei, die Volksregierung gestürzt war und sie die meisten Betriebe des Viertels durchgekämmt hatten; wir sollten besser gehen. Da gingen wir voller Kummer und Wut, unsere Moral war am Boden zerstört und einigte weinten." (Interview mit einem Arbeiter. In: Venceremos, Organ des MAPU – Zeitung des Widerstands, Seite 64)

In einem Roman von Sergio Stuparich findet sich folgende, sicher wahrheitsgetreue Schilderung: "Nachdem ich meine Freundin in einer nahegelegenen Poblacion gelassen habe, komme ich in der M.R.-Fabrik an. Alles ist still in der Umgebung. Ich stelle mich dem Genossen Interventor des Betriebs vor. Willkommen, denn wir sind nur wenige hier (neun Leute von insgesamt fünfhundert). Und die Arbeiter? Die sind am Morgen nach Haus gegangen, aber wir erwarten Verstärkung und Munition. Trinken Sie einen Kaffee mit Schnaps, Genosse. Versammlung, es werden Pläne gemacht. Ich warte draußen. Der ist beschäftigt, vielleicht kann ich helfen. Sie rufen von der G.G.-Fabrik an, ob sie die Fahne raushängen sollen (das kann man als Zeichen des Widerstandes oder als Unterwerfung unter die Befehle der Junta ansehen, die für alle Häuser Beflaggung angeordnet hat). Na, hängt sie schon raus, Genossen. Aber einige sind dagegen. Dann laßt's halt bleiben. Aber sie hängt ja schon draußen. Dann laßt sie doch draußen hängen. Gut, Genosse, dankeschön. Bitte, keine Ursache.

Wir lachen ein bißchen über die Anekdote. Der Genosse Interventor meint, man muß diese Haltung der Unsicherheit sehr ernst nehmen: sie geht kaum über die Desorganisation und Kopflosigkeit der anderen Betriebe hinaus. Ein anderer Genosse meint, das wäre gar nichts, verglichen mit der Leitung der Poblacion D.R., die die Befehle der Junta auf eine Tafel schreibt und als Anweisungen der CUT ausgibt. Aber die D.R. ist doch links. Natürlich ist sie links. 'Tut mir leid, Genossen, aber ich nenne das Verrat.' Noch ein Kaffee. Gesundheit, auf den Widerstand der Arbeiterklasse! Die Radios setzen die Marschmusik fort; zwischendurch einige Befehle. Listen von Personen, die sich ausliefern müssen, Versprechen an die Arbeiter, daß ihre sozialen Errungenschaften respektiert werden, standrechtliche Erschießung für alle, die in den Betrieben bleiben."

Waffen kommen per Zufall noch, aber keine Verstärkung. Trotz des Heroismus und der Wut und vereinzelten gelungenen Gegenschlägen, die ebenfalls in dem Roman geschildert werden, ist doch klar: Auf der Seite der Arbeiterklasse herrschte am 11. September und danach das Chaos. Betrieb auf Betrieb, Poblacion auf Poblacion konnte von der Junta aufgerollt werden, ohne daß über einzelne verzweifelte Gefechte hinaus ernsthafter Widerstand hätte geleistet werden können. Klar ist, daß das nicht einfach an fehlenden Waffen lag.

Versteht man die bittere Wahrheit nicht, daß der 11. September 1973 nicht nur eine Niederlage, sondern ein Zusammenbruch gewesen ist, kann man auch nicht verstehen, was jetzt in Chile notwendig ist: die Neubildung der Arbeiterbewegung und der revolutionären Bewegung, nicht einfach das Wiedererstarken der bestehenden Arbeiterbewegung nach einer Niederlage und der Wiederaufbau der Unidad Popular und ihrer Organisationen. Das wäre zu wenig, um die Junta zu stürzen.

Aber eine solche Neubildung der Arbeiterbewegung, ideologisch, politisch und organisatorisch, braucht viel Kraft und einige Zeit. Eine Niederlage zu verdauen ist relativ leicht, nach einen Zusammenbruch neu zu beginnen ist sehr schwer. Eine Organisation, die sich darum bemüht, ist die MAPU.

Dokumente der MAPU

In der Broschüre der MAPU sind vier Nummern der illegalen Zeitung "Venceremos" (Wir werden siegen!) vom Oktober 1974 bis zum Januar 1975, ein Vorwort zur Geschichte dieser Zeitung, ein Dokument der Leitung der MAPU vom April 1975 und eine kurze Geschichte der MAPU enthalten. Die MAPU ist ursprünglich Ende der sechziger Jahre aus der christdemokratischen Partei hervorgegangen, hat sich dann nach der Abspaltung und verschiedenen Auseinandersetzungen als Organisation gegründet, die sich auf den Marxismus-Leninismus beruft. Die MAPU bildete den linken Flügel der Unidad Popular. Was wir mit Neuanfang meinen, zeigt sich am deutlichsten in einem Interview mit einem jungen Arbeiter, einem MAPU-Mitglied und Leiter einer Fabrikkommission. Wir haben aus diesem Interview bereits die einleitenden Sätze zitiert. Der Genosse fährt fort:

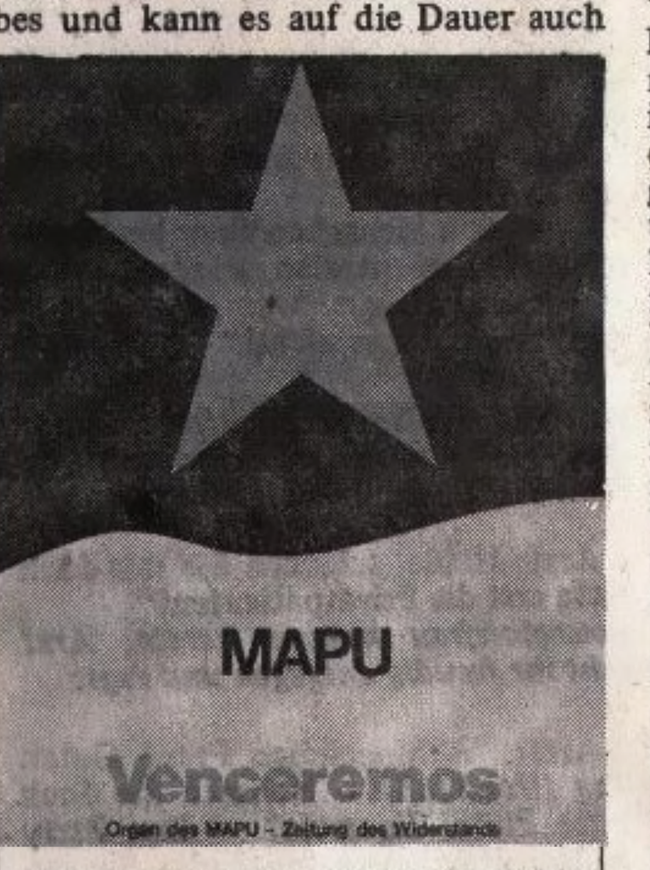
"Dann kam der Befehl der Gorillas, an die Arbeit zurückzukehren. Wir folgten dem Befehl, ohne zu wissen, was wir tun könnten, wie wir den Kampf wieder aufnehmen sollten. Was uns am meisten bedrückte, war die Sorge, daß wir wieder eine Zeit erleben mußten, ohne unsere Errungenschaften irgendwie verteidigen zu können. Wir wollten vor allem militärische Ausbildung erhalten. Sehr bald, so dachten wir, würde die bewaffnete Auseinandersetzung mit der Diktatur beginnen. Wir dachten, daß es sich um den entscheidenden Zusammenstoß handeln würde. Da war sogar ein Kollege, der in dieser Überzeugung eine Sabotage provozierte. Er wurde entdeckt und verhaftet. Wir haben nie wieder etwas von ihm gehört.

Später sahen wir dann ein, daß die ganze Sache doch nicht so einfach sein würde, daß wir doch zuerst einmal sehr zurückweichen mußten und der Kampf lang und schwierig war. Wir merkten dann, daß wir eine andere, notwendig geheime Organisation brauchten, um diese Kämpfe zu führen."

Eine solche Organisation ist die Fabrikkommission, die aus den bewußtesten Arbeitern und unabhängig von ihrer Parteimitgliedschaft gebildet wird und die ideologisch sowohl den Reformismus und Revisionismus als auch den kleinbürgerlichen Revolutionarismus überwindet.

"Zuerst haben wir ein Führungskollektiv gebildet, das besteht aus
kollektiv gebildet, das besteht aus
vier Genossen: drei sind Mitglieder von Parteien der Linken, der vierte ist nicht organisiert. Wir kannten uns alle ziemlich gut und konnten einander vertrauen. Dann stellten wir uns die Aufgabe, uns im Betrieb auszubreiten. Jeder von uns übernahm die Verantwortung, die Kommission in zwei oder mehr Abteilungen zu organisieren. Dazu besprach sich das jeweilige Mitglied des Führungskollektivs mit einem Genossen in dieser Abteilung, erklärte ihm unser Vorhaben, diskutierte das Problem gründlich mit ihm aus, und dann übernahm dieser Genosse die Leitung und die Verantwortung, in seiner Abteilung die Kommission zu gründen. Diese ganze Entwicklung war natürlich langwierig und dauerte seine Zeit, aber heute sind wir im ganzen Betrieb verankert, oder besser gesagt, fast im ganzen Betrieb, denn da gibt es noch eine Abteilung, da haben wir es noch nicht geschafft, hineinzukommen."

Solche Fabrikkommissionen sind Organe der politischen Einheit und der politischen Führung der Arbeiterklasse im Betrieb. Sie sind notwendig, weil die bestehenden Parteien weder die Einheit noch die Führung des Kampfes sichern konnten. Aber durch die Bildung der Fabrikkommissionen, die auch erst selten so weit fortgeschritten ist wie in dem genannten Betrieb (in dem Vorwort ist von rund zehn funktionierenden Fabrikkommissionen die Rede), löst das Problem der Einheit und der Führung bestenfalls auf der Ebene des Betriebes und kann es auf die Dauer auch auf dieser Ebene nicht lösen, wenn der Reformismus und Revisionismus nicht aus seiner führenden Rolle gegenüber der Klasse vertrieben wird und wenn es nicht gelingt, eine Partei der Arbeiterklasse aufzubauen, die diese führende Rolle übernimmt.



Der Arbeiter spricht dieses Problem an, wenn er nach den Beziehungen der Fabrikkommissionen zu den Parteien gefragt wird: "Wir hatten zuerst das Vertrauen in unsere Leitungen verloren, wegen der fehlenden politischen Führung, die am 11. klar zutage trat. Wir dachten, wenn die Parteien wiederkommen, dann geht es weiter mit dem Sektierertum und dem Parzellendenken, was ja in der Vergangenheit viel Schaden angerichtet hatte. Wir waren der Meinung, daß wir allein den Kampf wiederaufnehmen und führen mußten. Später merkten wir allerdings, daß wir uns geirrt hatten, daß wir doch eine politische Führung brauchten, die uns eine allgemeine Orientierung gab, die uns aufzeigte und erklärte, in welchen Formen sich der Klassenkampf im ganzen Land entwickelte, die das Kräfteverhältnis beurteilte und von dieser Beurteilung ausgehend die Aufgaben und Parolen für jede Phase ausgab. Gleichzeitig stellten wir fest, daß wir einen großen Beitrag für die revolutionären Parteien leisten konnten, daß wir mit unseren Erfahrungen sehr wertvolle Lehren für andere Arbeiter entwickeln konnten und daß wir mit unserer Einheit an der Basis dazu beitragen konnten, das Sektierertum in den Parteien zu überwinden."

Der Zusammenbruch vom 11. September hat die Notwendigkeit der Neubildung der Arbeiterbewegung auf neuer ideologischer, politischer und organisatorischer Grundlage gezeigt. Aber diese Neubildung der Arbeiterbewegung findet nicht statt unter den gegebenen Bedingungen: Die reformistischen und revisionistischen Organisationen und ihr Einfluß auf die Arbeiterklasse existieren fort. Notwendig ist deshalb eine Politik der Marxisten-Leninisten, die sich auf
der Marxisten-Leninisten, die sich auf
diese Organisationen bezieht. Notwendig ist eine Politik der Einheitsfront als Voraussetzung einer antifaschistischen Front des Volkes. Für die MAPU stellt sich diese Aufgabe folgendermaßen:

"Mit der Einheit der Linken bauen wir die antifaschistische Front auf und treiben sie voran. Deshalb ist heute die Einheit der Linken unsere Hauptaufgabe: den Motor der Kämpfe des Volkes aufbauen; den Motor der revolutionären Alternative des Volkes; den Motor aufbauen, der in der Lage ist, die Diktatur zu stürzen und sie durch eine Volksregierung zu ersetzen. Diese Organisationen (Kommissionen) sind kein Ersatz für die Parteien, ganz im Gegenteil, sie sind eine fruchtbare Brücke zwischen den Parteien und den Massen in den Betrieben; sie sind eine Instanz des Aufbaus der neuen Avantgarde der Massen, die von jedem Militanten einen großen Sprung vorwärts verlangt in seiner Vorstellung, was die Beziehung zur Massenbewegung betrifft, denn diese Vorstellung war in der Vergangenheit oft bürokratisch und auf Ausnutzung bedacht."

Die Broschüre der MAPU enthält Dokumente über die Bemühungen, der neuen Lage nach dem 11. September gerecht zu werden. Diese Dokumente spiegeln unserer Ansicht nach eine Entwicklung wider, in deren Verlauf die Notwendigkeit eines bewußten Neuanfangs immer deutlicher wird. Das letzte Dokument stammt vom April 1975 und enthält eine Selbstkritik: Die MAPU sei "noch der Idee der 'beobachtenden Partei' verhaftet" gewesen, "die einen möglichen Handlungweg aufzeigt, die ihn in seiner Gesamtheit darstellt, die die Möglichkeiten der Volksbewegung aufführt; eine Partei, die die Situation der Abnutzung und der Isolierung der Diktatur analysiert, die feststellt und diagnostiziert, daß die Volksbewegung noch nicht auf der Höhe der Situation ist, die jedoch viel zu große Aufgaben aufstellt, für deren Durchsetzung unsere Struktur noch nicht in der Lage ist. (...) Deshalb geht es um die Kunst, unsere Kräfte einzusetzen, nicht all das aufzuzeigen, was getan werden müßte."

Es ist klar, nach dem Zusammenbruch der Regierung der Unidad Popular kann man der chilenischen Arbeiterklasse nicht mit verbalen Kraftakten kommen. Die Solidaritätsbewegung in Westdeutschland muß begreifen, daß in Chile ein schwieriger und langwieriger Aufbauprozeß notwendig ist und daß es falsch wäre, die Solidarität auf die Hoffnung rascher und spektakulärer Erfolge zu gründen. – (gs)

Gruppe Drum links

Weg mit dem § 218!

Szenenausschnitte aus einem Theaterstück gegen den § 218



Mannheim: Die Agit-Prop-Gruppe Drum Links spielt ihr Stück gegen den § 218 auf dem Mannheimer Paradeplatz

1. Szene: In der Wohnung der Familie Schmidt

(. . .) Beim Essen

Mann: "Mensch Inge. Vor lauter Aufregung im Betrieb . . . Das wollt ich Dich vorher schon fragen: Was ist denn bei dem Schwangerschaftstest rausgekommen? "

Frau: "Der ist positiv ausgefallen. Wir kriegen wieder ein Kind."

Mann: "Ehrlich? "

Frau: "Warum guckst Du denn so erschrocken? "

Mann: "Herrgott nochmal . . ."

Pause. Mann steht erregt auf, die Frau fängt an zu weinen.

Mann: *(beruhigend)* "Jetzt heul doch nicht. Aber Du hast recht, Inge, es ist schon ein Grund zum Heulen, daß ich so reagiert hab. Aber mir ist eben die ganze Suppe hochgekommen und hat mir die Freude versaut. Meine 1 300 Mark langen jetzt schon kaum, und mehr als beim Benz krieg ich woanders auch nicht." *(Pause)* "Keins von den Kindern hat ein eigenes Zimmer. Eine größere Wohnung können wir uns nicht leisten, ganz abgesehen davon, daß man mit zwei kleinen Kindern sowieso kaum eine findet. Und die Susanne findet bei den tausend jugendlichen Arbeitslosen hier auch nicht so schnell Arbeit. – Das stinkt doch alles zum Himmel!"

Frau: "Das hab ich mir heut doch auch schon alles überlegt. Ich finds genauso schlimm wie Du, daß wir groß rumrechnen müssen, ob wir das Kind kriegen können oder nicht."

Mann: "Komm, Inge, wir gehen das Ganze nochmal in Ruhe durch."

Frau: "Du, Jürgen, guck, ich hab mir alles genau aufgeschrieben."

Mann und Frau stecken die Köpfe zusammen und rechnen.

Frau: "Was sollen wir denn da machen? " (. . .)

Zwischenruf Pfaffe (Gesang in Kirchentonart)

Pfaffe: "Abtreibung ist Mord!"

Frau: "Herr Doktor, mit so wenig Geld
können wir nicht noch mehr Kinder ham."

Arzt: "Na, Frauchen, so was is'n bloßer Antrieb für Ihren Mann!"

Frau: "Herr Doktor, bitte . . ."

Arzt: "Frau Schmitt, da kann ich Sie nicht versteh'n
Seh'n Sie Frauchen, der Staat braucht Männer
die an der Maschine steh'n
da sind Sie mal 'ne nette kleine Mutter
und schaffen noch 'n Stück Maschinenfutter,
dazu ham Sie 'n Bauch, und das müssen Sie auch
und das wissen Sie auch
und jetzt keinen Stuß
und jetzt werden Sie Mutter und Schluß!"

Pfaffe: "Abtreibung ist immer noch Mord!"

Frau: "Herr Doktor, wo kann ich denn hingehn . . ."

Arzt: "Frau Schmitt, quasseln Sie nicht.
Erst wollen Sie das Vergnügen
und dann wollen Sie nicht Ihre Pflicht.
Und wenn wir mal was verbieten,
dann wissen wir schon, was wir tun
und drum sein Sie mal ganz zufrieden
und lassen Sie das mal unsere Sache sein, ja?
und schaffen noch 'n Stück Maschinenfutter,
dazu ham Sie 'n Bauch, und das müssen Sie auch
und das wissen Sie auch
und jetzt keinen Stuß
und jetzt werden Sie Mutter und Schluß." (. . .)



" Ich hab mir alles genau aufgeschrieben"

3. Szene: Beim Arzt

(. . .)

Frau: "Herr Doktor, die Periode . . ."

Arzt fällt ihr ins Wort. Während dem folgenden Zwiegespräch (Gedicht von Brecht) muß sich die Haltung des Arztes von Belehrung zu Wut entwickeln.

Arzt: "Na freund Sie sich doch man,
daß die Bevölkerungsquote
mal'n bißchen wachsen kann."

Frau: "Herr Doktor, 'ne kleine Wohnung."

Arzt: "Na, 'n Bett wer'n Sie wohl noch ham,
dann gönn'n Sie sich 'n bißchen Schonung
und halten sich 'n bißchen stramm.
Da sind Sie mal 'ne nette kleine Mutter
und schaffen mal 'n Stück Kanonenfutter,
dazu ham Sie 'n Bauch, und das müssen Sie auch
und das wissen Sie auch
und jetzt keinen Stuß und jetzt werden Sie Mutter und Schluß!"

Sprecher: "Und was bleibt da dem Arbeiter Schmitt und seiner Frau? Der Kurpfuscher.

Der § 218 kriminalisiert die vielen, die durch Verhältnisse zur Abtreibung gezwungen werden, die nicht sie eingerichtet haben und die nicht ihre Verhältnisse sind.

Er ist von Menschen einer bestimmten Klasse geschaffen worden. *(Tangomusik setzt ein)* Wenige sind es – und für die gilt er nicht!"

Während der Sprecher auftritt, kramt der Arzt in seinen Papieren und sagt dann in eine Sprechanlage:

Arzt: Heide, schicken Sie mir doch bitte erst die Privatpatienten!"

Bourgeoisfrau kommt herein. Arzt geht ihr freudig entgegen und sagt:

Arzt: "Ach, gnädige Frau! Guten Tag *(Handkuß)* – Nehmen Sie doch bitte Platz. Zigarette? – Ihre Party gestern war ja ganz reizend – Sie verstehen es wirklich noch, Feste zu feiern. Mein Kompliment!"

Frau: "Vielen Dank. Es freut mich, wenn es meinen Gästen bei mir gefällt. Das Wichtigste im Leben ist doch, daß man es zu genießen versteht. – Nur leider hat der Genuß manchmal eben auch Folgen. – Sie hatten mir doch empfohlen, einige Zeit mit der Pille auszusetzen."

Arzt: "Aber gnädige Frau, das ist doch kein Problem heutzutage! Ich habe für Ihr Anliegen, das Sie mir gestern kurz andeuteten, vollstes Verständnis. Wer würde einer charmanten Frau wie Ihnen nicht gerne helfen! – Weiß Ihr Mann davon? Oder soll er nichts erfahren? Dann bleibt die Sache ganz unter uns –"

Frau: "Nun, Sie wissen ja, mein Mann war mehrere Monate im Ausland, um den Bau einer neuen Produktionsstätte zu überwachen."

Arzt: "Ja, ja, ich weiß – die steigenden Lohnkosten bei uns! Da muß man eben in Länder ausweichen, so für weniger Geld gearbeitet wird. Hauptsache, die Geschäfte gehen gut!"

Frau: "Ja – und in dieser Zeit habe ich mit einem alten Freund eine kleine Reise gemacht. Schließlich wollen wir Frauen ja auch unser Leben genießen! – Natürlich zwingen mich meine gesellschaftlichen Verpflichtungen, jeglichen Skandal zu vermeiden!"

Arzt: "Vollkommen richtig, gnädige Frau! – Darf ich Sie also bitten, morgen in meine Privatklinik zu kommen? " (. . .)

Der Kapitalist erteilt den Parlamentariern seine Weisungen

5. Szene: Parlamentarier und hohes Gericht

(. . .)

CDU-ler: "Wir haben schon immer vor einer zu weit gehenden Liberalisierung des § 218 gewarnt. Zusammen mit unseren Freunden von den christlichen Kirchen gehen wir nach wie vor davon aus, daß Abtreibung einer Tötung menschlichen Lebens gleichkommt. Meine Damen und Herren, die Entscheidung, wann und warum eine Abtreibung straffrei bleibt, kann niemals allein die Entscheidung der betroffenen Familien sein. Hier muß dem Staat die alleinige Entscheidungsgewalt überlassen bleiben. So wie da die Kollegen von der SPD/FDP vorgeschlagen haben, ich zitiere: . . . äh – der Schwangerschaftsabbruch ist nach § 218 nicht strafbar, wenn seit der Empfängnis nicht mehr als 12 Wochen vergangen sind. Damit stünde offensichtlich der Abtreibung Tür und Tor offen!"

SPD-ler: *(fällt ihm insWort, wütend)* "Ich muß doch schon sehr bitten! Wir haben niemals in Abrede gestellt, daß der Staat in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs die Entscheidungsgewalt behalten muß. Nur: werden Sie wohl nicht abstreiten wollen, daß eine Reform des § 218 notwendig ist, da er zum einen auf immer größeren Protest stößt und zum anderen in der Praxis täglich tausendfach umgangen wird. *(ruhiger, versöhnlerisch)* Sehen Sie doch! Unsere Fristenlösung schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe. Einerseits werden wir den Forderungen der Bevölkerung nach Reform des § 218 gerecht, andererseits wird das Prinzip der staatlichen Entscheidungsgewalt nicht etwa abgeschafft, sondern effektiviert. Die in unserem Modell vorgesehenen Beratungsstellen haben zur Folge, daß sich die Betroffenen fast freiwillig der staatlichen Kontrolle und Beratung unterziehen." (. . .)

BRD-Richter: *(tritt mit Rolle/unterm Arm würdevoll auf, klopft dreimal und liest vor)* "Im Namen des Volkes . . . Aus Einsicht in die Unwirksamkeit anderer Mittel besteht die Verpflichtung des Staates, den Schwangerschaftsabbruch mit Strafe zu belegen und die Pflicht zur Austragung einer Schwangerschaft zu erzwingen. Schon die Existenz einer Strafandrohung hat Wirkung auf das Verhalten der Bevölkerung. Ohne eine solche Strafandrohung wird die Auffassung von Recht und Unrecht verwirrt. Die ungünstige Wohnsituation, die Unmöglichkeit, neben einer Ausbildung oder Erwerbstätigkeit ein Kind zu versorgen, sowie wirtschaftliche Not und sonstige materielle Gründe, außerdem bei ledigen Schwangeren die Angst vor gesellschaftlichen Sanktionen, sollen zu den am häufigsten genannten Ursachen und Motiven für den Wunsch nach Schwangerschaftsabbruch gehören. Um einen Schwangerschaftsabbruch zu rechtfertigen, müssen jedoch Gründe ausscheiden, die den Pflichtigen nicht schwerwiegend belasten, da sie die Normalsituation darstellen, mit der jeder fertig werden muß!" (. . .)

Frau Schmitt: "Was der Bundesgerichtshof und die Parteien da meinen, das heißt doch auf deutsch nichts anderes, als daß sie uns per Gesetz verbieten müßten, unsere Kinder umzubringen.

Dabei denken sie wohl an ihre eigenen Frauen, wenn sie abtreiben, bloß weil ihnen ein Kind nicht zu ihren gesellschaftlichen Verpflichtungen paßt oder weil's der Figur schadet.

Für uns sind nicht die Kinder eine Last, sondern die Verhältnisse, in die sie reingeboren werden."

Herr Schmitt: "Ist doch klar, warum die so energisch gegen die Streichung des § 218 auftreten. Wenn die den nämlich nicht streichen würden, müßten sie ja zugeben, daß die Verhältnisse, die sie mit Zähnen und Klauen verteidigen, schlecht sind und daß es aus einer schlechten Lage oft keinen anderen Ausweg gibt als abzutreiben. Wir aber sprechen diesem Staat, der die schlechten Verhältnisse mit aller Gewalt verteidigt, jedes Recht ab, die, die keinen anderen Ausweg hatten als abzutreiben, auch noch wie Verbrecher zu verfolgen.

Deshalb haben meine Frau und ich und mehr als 8 000 Mannheimer mit uns auch die Forderungen unterschrieben, daß der § 218 weg muß und das Volk selber entscheiden muß. Und deshalb gehen wir auch mit zu der Demonstration am 21. September in Bonn. *(Volk tritt an den Bühnenrand mit dem Transparent: Weg mit dem § 218! Volksentscheid!)* Die Herren in Bonn werden wir in ihrer Ruhe aufstören und ihnen zeigen, was das Volk will!"

Wer abtreibt, das sind doch nicht wir

*Wer abtreibt, das sind doch nicht wir,
die Verhältnisse sind es, die treiben
das Elend hervor!*

*Die Pfaffen beschwören den Himmel
untermalt mit Kirchengebimmel
in der Bibel könnt ihr's lesen
Quatsch – Es rettet uns kein höheres
Wesen!*

*Die Ärzte schützen das Leben
offiziell, versteht sich, daneben
langt mancher Doktor schon mal hin
Für sein Konto, das ist der Sinn!*

*Mord, sagen die Bonzen zur Mutter
sie schielen auf ihren Bauch
– und meinen, wir glaubens auch
wo sie doch scharf sind aufs Futter
für Kanonen. Ja, ihr gafft
nur auf unsere Arbeitskraft!*

*Die Richter in ihren Roben
weit ab vom Volk, herab von oben
sprechen im Urteil von Würde
und meinen unsere Bürde
der Lohnsklaverei*

*Doch das werdet ihr noch sehn
mit eurem Zwohundertachtzehn,
daß er nicht ewig wird bestehn
Das Volk selber wird entscheiden
und wir fordern, es ist Zeit,
den Volksentscheid.*

*Wer abtreibt, das sind doch nicht wir
die Verhältnisse sind es, die treiben
Widerstand hervor
und der treibt uns dann zusammen,
weil das Ziel erreicht werden muß
der Sozialismus!*

(Lieder- und Theatergruppe Drum links Mannheim)